

37. Sitzung

Freitag, den 14. Dezember 2007

Mainz, Deutschhaus

Fragestunde

– Drucksache 15/1750 – 2227

Die Mündlichen Anfragen Nummern 11 bis 21 werden wegen Ablaufs der Fragestunde gemäß § 98 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtags in Kleine Anfragen umgewandelt..... 2254

Auf Antrag der Fraktion der CDU findet zu der Mündlichen Anfrage Nummer 10, auf Antrag der Fraktion der SPD zu der Mündlichen Anfrage Nummer 8 und auf Antrag der Fraktion der FDP zu der Mündlichen Anfrage Nummer 7 jeweils eine Aussprache gemäß § 99 der Geschäftsordnung der Landtags statt. 2240, 2245, 2249

Streichung des "Sanierungsbeitrages" für Krankenhäuser

Antrag der Fraktion der FDP

– Drucksache 15/1697 – 2254

Der Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 15/1697 – wird mit Mehrheit abgelehnt. 2260

Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge

Antrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 15/1477 – 2260

Der Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 15/1477 – wird mit Mehrheit abgelehnt. 2263

Altern als Chance begreifen – Potenziale des demographischen Wandels nutzen

– die Politik für eine Gesellschaft des längeren Lebens gestalten

Antrag der Fraktion der SPD

– Drucksache 15/1722 – 2263

Zukunftsperspektiven für ältere Menschen

Antrag der Fraktion der CDU – Entschließung –

– Drucksache 15/1704 – 2264

Die Drucksachen 15/1722/1704 werden gemeinsam aufgerufen und beraten.

*Der Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 15/1722 – wird an den Sozialpolitischen
Ausschuss überwiesen. 2268*

*Der Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 15/1704 – wird an den Sozialpolitischen
Ausschuss überwiesen. 2268*

Ausstiegsberatung für Prostituierte in Rheinland-Pfalz

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP

– Drucksache 15/1723 –

dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauenförderung

– Drucksache 15/1737 – 2268

*Der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP – Drucksache 15/1737 – wird
einstimmig angenommen. 2271*

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Dr. Heinz Georg Bamberger, Karl Peter Bruch, Professor Dr. Ingolf Deubel, Frau Malu Dreyer, Hendrik Hering; die Staatssekretäre Martin Stadelmaier, Frau Jacqueline Kraege.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordnete Brigitte Hayn; die Staatministerin Margit Conrad; die Staatssekretäre Christoph Habermann, Michael Ebling.

Rednerverzeichnis:

Abg. Baldauf, CDU:	2238
Abg. Bracht, CDU:	2231, 2240
Abg. Dötsch, CDU:	2231, 2232, 2246, 2249
Abg. Dr. Enders, CDU:	2256
Abg. Dr. Mittrücker, CDU:	2236, 2238, 2239, 2240, 2241, 2244
Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:	2259
Abg. Dr. Schmitz, FDP:	2242, 2245, 2254, 2262, 2266
Abg. Dröschner, SPD:	2264
Abg. Eymael, FDP:	2227, 2240, 2246
Abg. Frau Ebli, SPD:	2255
Abg. Frau Grosse, SPD:	2261
Abg. Frau Huth-Haage, CDU:	2236
Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:	2234, 2235
Abg. Frau Morsblech, FDP:	2270
Abg. Frau Pepper, SPD:	2239
Abg. Frau Raab, SPD:	2231
Abg. Frau Sahler-Fesel, SPD:	2269
Abg. Frau Schleicher-Rothmund, SPD:	2240
Abg. Frau Wopperer, CDU:	2269
Abg. Günther, CDU:	2260
Abg. Hartloff, SPD:	2236, 2250, 2254
Abg. Hörter, CDU:	2227
Abg. Langner, SPD:	2232, 2248, 2268
Abg. Licht, CDU:	2238, 2239, 2251, 2254
Abg. Maximini, SPD:	2241, 2244
Abg. Mertin, FDP:	2250, 2253
Abg. Nink, SPD:	2229, 2230, 2232, 2245
Abg. Rüdchel, CDU:	2265
Abg. Schreiner, CDU:	2227, 2233, 2234
Bruch, Minister des Innern und für Sport:	2228, 2252
Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen:	2257, 2258, 2259
.....	2263, 2267, 2271
Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:	2229, 2230, 2231, 2232, 2237
.....	2238, 2239, 2243, 2247
Lewentz, Staatssekretär:	2227
Präsident Mertes:	2227, 2228, 2229, 2230, 2231, 2232, 2233, 2234
.....	2235, 2236, 2237, 2238, 2239, 2240, 2241
Prof. Dr. Hofmann-Göttig, Staatssekretär:	2233, 2234, 2235, 2236
Vizepräsident Bauckhage:	2255, 2256, 2257, 2258, 2259
.....	2260, 2261, 2262, 2263, 2264

Vizepräsident Schnabel: 2265, 2267, 2268, 2269, 2270, 2271
Vizepräsidentin Frau Klamm: 2241, 2242, 2243, 2244, 2245, 2246, 2247
..... 2248, 2249, 2250, 2251, 2252, 2253, 2254

**37. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 14. Dezember 2007**

Die Sitzung wird um 9:30 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Mertes:

Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie zur 37. Plenarsitzung des Landtags herzlich begrüßen. Wir haben eine beschlossene Tagesordnung und fahren mit der Fragestunde fort. In der letzten Fragestunde haben wir die ersten fünf Fragen abhandeln können.

Ich rufe **Punkt 22** der Tagesordnung auf:

Fragestunde
– Drucksache 15/1750 –

Ich rufe zunächst die **Mündliche Anfrage des Abgeordneten Michael Hörter (CDU), Haltung der Landesregierung zur „Roten Hilfe“** – Nummer 6 der Drucksache 15/1750 – betreffend, auf.

Bitte schön, Herr Hörter.

Abg. Hörter, CDU:

Ich frage die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass es sich bei der „Roten Hilfe“ um eine verfassungsfeindliche Organisation handelt?
2. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass die Mitgliedschaft in einer extremistischen Organisation vereinbar ist mit einem Führungsamt in einer demokratischen Partei?
3. Welche Aktivitäten der „Roten Hilfe“ in Rheinland-Pfalz sind der Landesregierung bekannt?

Präsident Mertes:

Für die Landesregierung antwortet Herr Staatssekretär Roger Lewentz.

Lewentz, Staatssekretär:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Präsident, erlauben Sie mir eine kurze Vorbemerkung. Die Beantwortung dieser Anfrage im Plenum erfolgt aus Gründen der Geheimhaltung und des Quellenschutzes in etwas allgemeinerer Form. Detailliertere Informationen werden selbstverständlich, wenn dies gewünscht wird, in dem dafür zuständigen Gremium der Parlamentarischen Kontrollkommission erteilt.

Die Fragen beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1: Ja.

Zu Frage 2: Demokratische Parteien entscheiden über ihre Mitglieder und Funktionsträger in ihrer eigenen Verantwortung. Ihre innere Willensbildung erfolgt staatsfrei. Die Landesregierung enthält sich daher aus Prinzip jeder Bewertung.

Zu Frage 3: Dem rheinland-pfälzischen Verfassungsschutz sind über zwei Kontaktadressen in Mainz und Trier hinaus bislang keine Aktivitäten der sogenannten „Roten Hilfe“ in Rheinland-Pfalz bekannt geworden.

Präsident Mertes:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Schreiner.

Abg. Schreiner, CDU:

Herr Staatssekretär, handelt es sich bei den beiden Aktivitäten, von denen Sie in Mainz sprechen, um Ortsgruppen nach § 6 der Satzung der „Roten Hilfe“? Ist in diesem Zusammenhang an das zuständige Finanzamt herangetreten worden, um im Rahmen des Körperschaftssteuerverfahrens die Gemeinnützigkeit von Zuwendungen an die „Rote Hilfe“ zu überprüfen?

Lewentz, Staatssekretär:

Eine Satzung der sogenannten „Roten Hilfe“ ist mir nicht bekannt. Auch kann ich Ihnen leider nicht beantworten, ob diese sogenannte „Rote Hilfe“ an das Finanzamt herangetreten ist.

Präsident Mertes:

Weitere Fragen sehe ich nicht. Damit ist die Mündliche Anfrage beantwortet.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, ich habe noch eine Anmerkung zum Melden. Wir sind auch nur Menschen. Es gibt einen Knopf direkt vor Ihnen. Wenn Sie diesen drücken, haben wir hier eine Rückmeldung. Wir möchten nicht, dass jemand übersehen wird. Wir haben keine weiteren Fragen gesehen.

Ich rufe die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Herbert Mertin und Günter Eymael (FDP), Weitere Aufträge an „Quadrolux“ und „atelier 500“** – Nummer 7 der Drucksache 15/1750 – betreffend, auf.

Bitte schön, Herr Eymael.

Abg. Eymael, FDP:

Wir fragen die Landesregierung:

1. War der Landesregierung zum Zeitpunkt der Sondersitzung des Landtags am 8. November 2007 bekannt, dass die vom Innenministerium mitgetragene „Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz“ weitere Aufträge an die Firmen „Quadrolux“ beziehungsweise „atelier 500“ ohne Ausschreibung vergeben hatte?
2. War dem Innenminister in der Sitzung des Innenausschusses am 30. Oktober 2007 bekannt, dass die vom Innenministerium mitgetragene „Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz“ weitere Aufträge an die Firmen „Quadrolux“ beziehungsweise „atelier 500“ ohne Ausschreibung vergeben hatte?
3. Hat die Firma „Quadrolux“, die vom Wirtschaftsministerium am 12. November 2007 mit der Produktion eines Films zur Verleihung des Innovationspreises Rheinland-Pfalz beauftragt wurde, das preisgünstigste Angebot vorgelegt?
4. Gab es weitere Aufträge an Familienangehörige oder angehende Familienmitglieder von Kabinettsmitgliedern durch die Landesregierung, durch Behörden, die der Landesregierung nachgeordnet sind oder durch Organisationen, die von der Landesregierung mitgetragen werden?

(Hartloff, SPD: Die letzte Frage müssen Sie für sich schon beantworten können!)

Präsident Mertes:

Für die Landesregierung antwortet Herr Innenminister Bruch.

Bruch, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Namen der Landesregierung darf ich die Mündliche Anfrage wie folgt beantworten:

Bevor ich auf die einzelnen Fragen eingehe, darf ich folgende Bemerkung machen: Bei der Entwicklungsagentur handelt es sich um einen privatrechtlich organisierten Verein, der seine Aufträge selbstständig vergibt. Es handelt sich um ein Joint Venture zwischen dem Ministerium des Innern und für Sport und der Technischen Universität Kaiserslautern.

Die in Rede stehenden Aufträge wurden vom Geschäftsführer der Entwicklungsagentur eigenständig vergeben. Davon hatte ich keine Kenntnis, musste ich auch keine haben.

Die Kleinaufträge wurden weder unmittelbar noch mittelbar durch oder für die Landesregierung erteilt. Es handelte sich um Geschäfte zur Deckung des eigenen Geschäftsbedarfs des Vereins.

Zu Frage 1: Zwei der in Rede stehenden Aufträge der Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz wurden an den damals für die Bürogemeinschaft „atelier 500“ tätigen Selbstständigen, Herrn Gerholdt, vergeben, der auf eigene Rechnung gearbeitet hat.

Es handelte sich um die Entwicklung von Gestaltungselementen und Musterdokumentationen mit einem Volumen von 5.270 Euro netto und die Gestaltung von Kommunikationsmitteln und Raumdekoration für die Fachtagung Konversion am 23. und 24. November 2005 mit einem Auftragsvolumen in Höhe von 1.960 Euro netto.

Lediglich der Auftrag für die Gestaltung der Internetseite der Entwicklungsagentur mit einem Volumen von 5.200 Euro netto wurde an Herrn Formica erteilt, als dieser noch nicht Mitinhaber der Firma „Quadrolux“ war, aber kurz davor stand. Allerdings wurden die Verhandlungen über diesen Auftrag bereits geführt, als Herr Formica noch selbstständig auf eigene Rechnung tätig war. Er hat diesen Auftrag in die Firma „Quadrolux“ mitgenommen.

Zu Frage 2: Die von der Entwicklungsagentur vergebenen Aufträge waren der Landesregierung zum Zeitpunkt der Sondersitzung des Landtags am 8. November 2007 bekannt. Da sich die Sondersitzung nicht auf die Aufträge der Entwicklungsagentur bezogen hat und ich eine Erklärung zur politischen Verantwortung abgegeben habe, wurde das von mir dort nicht angesprochen. Von den vergebenen Kleinaufträgen habe ich am 5. November 2007 erfahren.

Alle Aufträge an „Quadrolux“ bzw. Mitglieder der Bürogemeinschaft „atelier 500“, die unmittelbar oder mittelbar durch die Landesregierung erteilt wurden, habe ich allerdings in der Sitzung des Innenausschusses am 30. Oktober 2007, soweit ich das protokollmäßig nachgesehen habe, bekannt gemacht.

Zum Zeitpunkt der Sitzung des Innenausschusses am 30. Oktober 2007 war mir noch nicht bekannt, dass weitere Kleinaufträge von der Entwicklungsagentur an Angehörige des „atelier 500“ vergeben worden waren.

Zu Frage 3: Die Firma „Quadrolux“ ist für die genannte Filmproduktion als Sieger aus einer Angebotsaufforderung des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau an drei Unternehmen hervorgegangen. Maßgebliches Kriterium für die Auftragsvergabe war die Vorgabe, ein stimmiges, innovatives und überzeugendes Konzept vorzulegen.

Neben dem Angebot der Firma „Quadrolux“ lagen dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau die Angebote von zwei weiteren Firmen vor. Die drei Angebote lagen in etwa in der gleichen Größenordnung. Hiervon bot die Firma „Quadrolux“ das inhaltlich überzeugendste Angebot mit einer Vielzahl innovativer Filmideen.

In Anbetracht der relativ geringen Preisunterschiede der drei Wettbewerber wurde – unter Berücksichtigung der freihändigen Vergabe – dem Angebot mit dem überzeugendsten Konzept, das heißt der Firma „Quadrolux“, der Vorzug gegeben.

Zu Frage 4: Aufgrund der Tatsache, dass die Mündliche Anfrage erst am 12. Dezember 2007 um 9:52 Uhr im Innenministerium eingegangen und die Frage sehr weit

gefasst war, war eine Beantwortung der Frage 4 in dieser kurzen Zeit nicht möglich.

Herr Abgeordneter Mertin und Herr Abgeordneter Eymael, ich darf Sie deswegen bitten, die Frage dahingehend zu präzisieren, ob sämtliche Minister und Ministerpräsidenten – denn nur diese gehören dem Kabinett seit 2006 an – seit 1991, seit 1987 oder zu einem anderen Zeitpunkt gemeint sind.

Auch weise ich darauf hin, dass eine Beantwortung nur möglich ist, wenn sämtliche Anverwandten aller Kabinettsmitglieder angefragt werden, ob sie sich erinnern können, ob sie jemals von einer Landesbehörde oder einer von der Landesregierung getragenen Organisation beauftragt worden sind.

(Pörksen, SPD: Da hätte ich schöne Fragen bei Ihnen!)

Dies gilt natürlich auch für sämtliche angehenden Familienmitglieder, das heißt wohl, alle bestehenden und nicht mehr bestehenden Beziehungen der Kabinettsmitglieder und deren Anverwandten.

In den Behörden dürfte die Kenntnis von Verwandtschaftsverhältnissen oder angehenden Verwandtschaftsverhältnissen zu Kabinettsmitgliedern auf Zufällen beruhen.

Auch bei den Begriffen „angehende Familienmitglieder“ und „von der Landesregierung mitgetragene Organisation“ wäre eine Präzisierung notwendig.

So weit zu Frage 4.

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, gibt es Zusatzfragen? – Ich sehe keine weiteren Zusatzfragen.

(Pörksen, SPD: Eine Entschuldigung wäre nicht schlecht!)

Damit ist die Anfrage beantwortet.

(Beifall der SPD)

Ich rufe die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Manfred Nink, Michael Hüttner, Alfons Maximini, Renate Pepper, Frank Puchtler, Heike Raab und Ingeborg Sahler-Fesel (SPD), Vermeidung von Güterverkehrslärm** – Nummer 8 der Drucksache 15/1750 – betreffend, auf. Wer trägt vor? – Herr Abgeordneter Nink, bitte schön.

Abg. Nink, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Programmpunkte enthält das Pilotprojekt zur Lärminderung für Güterwaggons im Einzelnen, insbesondere hinsichtlich der Vermeidung von Lärm-

belastung durch Güterverkehr an Mittelrhein und Mosel?

2. Wie beurteilt die Landesregierung das neue Programm bezüglich der geforderten Entlastung der Bevölkerung durch den Güterverkehrslärm?
3. Welche Planung ist hinsichtlich einer differenzierten, lärmemissionsabhängigen Umgestaltung des Trassenpreissystems vorgesehen?
4. In welchem Umfang soll die von Rheinland-Pfalz geforderte Verwendung von Flüsterbremsen und neuen Techniken, wie etwa von Dämpfungselementen, innerhalb des neuen Programms umgesetzt werden?

Präsident Mertes:

Für die Landesregierung antwortet Herr Verkehrsminister Hering.

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Verkehrsentwicklung auf der Schiene ist in den letzten Jahren erfreulicherweise nach oben gerichtet. Der Zuwachs des Schienengüterverkehrs entspricht grundsätzlich dem verkehrsgerichteten Ziel, zur Entlastung der Straße möglichst viel Verkehr mit dem umweltfreundlichen Verkehrsträger Schiene abzuwickeln.

Allerdings führt die zunehmende Zahl von Zügen insbesondere im Rheintal, aber auch auf anderen Strecken zu einer wachsenden Lärmbelastung der Bevölkerung. Die Landesregierung setzt sich daher seit längerer Zeit mit wachsendem Erfolg dafür ein, die durch den Güterlärm verursachten Lärmbelastungen möglichst schnell zu begrenzen und zu mindern.

Ich erinnere an die Initiative des Landes auf der Verkehrsministerkonferenz und im Bundesrat, wo die Vorschläge des Landes Rheinland-Pfalz eine einhellige Unterstützung fanden. Ich darf weiter an die Fachtagung „Schienenlärm“ am 2. April 2007 in Bingen erinnern, bei der mit großer bundespolitischer Resonanz gezeigt werden konnte, wie die Lärmemission der Güterzüge durch den Einsatz der Kunststoffbremse, der sogenannten K-Bremse, reduziert werden konnte.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Fragen im Einzelnen wie folgt:

Zu Frage 1: Das vom Bund beschlossene Maßnahmenpaket beinhaltet ein Pilotprojekt für das Mittelrheintal mit dem Titel „Leiser Rhein“. Dabei sollen Güterwagen möglichst schnell mit den sogenannten Flüsterbremsen ausgestattet werden. Insgesamt sollen mehrere Tausend Güterwaggons auf die sogenannten Flüsterbremsen umgerüstet werden.

Die dann lärmärmeren Waggons sollen vorrangig auf dem hoch belasteten Korridor entlang des Rheins zum

Einsatz kommen. Mit einem Investitionsprogramm für leise Bremssohlen soll allgemein, gemeinsam mit der Bahnindustrie, außerdem geklärt werden, wie die Umrüstung auf lärmärmere Bremsen noch schneller und kostengünstiger bewerkstelligt werden kann.

Hierbei sollen insbesondere die sogenannten LL-Sohlen in die Betrachtung mit einbezogen werden. Beim Einsatz dieser Bremssohlen aus Kompositwerkstoffen könnten die Umrüstungszeiten für die Güterwagen auf leise Bremssohlen gegenüber der K-Bremse deutlich verkürzt und die Kosten gesenkt werden. Die Umrüstung der alten Waggons auf diese neue Bremstechnik kann dann gegebenenfalls ohne Förderung erfolgen.

Ein Anreiz dafür wird im Übrigen das Vorhaben schaffen, ein emissionsabhängiges Trassenpreissystem für Güterzüge zu entwickeln. Damit werden dann deutschlandweit Anreize entstehen, emissionsarme Fahrzeuge im Güterverkehr einzusetzen. Auch dies war ein Vorschlag von Rheinland-Pfalz.

Insgesamt sollen im Rahmen des Pilot- und Innovationsprogramms im Zeitraum von vier Jahren 40 Millionen Euro investiert werden.

Zu Frage 2: Neben den bereits laufenden Lärmschutzmaßnahmen wie dem Bau von Lärmschutzwänden wird das Pilot- und Innovationsprogramm des Bundes einen weiteren spürbaren Beitrag zur Lärmsanierung im Rheintal leisten können.

Der Bund geht hierbei davon aus, dass durch leichtere Umrüstung auf leise Bremssohlen und die Finanzhilfen des Bundes im Rheintal eine substanzielle Lärminderung bereits in den nächsten Jahren erreicht werden kann. Vor dem Hintergrund der erwarteten weiteren Güterverkehrszunahme beim Schienenverkehr im Rheintal bin ich allerdings der Auffassung, dass eine grundsätzliche Lösung der Lärmproblematik und der zunehmenden Kapazitätsprobleme im Rheintal nur durch den Bau einer eigenen Güterverkehrsstrecke erreicht werden kann.

In dieser Angelegenheit sind wir bereits mehrfach beim Bund und bei der DB AG vorstellig geworden. Die Bahn hat erfreulicherweise inzwischen angekündigt, dass sie diesen Aspekt bei ihren langfristigen Innovationsplanungen entsprechend mit berücksichtigen wird.

Die Forderung nach einer alternativen Trasse wurde vom Land Rheinland-Pfalz bereits auf dem Lärmgipfel in Bingen erhoben. Bahn und Bundesregierung haben sich zunächst zurückhaltend geäußert. Unsere nachhaltigen Anmahnungen dieser Initiative haben dann aber offensichtlich Erfolg gehabt.

Zu Frage 3: Nach den Vorstellungen des Bundes soll das neue emissionsbezogene Trassenpreissystem in Zusammenarbeit mit DB Netz AG, dem Eisenbahn-Bundesamt und der Bundesnetzagentur erarbeitet werden. Weitere Festlegungen sind hinsichtlich der Definition eines leisen Zuges, der finanztechnischen Bewertung unterschiedlicher Lärmniveaus und der konkreten Ausgestaltung des Trassenpreissystems notwendig.

Zu Frage 4: Die Landesregierung wird sich dafür einsetzen, dass die mit leisen Bremssohlen auszurüstenden Güterwaggons vornehmlich auf der Rhein- und Moselstrecke eingesetzt werden. Dies ist beispielsweise von DB Railion bereits zugesagt worden.

Da zum Beispiel für Dämpfungselemente oder für besonders niedrige Lärmschutzwände, die das Landschaftsbild nur wenig beeinträchtigen, hinsichtlich ihrer Wirkungsweise noch keine genauen Ergebnisse vorliegen, sind hier weitere Erprobungen notwendig. Wenn eine Wirkungsanalyse durchgeführt worden ist, können derartige Lärmsanierungsmaßnahmen im Sanierungsprogramm des Bundes ebenfalls gefördert werden. Ich werde mich deshalb dafür einsetzen, dass die dazu notwendigen Versuche beispielsweise im Zusammenhang mit der Landesgartenschau in Bingen durchgeführt werden.

So weit zur Beantwortung.

Präsident Mertes:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Nink.

Abg. Nink, SPD:

Herr Minister, insbesondere Ihre letzten Ausführungen bezüglich der Dämpfungselemente bzw. niedriger Lärmschutzwände hätten eine besondere Bedeutung im Hinblick auf die touristische Wirkung unserer Flusstäler. Wenn Sie sagen, Sie werden sich dafür einsetzen, dass die notwendigen Versuche im Zusammenhang mit der Landesgartenschau in Bingen durchgeführt werden, kann man dann davon ausgehen, dass diese Einrichtungen erstmals vor Ort erprobt werden können?

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Unser Ziel ist es – das war auch eine Forderung auf der Lärmkonferenz in Bingen gewesen –, dass Pilotprojekte an der in Deutschland am gravierendsten von Güterlärm betroffenen Strecke, der Rheinstrecke, eingesetzt und erprobt werden. Deswegen lautete unser konkreter Vorschlag gegenüber der Bundesregierung, dass erste Pilotprojekte im Rahmen der Landesgartenschau durchgeführt werden sollen.

Ich kann mir aber auch vorstellen, dass an weiteren Strecken des Rheins oder der Mosel getestet wird, weil das die Strecken sind, an denen sich zum Teil klassische Lärmsanierungsmaßnahmen wie Lärmschutzwände aus Denkmalschutzgründen oder aus Gründen des Weltkulturerbes schlicht und ergreifend verbieten und es sich geradezu aufdrängt, solche Pilotprojekte im Rheintal zu testen.

Präsident Mertes:

Eine Zusatzfrage von Frau Abgeordneter Raab.

Abg. Frau Raab, SPD:

Sehr geehrter Herr Minister! Im Moseltal ist damit begonnen worden, wie im Mittelrheintal auch, aktive und passive Lärmschutzmaßnahmen zu ergreifen. Diese sind jedoch noch nicht in allen Verbandsgemeinden durchgeführt worden.

Haben Sie Erkenntnisse darüber, in welchen Schritten nun aktive und passive Lärmschutzmaßnahmen im Programm des Bundes an der Mosel durchgeführt werden können?

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Es geschah mit auf Initiative des Landes und unseres Ministerpräsidenten, dass der Bund 1999 zunächst Mittel in Höhe von 100 Millionen DM an Lärmsanierungsmaßnahmen für Güterbahnstrecken auf den Weg gebracht hat.

Diese Mittel wurden mittlerweile verdoppelt, sodass aus den ursprünglich 100 Millionen DM 100 Millionen Euro geworden sind, die zunächst schwerpunktmäßig am Rhein eingesetzt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass ein weiterer deutlicher Schwerpunkt nun auch an der Mosel gesetzt wird, da die Mosel aufgrund ihrer Tallage und des zusätzlichen Güterverkehrs auch zu den Strecken gehört, die einer besonderen Belastung ausgesetzt sind. Wir brauchen dort Maßnahmen des passiven Lärmschutzes. Unser Ansatz der Umrüstung der Bremsysteme sowie der Einführung alternativer Trassenpreise kommt allen von Güterverkehr belasteten Strecken zugute, und damit auch der Moselstrecke.

Präsident Mertes:

Eine Zusatzfrage des Herrn Kollegen Bracht.

Abg. Bracht, CDU:

Herr Minister, Sie haben ausgeführt, dass Sie sich wie auch die CDU um ein lärmemissionsabhängiges Trassenpreissystem bemühen. Können Sie uns sagen, wie der Stand dieser Bemühungen ist?

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Es war ein Vorschlag, den unter anderem das Land Rheinland-Pfalz zunächst in die Verkehrsministerkonferenz und anschließend in den Bundesrat eingebracht hat, für alternative Trassenpreissysteme zu sorgen. Dieser Vorschlag wurde zunächst etwas zurückhaltend von Bahn und Bundesregierung betrachtet. Mittlerweile gibt es auf unsere Initiative hin eine Arbeitsgruppe der Bundesregierung unter Einbindung der DB AG und des Eisenbahn-Bundesamtes, die ein Konzept für ein alternatives Trassenpreissystem vorlegen soll. Mittlerweile verfolgt man nach Aussage der Bundesregierung das

Ziel, zeitnah ein alternatives Trassenpreissystem einzuführen.

Ich habe Ihnen in meiner Beantwortung der Mündlichen Anfrage dargelegt, dass nun Kriterien darüber festgelegt werden, wie man leise Züge definiert, die begünstigt werden, und welche Kriterien für Züge angelegt werden, die mit altem Material lärmemissionsstark die Bevölkerung belasten, um daraus alternative Trassenpreissysteme festzulegen, die es zum Teil in anderen europäischen Ländern bereits gibt und von daher auch europarechtlich möglich sind.

Präsident Mertes:

Eine Zusatzfrage des Herrn Kollegen Dötsch.

Abg. Dötsch, CDU:

Herr Minister, Sie haben stets betont, dass auch die europäische Komponente eine ganz wichtige Rolle dabei spielt, inwieweit es gelingt, auch international Waggons mit entsprechenden Flüsterbremsen auszustatten. Wie weit sind die Verhandlungen auf europäischer Ebene gediehen? Kann man davon ausgehen, dass international zeitnah die Waggons umgestellt werden?

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Es gibt auf europäischer Ebene die Festsetzung, dass Güterwaggons, die neu produziert und in Europa eingesetzt werden, mit den modernen, dann leiseren Bremsensystemen auszustatten sind. Zielsetzung ist es, den Bestand der derzeitigen Güterwaggons sukzessive umzustellen. Güterwaggons haben fast ein ewiges Leben. Noch heute fahren Güterwaggons auf europäischen Strecken, die schon für die Deutsche Reichsbahn zu kaiserlichen Zeiten produziert worden sind. Deswegen ist die Notwendigkeit gegeben, das alte Güterwaggon-Material umzurüsten.

Wir sprechen allein in Deutschland von über 130.000 Güterwaggons, die auf deutschen Strecken fahren. Unsere Zielsetzung ist es – das war auch unser Bestreben –, dass Deutschland mit einem beispielhaften Vorgehen vorangeht und ein Programm auflegt, dass die bereits bestehenden Güterwaggons umgerüstet werden. Wir haben bereits erste Gespräche mit der Europäischen Kommission geführt. Mitarbeiter der Europäischen Kommission waren auch auf dem Gipfel in Bingen vertreten. In Abstimmung mit Herrn Bundesminister Tiefensee, Herrn Mehdorn und der Europäischen Kommission wird das Land Rheinland-Pfalz im Frühjahr nächsten Jahres eine Tagung in Brüssel zu der Zielsetzung veranstalten, wie auf europäischer Ebene weitere Initiativen ergriffen werden können und auch in anderen Ländern Umrüstungsprogramme auf den Weg gebracht werden können, da wir es zunehmend mit einem grenzüberschreitenden Güterverkehr zu tun haben. Auch in diesem Bereich wird das Land Rheinland-Pfalz die Meinungsführerschaft übernehmen, indem unter seiner Federführung eine Veranstaltung organisiert wird, die

voraussichtlich im April oder im Mai nächsten Jahres stattfinden wird.

Präsident Mertes:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Langner.

Abg. Langner, SPD:

Herr Minister, welche Bedeutung messen Sie dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger in Form der Bürgerinitiative, die am Mittelrhein tätig ist, bei den derzeit erzielten Erfolgen beim Lärmschutz zu?

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Ich messe dem großen Engagement der Bürgerinnen und Bürger in verschiedenen Bürgerinitiativen, die es entlang des Rheins mit der Zielsetzung gibt, für einen leiseren Güterverkehr zu sorgen, eine hohe Bedeutung zu. Die Landesregierung hat zum Teil die Forderungen dieser Bürgerinitiativen in den Maßnahmen Mitte, Ende der 90er-Jahre aufgegriffen, als es gelungen ist, ein Lärmsanierungsprogramm des Bundes zu initiieren, im Rahmen dessen mittlerweile über 40 Millionen Euro in Güterverkehrsstrecken am Rhein zur Errichtung von Lärmschutzwänden und für Lärmschutzfenster investiert worden sind. Dies ist zum Teil auch dem Engagement der Bürgerinitiativen zu verdanken.

Es ist auch beachtlich, über welches Know-how über modernste Technik – von Dämpfungselementen bis hin zu neuen Bremstechnologien – diese Bürgerinitiativen mittlerweile verfügen. Es ist wirklich erstaunlich, welches Engagement dort an den Tag gelegt wird. Wir arbeiten mit diesen Bürgerinitiativen sehr intensiv zusammen und nutzen diese gemeinsame Arbeit, um möglichst schnell zu einem Erfolg zu kommen. Ein Teil dieses Erfolges ist mittlerweile diesen Organisationen vor Ort zu verdanken.

Präsident Mertes:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Nink.

Abg. Nink, SPD:

Herr Minister, Sie haben den Bau einer eigenen Güterverkehrsstrecke angesprochen. Wenngleich ich mir darüber bewusst bin, dass man heute noch nichts über den Trassenverlauf und ähnliche Dinge sagen kann, unterstelle ich doch einmal, dass diese Strecke nicht nur auf dem Gebiet von Rheinland-Pfalz, sondern auch über das hessische Gebiet führen wird. Gibt es schon Gespräche zwischen Ihnen und Ihrem hessischen Kollegen?

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Diese Gespräche gibt es. Ich möchte aber voranstellen, dass unser taktisches Vorgehen, das ich auch schon vor

einiger Zeit im Plenum dargelegt habe, sinnvoll war. Nach unserem Dafürhalten darf zunächst nicht der Bau der alternativen Trasse in den Vordergrund gestellt werden, sondern wir müssen Maßnahmen wie beispielsweise die Umrüstung der alten Waggonen auf modernes Bremsmaterial sowie die Errichtung von Dämpfungselementen auf der bestehenden Rheinstrecke in den Blick nehmen, die kurzfristig umgesetzt werden können. Wir brauchen perspektivisch auch die Alternativtrasse. Sie wird bei der deutsch-niederländischen Grenze beginnen und bis nach Karlsruhe geführt werden müssen. Ab Karlsruhe gibt es bereits eine ausgebaute Güterverkehrsstrecke.

Ich habe mehrfach mit den Verkehrsministern anderer Länder darüber gesprochen. Sie wissen auch, dass sich Herr Kollege Rhiel mehrfach den rheinland-pfälzischen Vorschlägen angeschlossen hat und nachdrücklich die Maßnahmen unterstützt, die ursprünglich auch Gegenstand von Debatten sowie einer Beschlusslage aller Fraktionen dieses Landtags gewesen sind.

Präsident Mertes:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dötsch.

Abg. Dötsch, CDU:

Herr Minister, es ist vorgesehen, dass erhebliche Mittel für den weiteren Ausbau des Schienennetzes in den kommenden Jahren verwendet und Schienen weiter modernisiert werden sollen. Ist dabei gewährleistet, dass in diesem Zusammenhang auch auf den betreffenden Strecken Dämpfungselemente eingebaut werden, damit auch entsprechende Lärmemissionen vermieden werden?

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Dies ist Gegenstand und Zielsetzung der Investitionen der DB AG, die im Zuständigkeitsbereich unseres Landes in den nächsten Jahren mehrere hundert Millionen Euro betragen werden. Jede Sanierung von Schienenstrecken durch modernes Dämpfungsmaterial führt auch dazu, dass dort die Lärmemissionen tendenziell zurückgehen.

Dies reicht aber für die stark betroffenen Strecken an Rhein und Mosel nicht aus. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass dort über das übliche Maß hinaus mit modernen Dämpfungselementen noch mehr initiiert wird, und dies ist Zielsetzung unserer Initiative.

Um Ihre Frage zu beantworten, auch das ist Zielsetzung des Investitionsprogramms der DB AG, das Sie vor einiger Zeit der Öffentlichkeit kommuniziert hat.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Mertes:

Es liegen keine Zusatzfragen mehr vor.

Als Gäste im Landtag begrüße ich Schülerinnen und Schüler der Mainzer Steinhöfelschule sowie Auszubildende aus der Verbandsgemeinde Montabaur. Seien Sie herzlich im Landtag willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich rufe die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Marlis Kohnle-Gros, Gerd Schreiner, Walter Wirz und Guido Ernst (CDU), Streit der Landesregierung mit dem privaten Verein „Stiftung Hans Arp und Sophie Taeuber-Arp e. V.“** – Nummer 9 der Drucksache 15/1750 – betreffend, auf.

Abg. Schreiner, CDU:

Wir fragen die Landesregierung:

1. Der private Verein „Stiftung Hans Arp und Sophie Taeuber-Arp e. V.“ hat der Landesregierung im März 2007 zu versicherungsrechtlichen Zwecken eine Liste der projektierten Dauerleihgaben übersandt. Warum hat der Kulturstatssekretär nicht sofort ein klärendes Gespräch mit dem Arp-Verein geführt, nachdem bemerkt worden ist, dass diese Liste nicht mit der Aufstellung der projektierten Dauerleihgaben in der sogenannten Anlage 1 der „Rahmenvereinbarung“ übereinstimmt?
2. Wie hat der private Verein „Stiftung Hans Arp und Sophie Taeuber-Arp e. V.“ auf die im Schreiben des Kulturstatssekretärs vom 20. November 2007 enthaltene Aufforderung „mir spätestens bis zum 7. Dezember 2007 mitzuteilen, dass sie mit der kündigungsbedingten Auflösung der Rahmenvereinbarung einverstanden sind“ reagiert?
3. Welche Fragestellung konkret soll Gegenstand des vom Ministerpräsidenten angekündigten Schlichtungsverfahrens nach § 17 der „Rahmenvereinbarung“ vom 2. Juni 1995 in der Fassung vom 19. Juli 2005 sein?

Präsident Mertes:

Für die Landesregierung antwortet Herr Staatssekretär Professor Dr. Hofmann-Göttig.

Prof. Dr. Hofmann-Göttig, Staatssekretär:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit Schreiben der kommissarischen Geschäftsführerin des Arp-Vereins vom 21. März 2007 wurde dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur eine Liste mit Einzelwerken vorgelegt. Ein Hinweis darauf, dass diese Liste nicht mit der in 1996 vereinbarten und in 2001 und 2005 bestätigten Liste übereinstimmt, wurde seitens des Arp-Vereins nicht gegeben. Es bestand daher zunächst kein Anlass, die Liste abzugleichen.

Erst im Zusammenhang mit dem Entwurf eines Leihvertrages zwischen der Stiftung Arp Museum Bahnhof Ro-

landseck und dem Arp-Verein wurde diese Liste mit Schreiben des Ministeriums vom 30. August 2007 der Stiftung Arp Museum Bahnhof Rolandseck mit der Bitte zugeleitet, diese mit der verbindlichen Liste von 1996 abzugleichen.

Ich zitiere aus dem Brief eines Mitarbeiters des Ministeriums: „Die mir von Frau Krems vorgelegte Liste der Leihgaben vom 20.03.2007 ist diesem Schreiben als Anlage beigelegt. Ich bitte, diese mit der im Jahr 1996 abgestimmten Leihgabenliste abzugleichen.“

Nach Prüfung der Liste durch die zuständige Kuratorin des Arp Museums wurde mir am 17. Oktober 2007 in einem Gespräch im Bahnhof Rolandseck vom Gründungsdirektor des Arp Museums und der Kuratorin mitgeteilt, dass die vorgelegte Liste nicht mit der vereinbarten Dauerleihgabenliste übereinstimmt. Der Grund für diese Abweichung war nicht bekannt.

Insbesondere wusste die Landesregierung am 17. Oktober 2007 nicht, dass der Arp-Verein einzelne Kunstwerke, die in der Fiedler-Bender-Liste aus dem Jahre 1996 aufgelistet waren, zwischenzeitlich veräußert hatte.

Noch am selben Tage habe ich die Generalsekretärin des Arp-Vereins, Frau Stadler-Euler, auf diesen Umstand angesprochen und sie gefragt, ob die nun festgestellten Abweichungen darauf hindeuteten, dass die vertraglichen Verpflichtungen des Arp-Vereins aus dem Rahmenvertrag neu verhandelt und festgelegt werden sollten. Frau Stadler-Euler lehnte dies nachdrücklich ab. Sie bat mich, der versicherungstechnisch erstellten Liste keine Bedeutung beizumessen. Es zähle nur das, was der Vereinsvorstand, Herr Rechtsanwalt Lange, sage.

Darauffin richtete ich am 18. Oktober 2007, also einen Tag später, ein Schreiben an Herrn Rechtsanwalt Lange, in dem ich mich ausdrücklich auf die von Frau Dr. Fiedler-Bender 1996 erstellte Liste von 248 Exponaten bezog.

Zu diesem Zeitpunkt musste die Landesregierung noch davon ausgehen, dass die als Dauerleihgaben zur Verfügung zu stellenden Kunstwerke vollständig vorhanden sind.

Erst mit dem Schreiben vom 12. November 2007 teilte der Arp-Verein durch Herrn Rechtsanwalt Raue mit, „dass einige wenige Arbeiten – es handelt sich insgesamt um 14 Arbeiten, soweit ich das jetzt übersehen kann – nicht (mehr) vorhanden“ seien.

Dieses Schreiben ging unmittelbar vor der Sitzung des Kulturausschusses des Landtags am 13. November 2007 ein. Über die nunmehr völlig veränderte Situation habe ich den Kulturausschuss sofort informiert.

Zu Frage 2: Herr Rechtsanwalt Raue hat namens und in Vollmacht der Stiftung „Hans Arp und Sophie Taeuber-Arp e. V.“ mit Schreiben vom 27. November 2007 Folgendes erklärt – Zitat –: „Den Eingang ihrer Kündigung des Rahmenvertrages 2005 vom 20.11.2007 bestätige ich. Namens und in Vollmacht meines Mandanten widerspreche ich der Kündigung. Ihre Kündigung ist unwirk-

sam. Die nähere Begründung bleibt einem anwaltlichen Schriftsatz vorbehalten.“

Dieser Schriftsatz liegt uns seither nicht vor.

Zu Frage 3: § 17 der im Jahre 2005 novellierten Rahmenvereinbarung hat folgenden Wortlaut – Zitat –: „Alle Streitigkeiten, die sich im Zusammenhang mit der Rahmenvereinbarung in der Fassung vom 19. Juli 2005 oder über ihre Gültigkeit ergeben, werden nach der Schiedsgerichtsordnung der Deutschen Institution für Schiedsgerichtsbarkeit e. V. unter Ausschluss des ordentlichen Rechtsweges endgültig entschieden. Der Ort des schiedsrichterlichen Verfahrens ist Bonn. Die Verfahrenssprache ist deutsch. Das Verfahren ist von drei Schiedsrichtern zu führen, wobei der Vorsitzende des Schiedsgerichts ein international anerkannter Kunst- und Museumsfachmann sein muss. Die Rahmenvereinbarung unterliegt deutschem Recht.“

Die Landesregierung hat am 20. November 2007 die Rahmenvereinbarung vom 19. Juli 2007 fristlos aus einem wichtigen Grund gemäß § 16 Nr. 1 der Rahmenvereinbarung mit sofortiger Wirkung gekündigt. Sollte dies erforderlich sein, wird die Landesregierung im Hinblick auf die Wirksamkeit der fristlosen Kündigung und zur Klärung der vermögensrechtlichen Folgen aus dem Vertragsbruch seitens der sogenannten Stiftung „Hans Arp und Sophie Taeuber-Arp e. V.“ den in § 17 der Rahmenvereinbarung beschriebenen Rechtsweg beschreiben.

Wir verschließen uns aber auch nicht einer Einigung außerhalb dessen. Dies setzt allerdings mehr als nur rhetorische Signale des Arp-Vereins zu einem solchen Vorgehen aus. Bei all dem steht die Grundsatzentscheidung des Ministerrats, die Rahmenvereinbarung mit dem Arp-Verein zu kündigen, in keiner Weise zur Disposition. Eine institutionalisierte Zusammenarbeit mit dem Arp-Verein kommt für die Landesregierung nicht mehr in Frage.

Präsident Mertes:

Zu einer Zusatzfrage hat Frau Kohnle-Gros das Wort.

Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Herr Staatssekretär, sicher erinnern Sie sich oder haben rekapituliert, was Sie im Ausschuss für Kultur, Jugend und Familie im Jahr 1996, genau am 24. September 1996, den Ausschussmitgliedern zur damaligen Rahmenvereinbarung gesagt haben.

Ich darf ganz kurz drei Dinge benennen. Sie haben darauf hingewiesen, dass unter der ersten Ziffer dieser Rahmenvereinbarung die Überlassung der Dauerleihgaben an das Museum bzw. an die Stiftung vereinbart worden ist und Sie diese Geschichte, wie vereinbart, in der Reihenfolge, wie ich sie genannt habe, abarbeiten wollten. Ich möchte zitieren: „Das Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen habe bisher vor allem den Ankauf, die Bewertung und die Inventarisierung der vom Verein, Stiftung Hans Arp und Sophie Taeuber-Arp“ zur

Verfügung zu stellenden Dauerleihgaben in Angriff genommen –. Weiter unten heißt es: „Weiterhin sei erforderlich, sie vor Veräußerungen sicherzustellen“.

Wie bewerten Sie Ihre eben gemachten Aussagen vor dem Hintergrund aus dem Jahr 1996?

Prof. Dr. Hofmann-Göttig, Staatssekretär:

Meine Äußerungen im Jahr 1996 waren offensichtlich zutreffend und klug. Wenn man es allerdings mit Leuten zu tun hat, die eine Garantieerklärung abgeben, nämlich im Jahr 2001 schriftlich garantieren, dass etwas vorhanden ist und zum rechten Zeitpunkt kommt und diese Garantieerklärung vier Jahre später sogar Gegenstand einer vertraglichen Vereinbarung wird und dann hinterher herauskommt, dass Sie sich daran nicht gehalten haben, dann ist dieses ein schwerwiegender Tatbestand, den ich nicht mit strafrechtlichen Kategorien benennen möchte, der aber jedenfalls in die Nähe dessen rückt.

Es gab keine zusätzlichen Schutzvorkehrungen als die, die wir ergriffen haben. Sowohl nach dem Vertrag von 1995 als auch nach dem Vertrag von 2005 war die Überstellung der Dauerleihgaben erst zu dem Zeitpunkt vorgesehen, zu dem das Arp Museum fertiggestellt ist. Damit wurde im Übrigen dann auch das Depot geschaffen. Dieser Zeitpunkt war mit der Eröffnung des Arp Museums gegeben. Deswegen habe ich mit meinem Schreiben vom 18. Oktober dieses Jahres die Dauerleihgaben angefordert. Infolge dieser Anforderung kamen wir zu den Kenntnissen, die ich dargestellt habe.

Präsident Mertes:

Zu einer weiteren Zusatzfrage erteile ich Herrn Abgeordneten Schreiner das Wort.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

– Frau Kohnle-Gros, es geht nach der Reihenfolge. Umgekehrt würde ich auch wieder Ärger bekommen. Ich muss es einfach so machen.

Abg. Schreiner, CDU:

Herr Staatssekretär, sehen Sie es aus heutiger Sicht als schwerwiegendes Versäumnis der Landesregierung an, diese aus versicherungsrechtlichen Zwecken übersandte Liste im März 2007 nicht unverzüglich mit der Anlage 1 abgeglichen zu haben? Sind dem Land dadurch rechtliche Nachteile entstanden?

Prof. Dr. Hofmann-Göttig, Staatssekretär:

Herr Abgeordneter Schreiner, aus heutiger Sicht wäre es natürlich schön gewesen, wenn irgendjemand im März 2007 auf den Gedanken gekommen wäre, die übersandte Liste zu überprüfen, ob sie tatsächlich das beinhaltet, was sie vorgab zu beinhalten. Dazu bestand

kein Anlass, weil die Anforderung dessen, was wir dem Arp-Verein abverlangt haben, eindeutig war.

Wir haben dem Arp-Verein übrigens nicht erstmals im Jahr 2007, sondern bereits im Jahr 2006 gesagt, wir brauchen jetzt Einzelwerte der gelisteten Dauerleihgaben aus versicherungsrechtlichen Gründen, wegen der Staatshaftung usw. Wir haben insofern die Anforderung immer verknüpft mit dem Konvolut, das einvernehmlich gelistet war. Man kommt nicht ohne Weiteres darauf, wenn man dieses konkret anfordert, dass man eine Liste bekommt, die nicht mit dem identisch ist, was man angefordert hat. Dies ist im Zuge der konkreten Überprüfung nach unserem Schreiben vom 30. August aufgefallen. Ich kann darin kein Versäumnis unsererseits erkennen. Das Gegenteil ist der Fall. Ich sage noch einmal, dieses Hohe Haus ist gut beraten, Täter und Opfer nicht zu verwechseln. Wir waren nicht Täter.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Zu einer weiteren Zusatzfrage erteile ich Frau Abgeordneter Kohnle-Gros das Wort.

Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Herr Staatssekretär, sind Sie nach Ihren Äußerungen auf meine konkreten Fragen bereit, diese Fragen konkret zu beantworten? Was haben Sie genau unternommen in Bezug auf das, was ich eben zitiert habe? Wenn Sie nichts unternommen haben, frage ich Sie: Haben Sie damals dem Parlament etwas vorgemacht, was so gar nicht war?

Prof. Dr. Hofmann-Göttig, Staatssekretär:

Frau Kohnle-Gros,

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Ich könnte das noch drastischer bezeichnen, aber das unterlasse ich jetzt! – Hartloff, SPD: Sie haben im Untersuchungsausschuss noch Gelegenheit, das alles drastisch zu sagen!)

Sie können ganz sicher sein, dass ich auch in dem fraglichen Zitat nichts anderes gesagt habe als das, was wir getan haben.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

– Ich bin dabei, Ihre Frage zu beantworten.

Wenn ich es richtig im Ohr habe, haben Sie aus dem Oktober 1996 zitiert. Das war zu einem Zeitpunkt, zu dem die Inventarisierung der Dauerleihgaben noch im Gange war. Diese wurde dann im Laufe der nächsten Wochen abgeschlossen und endete mit dem Annahmeschreiben der damaligen Ministerin Frau Dr. Rose Götte vom 3. Dezember 1996 und der Versendung und Beifügung der Inventarisierungsliste von Frau Dr. Fiedler-Bender, dessen Original sich in unserem Besitz befindet und deren beiden Kopien sich im Besitz des Arp-Vereins

und der damaligen Stiftung Bahnhof Rolandseck befinden.

Damit war gleichzeitig die vertragliche Garantie des Jahres 1995 verbunden, dass diese Dauerleihgaben dem Museum in dem Augenblick zur Verfügung zu stellen sind, zu dem das Museum da ist.

Wenn Sie einen Vertrag haben, gehen Sie üblicherweise davon aus, dass beide Vertragsparteien die feste Absicht haben, sich so zu verhalten.

(Zuruf der Abg. Frau Spurzem, SPD)

Wenn jemand sich so nicht verhält, dann ist er ein Vertragsbrecher. Wir wissen nun konkret seit dem 13. November dieses Jahres, dass es hinter dem Rücken der Landesregierung zu Veräußerungen aus dem Konvolut gekommen ist, und zwar in den Jahren 1998, 1999 und 2000. Es ist ein bemerkenswerter Tatbestand, dass zum Zeitpunkt der Veräußerung, wie Herr Rechtsanwalt Raue schrieb, aus Versehen aus diesem Konvolut etwas entnommen wurde. Dieses Versehen wurde angeblich nie entdeckt und der Landesregierung niemals angezeigt. Das geschah auch nachträglich nicht. Hätte man uns unmittelbar nach der Veräußerung 1998 darauf hingewiesen, dass aus dem, was später ins Museum zu kommen hätte, etwas zur Veräußerung gekommen ist, hätte die Landesregierung bereits im Jahr 1998 rechtlich bewerten können, ob sie dieses Verhalten als Vertragsbruch bewertet und damit den Vertrag aus dem Jahr 1995 hätte kündigen können und wollen.

Der Arp-Verein war sich offensichtlich dieses Risikos bewusst. Anders kann ich die Tatsache nicht verstehen, dass noch in dem Schreiben vom Rechtsanwalt Lange vom Mai 2001 uns ausdrücklich der vollständige Bestand dieser Dauerleihgaben garantiert wurde. Wenn Sie fragen, wie sich das mit meinen Erklärungen aus dem Jahr 1996 verhält, dann kann ich nur sagen, genau das ist die Antwort auf die Frage. Wir haben uns versichert, dass das, was vertraglich garantiert ist, auch tatsächlich zur Verfügung steht. Diese Werke befanden sich aber überwiegend in verschiedensten Depots des Arp-Vereins in verschiedenen Ecken Deutschlands und international.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Der Arp-Verein war vertraglich nicht verpflichtet, vor Fertigstellung des Arp Museums die Dauerleihgaben bei uns zu deponieren. Er war vielmehr vertraglich verpflichtet, sie zum entsprechenden Zeitpunkt zur Verfügung zu stellen. Demzufolge gab es auch überhaupt keine Möglichkeit, die Veräußerung hinter unserem Rücken aufzudecken, die man bis zum fraglichen Schreiben von Rechtsanwalt Raue bis November 2007 vor uns verborgen hat. Das ist die Tatsache.

Ich verstehe mit bestem Willen nicht, wo Sie ein Versäumnis der Landesregierung sehen mögen, nur weil jemand hinter unserem Rücken etwas gemacht hat, was wir in der Tat hätten nicht erkennen können.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Weil Sie das damals genau vorhergesehen haben!)

Präsident Mertes:

Herr Kollege Hartloff, Sie haben die nächste Nachfrage.

Abg. Hartloff, SPD:

Herr Staatssekretär, ich frage Sie, ob man, wenn man gemeinsam ein Projekt entwickeln will und darüber Verträge schließt, grundsätzlich davon ausgehen muss, dass der Vertragspartner betrügt oder sich nicht vertragstreu verhält, oder ob man davon ausgehen kann, wenn man zur Durchführung eines Projektes gemeinsame Verträge schließt, dass die auch eingehalten werden.

Prof. Dr. Hofmann-Göttig, Staatssekretär:

Herr Abgeordneter Hartloff, üblicherweise geht man von der Vertragstreue von Vertragspartnern aus. Wenn man dies bezweifelt, macht man keinen Vertrag.

(Beifall der SPD)

Im vorliegenden Fall ist es so, dass sich das zuständige Ministerium immer wieder, weil gewisse zeitliche Folgen und gewisse Umstände das ergeben haben, versichert hat, dass es auch allseitige Einigung gibt. Es gab nämlich für meine Nachfrage im Jahr 2001 einen konkreten Grund. Der Arp-Verein wurde nämlich im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten in Frankreich verurteilt, bestimmte Summen aufzuwenden. Es gab den Verdacht, dass es, um diese Summen aufzuwenden, zu Veräußerungen von Arp-Werken kommen musste.

Wir hatten die Sorge, dass man möglicherweise unsere Bestände angreift. Deswegen habe ich an Herrn Lange damals im April 2001 einen Brief geschrieben, in dem ich ausdrücklich um Bestätigung gebeten habe, dass es im Zuge der Entschuldung des Arp-Vereins wegen des Frankreichkomplexes nicht zu Veräußerungen aus dem Dauerleihgabenkonvolut nach der Liste von Frau Fiedler-Bender gekommen ist. Herr Rechtsanwalt Lange bestätigte mir dieses ausdrücklich. Sehr geehrte Frau Kohnle-Gros, ich frage mich, welche höhere Sicherheit wollen Sie haben, dass etwas, was angekündigt ist zu deponieren, auch tatsächlich zur Verfügung steht, als dass man dieses garantiert bekommt und im Jahr 2005 sogar vertraglich garantiert bekommt?

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Den Zugriff, Herr Staatssekretär! Wie vereinbart!)

Präsident Mertes:

Eine weitere Zusatzfrage der Frau Kollegin Huth-Haage.

Abg. Frau Huth-Haage, CDU:

Herr Staatssekretär, wie konkret hat denn die Landesregierung das in der Presse angekündigte Schlichtungsverfahren vorangetrieben?

Prof. Dr. Hofmann-Göttig, Staatssekretär:

Frau Abgeordnete Huth-Haage, das Verfahren ist so, wie ich es beschrieben habe. Der Arp-Verein redet immer davon, es seien weitere Gespräche zu führen. Wir sagen, wir haben nichts gegen Gespräche, jedenfalls dann nicht, wenn der Arp-Verein ein substantiiertes Angebot vorlegt. Die Bedingung für eine außergerichtliche Klärung dieser Vorgänge aus unserer Sicht sind mit meiner Antwort auf die Frage heute noch einmal klar benannt. Es kann keinen Zweifel daran geben, dass für uns die Wirksamkeit der Kündigung der Rahmenvereinbarung nicht mehr verhandlungsfähig ist. Sie ist endgültig.

Genauso kann es für mich keinen Zweifel daran geben, dass wir mit diesem Arp-Verein, der sich so verhalten hat, wie ich es gerade noch einmal beschrieben habe, keine institutionalisierte Zusammenarbeit im Rahmen der Betreiberstiftung des Arp Museums akzeptieren können. Die Frage, wie ein Schaden ausgeglichen werden soll, der aus der Tatsache entstanden ist, dass wir nunmehr wissen, dass es ab dem Jahr 1998 zu Teilveräußerungen aus dem uns zugesagten Dauerleihgabenkonvolut gekommen ist, wäre Verhandlungssache.

Eines ist klar. Wir wollen uns nicht nur vom Arp-Verein trennen, sondern wir wollen auch, dass zumindest ein Teil des entstandenen Schadens durch Zurverfügungstellung von Kunstwerken ausgeglichen wird. Bis zur Stunde haben wir dafür allerdings kein Angebot des Arp-Vereins. Er argumentiert weiterhin öffentlich, dass er die Wirksamkeit unserer Kündigung in Zweifel zieht. Demzufolge sehe ich im Augenblick nicht, dass wir uns außergerichtlich einigen können. Also wird nach jetzigem Stand der Dinge die Schiedsordnung Platz greifen. Wir werden dann eine Einigung im Rahmen des Schiedsgerichtsverfahrens anzustreben haben, bzw. beide Seiten werden sich dann dieser erst- und letztinstanzlichen Entscheidung des Schiedsgerichts zu beugen haben.

Präsident Mertes:

Es liegt zwar noch eine Anfrage des Herrn Kollegen Schreiner vor, aber ich muss Ihnen sagen, nach der Geschäftsordnung ist das Fragerecht erschöpft. Ich kann es Ihnen auch zitieren: „Die Anfragenden sind insgesamt berechtigt, nach der Antwort bis zu drei Zusatzfragen zu stellen.“ Das habe ich bereits erweitert. Darüber hinausgehen möchte ich jetzt aber nicht.

Gibt es sonst noch weitere Nachfragen? – Dann ist damit die Anfrage beantwortet.

(Beifall der SPD)

Ich rufe die **Mündliche Anfrage des Abgeordneten Dr. Norbert Mittrücker (CDU), Telekommunikation** – Nummer 10 der Drucksache 15/1750 – betreffend, auf.

Das Wort hat Herr Kollege Mittrücker.

Abg. Dr. Mittrücker, CDU:

Ich frage die Landesregierung:

1. Auf welche Grundlagen stützt der Innenminister Hans-Peter Bruch seine Aussagen zu einer bevorstehenden flächendeckenden Versorgung im Telekommunikationsbereich?

(Frau Spurzem, SPD: Der Hans-Peter heißt Karl Peter!)

2. Wie bewertet die Landesregierung Aussagen, dass wegen des fehlenden Versorgungsauftrages für schnelle Breitbandverbindungen Telekommunikationsunternehmen in den Netzausbau nur investieren, sofern sich dies für sie wirtschaftlich darstellen lässt?
3. Gibt es eine für jedermann einsehbare Kartierung der Flächen in Rheinland-Pfalz, die eine Unterversorgung mit Breitbandanschluss haben, und Informationen über die zur Behebung der Unterversorgung notwendigen finanziellen Aufwendungen?
4. Durch welche Maßnahmen will das Land gerade in den unversorgten Gebieten dem hohen Informations- und Beratungsbedarf der Bevölkerung Rechnung tragen?

Präsident Mertes:

Für die Landesregierung antwortet Herr Wirtschaftsminister Hering.

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach der aktuellen Online-Untersuchung der D-21-Initiative belegt Rheinland-Pfalz einen guten dritten Platz in Sachen Verfügbarkeit von breitbandigen Internetanschlüssen. Trotzdem gibt es in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz – wir wissen alle davon – noch weiße Flecken, insbesondere im ländlichen Raum. Will man die Thematik „Breitband“ untersuchen, sollten aber nicht nur die am Markt dominierende und auf dem Telefonnetz basierende Übertragungstechnik ADSL betrachtet, sondern auch alle anderen prinzipiell zur Verfügung stehenden Breitbandtechniken in die Betrachtung einbezogen werden.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Eine flächendeckende Verfügbarkeit von schnellen Breitbandinternetanschlüssen ist in Rheinland-Pfalz bereits heute grundsätzlich gewährleistet. Standleitungen mit garantierten Bandbreiten stehen zum Beispiel grundsätzlich flächendeckend zur Verfügung. Die Preise für diese Festverbindungen liegen derzeit allerdings in einem für Privathaushalte unattraktiv hohen Bereich, sodass diese Angebote nicht für den Massenmarkt infrage kommen. Für Privathaushalte sind aber auch jetzt die neuen 2-Wege-Satellitenprodukte konzipiert worden, die flächendeckend zur Verfügung stehen. Darauf hat mein Kollege Karl Peter Bruch in der zitierten Veranstaltung bereits hingewiesen. Trotz systembedingter Leistungseinschränkungen sind diese Produkte mit höheren

Kosten als festnetzbasierende DSL-Anschlüsse kurzfristig verfügbar und stellen somit eine wichtige Komplementärtechnik zu den anderen verfügbaren Breitbandtechniken dar.

Zu Frage 2: Die Verpflichtung zur Erbringung bestimmter Telekommunikationsdienstleistungen ergibt sich aus Teil 6 des Telekommunikationsgesetzes, in dem die Universaldienstleistungen festgelegt sind, die den verfassungsrechtlich abgesicherten Grundversorgungsanspruch der Bevölkerung formulieren. Insofern besteht bei diesen Dienstleistungen auch ein Versorgungsauftrag für die Telekommunikationswirtschaft, der allerdings keine Breitbandanschlüsse umfasst, die im Universaldienst enthalten sind. Unter anderem stehen der Aufnahme von Breitbandanschlüssen in den Universaldienst europarechtliche Gründe entgegen, die diese erst zuließen, wenn bereits mehr als 50 % der europäischen Bevölkerung über einen solchen Anschluss verfügen würden. Da also ein solcher verpflichtender Versorgungsauftrag fehlt, ist es selbstverständlich, dass die Telekommunikationswirtschaft dort investiert, wo entsprechende Gewinnaussichten locken; denn ständig defizitär wirtschaftende Unternehmen werden auf Dauer keine Überlebensperspektive am Markt haben.

Zu Frage 3: In Bezug auf die Kartierung der rheinland-pfälzischen Flächen, in denen keine Breitbandnetzanschlüsse zur Verfügung stehen, steht der Breitbandatlas der Bundesregierung seit Mitte 2006 zur Verfügung.

Auf Ebene der Gemeinden, aber auch mit Bezug auf ganz Rheinland-Pfalz vermittelt der Breitbandatlas einen Überblick über die Verfügbarkeit im Land. Informationen über die zur Behebung der Unterversorgung und der weißen Flecken notwendigen finanziellen Mittel existieren hingegen nicht.

Aufgrund der höchst unterschiedlichen Breitbandtechniken, den örtlichen Infrastrukturvoraussetzungen, den topografischen wie geologischen Merkmalen sowie den hiermit verbundenen heterogenen Erschließungskosten lassen sich keine pauschalen Antworten auf die individuell für jeden Einzelfall zu ermittelnden Kosten finden.

Zu Frage 4: Durch die vielfältigen Aktivitäten der Breitbandinitiative Rheinland-Pfalz hat die Landesregierung bereits seit vielen Jahren zur Verbesserung der Verfügbarkeit von schnellen Internetanschlüssen im Land beigetragen.

Erst vor kurzem wurde mit der Durchführung einer regionalen Breitband-Workshoppreihe der Dialog mit den kommunalen Entscheidungsträgern, der Wirtschaft sowie den Bürgerinnen und Bürgern intensiviert.

Flankierend zu dem bereits von mir angekündigten Breitbandförderprogramm werden das in Kürze vorliegende Breitbandgutachten sowie die Analyse der Workshopergebnisse wertvolle Hinweise geben, wie der Informations- und Beratungsbedarf in den Regionen weiter ziel- und bedarfsgerecht verbessert werden kann.

Die daraus folgenden zusätzlichen Maßnahmen werden dann in den folgenden Jahren zeitnah umgesetzt und zu

einer weiteren technik- und wettbewerbsneutralen Verbesserung der Breitbandverfügbarkeit sorgen.

Zur Umsetzung der skizzierten Strategie wird mit den führenden Telekommunikationsunternehmen, aber auch mit den regionalen und lokalen mittelständischen Anbietern eine Vielzahl von Gesprächen geführt, die 2008 zur Realisierung von einigen Pilotprojekten führen sollen. Diese Pilotprojekte haben das Ziel, exemplarisch die Möglichkeiten aufzuzeigen, wie mit neuen Technologien die Breitbandversorgung in Rheinland-Pfalz weiter verbessert werden kann.

So weit zur Beantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Mertes:

Zu einer Zusatzfrage erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Mittrücker das Wort.

Abg. Dr. Mittrücker, CDU:

Herr Staatsminister, Sie reden von Pilotprojekten, die im Jahr 2008 durchgeführt werden sollen. Herr Staatsminister Karl Peter Bruch hat aber gesagt, dass es im Jahr 2008 in der Breitbandversorgung auch in der Fläche keine Probleme mehr gäbe. Diese beiden Aussagen sind nicht kongruent. Sie sind nicht deckungsgleich. Wie bewerten Sie diesen Unterschied?

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Ich habe Ihnen in Beantwortung der Anfrage von Ihnen dargelegt, dass Herr Kollege Karl Peter Bruch dargelegt hat, dass über Satellitentechnologie bereits heute eine flächendeckende Versorgung gegeben ist, die in Fortführung dieser Satellitentechnologie auch mit Pilotprojekten ergänzt wird. Ich habe Ihnen auch dargelegt, dass die Satellitentechnologie, wie wir sie heute haben, bezüglich der Kosten und Bandbreiten nicht mit den kabelbezogenen DSL-Anschlüssen vergleichbar ist, die den Großteil der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz ausstattet.

Deswegen ist die Aussage richtig, wir haben insbesondere durch Pilotprojekte im Jahr 2008 eine flächendeckende Versorgung unter Einbindung der Satellitentechnologie. Wir wollen aber weitergehen, dass wir dort, wo wir weiße Flecken haben, im Dialog mit den Kommunen, den regionalen Anbietern und auch den großen Anbietern schauen, wie kostengünstig für Verbraucher und mittelständische Wirtschaft diese bestehenden Lücken geschlossen werden können.

Von daher gibt es zu diesen Aussagen auch keinen Widerspruch.

Präsident Mertes:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Baldauf.

Abg. Baldauf, CDU:

Herr Minister, eine Frage zum Business Innovation Center (BIC).

Warum ist erst seit einer sehr kurzen Zeit und auch noch nicht komplett innerhalb des BIC eine Highspeedverbindung möglich? Dafür zeichnen Sie verantwortlich. Woran liegt das?

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Kollege Baldauf, diese Mündliche Anfrage bezog sich auf die flächendeckende Versorgung mit Breitbandtechnologien in Rheinland-Pfalz, der Versorgung von Kommunen. Sie sprechen die Versorgung innerhalb eines Gebäudes an, das mit Sicherheit nicht Gegenstand der Mündlichen Anfrage ist, die heute debattiert wird. Ich werde sehr gerne, wenn gewünscht, Ihnen schriftlich nachreichen, welche Räume im Business Innovation Center mit welcher Bandbreite wie versorgt sind. Das ist mit Sicherheit nicht Gegenstand dieser Mündlichen Anfrage.

Präsident Mertes:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Licht.

Abg. Licht, CDU:

Herr Minister, vor dem Hintergrund, dass viele aus meinem Landkreis an dieser Regionalveranstaltung in Trier teilgenommen haben und zu der Grundsätzlichkeit, an DSL angeschlossen zu sein, und der Wirklichkeit habe ich eine Frage. Bei uns im Landkreis sind etwa 50 Orte angeschlossen. Sie kennen unseren Landkreis, der ein bisschen größer ist. Das ist etwa so ein Drittel. Ich frage, auf welcher Grundlage hat Herr Minister Bruch Verhandlungen mit der Telekom dazu gemacht?

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Weil die Telekom der größte Anbieter von Breitband ist. Auch sind sie diejenigen, die in neuen modernen Technologien interessante Pilotprojekte auf den Weg gebracht haben und weitere interessante Pilotprojekte auf den Weg bringen werden. Deswegen ist es zielführend, solche Gespräche zu führen.

Ich bin Herrn Kollegen Karl Peter Bruch dankbar, dass gute Aussichten bestehen, dass Pilotprojekte in Rheinland-Pfalz für bundesweite Versuchsreihen umgesetzt werden. Das wird ein wichtiger Baustein sein, um die Breitbandversorgung in Rheinland-Pfalz zu verbessern. Deswegen bin ich Herrn Kollegen Bruch für die Initiative sehr dankbar.

Dass wir eine durchdachte Strategie verfolgen, sehen Sie daran, dass wir diese Regionalkonferenzen machen und alle Initiativen überprüfen, die es lokal gibt. Es gibt

verschiedene Initiativen und verschiedene Anbieter. Wir greifen das auch mithilfe eines Gutachtens auf. Wir werden Ihnen – wie angekündigt – im ersten Quartal 2008 nicht nur die Auswertung des Gutachtens, die Auswertung der zehn regionalen Workshops mit den Gesprächen, die wir mit kleinen und großen Anbietern führen, sondern auch das Konzept vorlegen.

Sie werden dann feststellen können, dass kein Bundesland in der Analyse der Einbindung der Kommunen, der Wirtschaft, der regionalen Anbieter und der gutachtlichen Stellungnahmen in die Gesamtproblematik dieser Frage der flächendeckenden guten Versorgung in den Regionen so weit ist wie das Land Rheinland-Pfalz. Das werden wir Ihnen im ersten Quartal 2008 dann in Auswertung der Initiativen, die wir gestartet haben, vorstellen.

(Vereinzelt Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Kollegen Mittrücker.

Abg. Dr. Mittrücker, CDU:

Herr Staatsminister, Sie reden von einer flächendeckenden Versorgung breitbandiger Anschlüsse bedingt durch Satellitentechnologie. Sind Sie mit mir der Meinung, dass dies nur die halbe Wahrheit ist; denn Sie wissen, mit Satelliten kann man sich relativ schnell breitbandig Informationen besorgen und herunterladen? Download nennt man das. Aber im anderen Sinne müssen Sie Informationen transportieren, wegschicken. Wenn Sie da keine vernünftige breitbandige Anbindung haben, sind Sie nicht in der Lage, in einem vernünftigen Zeitraum Ihre Informationen abzusetzen, so wie es die mittelständische Industrie insbesondere braucht. Sind Sie der gleichen Meinung, dass dies nur die halbe Wahrheit ist?

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Mittrücker, zum einen sind die verschiedenen Technologien, die es mittlerweile zur Breitbandversorgung gibt, sehr vielfältig. Es ist mit Sicherheit keine einfache Materie. Aber sinnvoll ist, dann auch genau zuzuhören. Ich habe Ihnen dezidiert in Beantwortung Ihrer Frage Nummer 1 dargelegt, welche verschiedenen Wege in Technologien es in Rheinland-Pfalz bereits gibt.

Wir haben zum einen garantierte Standleitungen mit garantierten Bandbreiten. Wir haben eine Versorgung mit Satellitenprodukten in moderner Zweiwegetechnologie. Damit können Sie nicht nur downloaden, sondern auch Informationen zurücksenden. Ich habe Ihnen dargelegt, dass die Bandbreite dort nicht so komfortabel wie bei einer leitungsgebundenen Breitbandversorgung ist. All das habe ich Ihnen dargelegt.

Ich bin aber auch gerne bereit, Ihnen den Text der schriftlichen Antwort zuzuleiten, damit Sie es dort nachlesen können. Ich habe Ihnen dezidiert dargelegt, wo die

Unterschiede liegen und dass wir für private Kunden und kleine mittelständische Unternehmen anstreben, eine kostengünstigere Lösung flächendeckend zu organisieren. Das kann nur in Kooperation mit den Kommunen und mit der mittelständischen Wirtschaft geschehen. Das ist Aufgabe der Kommunen.

Wir müssen technikneutral ausschreiben. Das gilt auch für die Kommunen. Wir dürfen als Land Rheinland-Pfalz bei einer das Wettbewerbsrecht beachtenden Konzeption keine Technologie vorschreiben, weil das wettbewerbswidrig wäre. Auch das ist bei der Lösung dieser großen Herausforderung zu beachten.

Präsident Mertes:

Frau Abgeordneter Pepper erteile ich für eine Zusatzfrage das Wort.

Abg. Frau Pepper, SPD:

Sehr geehrter Herr Minister, können Sie bestätigen, dass mit der Förderung der unterschiedlichen technologischen Vielfalt der Anreiz für einen Wettbewerb unter den Anbietern verstärkt wird und dies letztlich der DSL-Versorgung im Land zugute kommt?

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Das kann ich Ihnen bestätigen, Frau Pepper. Es kommt nicht nur der DSL-Versorgung im Land zugute, sondern das ist auch eine Maßnahme zur Unterstützung der mittelständischen Wirtschaft, weil wir damit auch die Möglichkeit geben, dass mittelständische regionale Anbieter mit ihren konzipierten Technologien einen Markteintritt organisieren können, wenn die Preiskonditionen stimmen. Deshalb ist dieser Ansatz auch mittelstandsfreundlich. Das gehört zur Wirtschaftspolitik des Landes Rheinland-Pfalz hinzu.

Präsident Mertes:

Für eine letzte Zusatzfrage erteile ich Herrn Kollegen Licht das Wort.

Abg. Licht, CDU:

Herr Minister, die Komplexität Ihrer Antwort und all das, was noch getan werden soll und muss, und all das, was noch ansteht, vorausgestellt, kann der Eindruck, dass es bis Mitte nächsten Jahres zu einer befriedigenden flächendeckenden Versorgung kommt, nur falsch sein.

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Ich fürchte, ich muss mich wiederholen, damit auch Sie das nachvollziehen können.

Es ist wichtig, dass wir eine korrekte Zustandsanalyse bezüglich des Zustands im Land Rheinland-Pfalz durchführen. Deshalb habe ich in der Antwort auf die Mündliche Anfrage auch damit begonnen, dass im Vergleich mit allen Bundesländern das Land Rheinland-Pfalz Platz 3 einnimmt. Wir haben also im Vergleich zu anderen Bundesländern eine gute Breitbandversorgung.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Die von Herrn Kollegen Karl Peter Bruch getroffene Aussage war für den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz ganz wichtig, um keine falschen Vorstellungen zu wecken. An jedem Ort in Rheinland-Pfalz ist unter Nutzung der Satellitentechnologie eine Breitbandversorgung möglich. Es ist wichtig, dass nicht die Aussage getroffen wird, dass es Bereiche gibt, in denen das überhaupt nicht kurzfristig gestaltbar wäre. Es ist ganz wichtig, dass keine falsche Kommunikation stattfindet, wenn wir über das Zukunftspotenzial in ländlichen Regionen sprechen.

Herr Licht, ich habe mit über 1.200 Menschen im Rahmen des Forums „Ländlicher Raum“ aufgrund des gebildeten Schwerpunkts „Infrastruktur“ intensiv die Problematik von DSL-Anschlüssen besprochen. Daraus resultierend ist in Abstimmung mit dem Innenministerium unsere Strategie konzipiert worden, regionale Foren zu bilden. Im Gegensatz zu anderen Ländern erfolgt eine seriöse Bestandsanalyse unter Beteiligung der betroffenen Kommunen und der mittelständischen Wirtschaft. Das wird von einem Gutachter begleitet, der in diesem Bereich fundierte Kenntnisse hat.

Daraus werden wir eine Konzeption erarbeiten, damit wir die Kommunen darin unterstützen können, eine bessere Breitbandversorgung zu ermöglichen und dies kostengünstiger für private Nutzer und mittelständische Firmen zu gestalten. Ich meine, dass das ein durchdachter Ansatz ist. Das geschieht in enger Kooperation mit dem Innenministerium. Dabei werden wir auch die Kompetenz des LDI und anderen nutzen.

Präsident Mertes:

Ich stelle fest, damit ist die Mündliche Anfrage beantwortet und die Fragestunde beendet.

(Beifall der SPD)

Lassen Sie mich als Gäste zum einen Freunde der CDU aus dem Wahlkreis Südliche Weinstraße und zum anderen Schülerinnen und Schüler der 10. Klasse der Ring-schule in Bad Kreuznach begrüßen. Herzlich willkommen in Mainz!

(Beifall im Hause)

Herr Kollege Bracht hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet.

Abg. Bracht, CDU:

Herr Präsident, die Fraktion der CDU beantragt die Aussprache zur Mündlichen Anfrage Nummer 10 des Herrn

Abgeordneten Dr. Norbert Mittrücker zum Thema „Telekommunikation“.

Präsident Mertes:

Ich erteile Frau Kollegin Schleicher-Rothmund das Wort.

Abg. Frau Schleicher-Rothmund, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die SPD-Fraktion beantragt die Aussprache zur Mündlichen Anfrage Nummer 8, „Vermeidung von Güterverkehrslärm“.

Präsident Mertes:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Eymael das Wort.

Abg. Eymael, FDP:

Im Namen der FDP-Fraktion beantrage ich die Aussprache zur Mündlichen Anfrage Nummer 7, „Weitere Aufträge an ‚Quadrolux‘ und ‚atelier 500““.

Präsident Mertes:

Gibt es zum Antrag des Kollegen von der FDP-Fraktion Zustimmung im Hause?

(Baldauf, CDU: Ja!)

Die CDU-Fraktion hat durch ihren Fraktionsvorsitzenden zugestimmt. Das werde ich als ein Gesamtergebnis.

Ich rufe zunächst die **Aussprache** über die **Mündliche Anfrage des Abgeordneten Dr. Norbert Mittrücker (CDU), Telekommunikation** – Nummer 10 der Drucksache 15/1750 – betreffend, auf.

Ich erteile Herrn Kollegen Dr. Mittrücker das Wort.

Abg. Dr. Mittrücker, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Die Grundversorgung für unsere Bevölkerung wird bei uns und im ganzen Haus hochgehalten. Wir haben die Grundversorgung immer im Bereich der Energie gesehen – wir alle –, aber wir haben die Grundversorgung auch im Bereich der Mobilität, also im Bereich der Straßenanbindung, gesehen. Diese beiden Themen sind exemplarisch ausgewählt. Dazu gibt es auch keinen Dissens.

(Unruhe im Hause)

Die Grundversorgung der Bevölkerung mit Informations- und Kommunikationstechnik wird aber mit Sicherheit den anderen beiden Grundversorgungsaufträgen gleichgestellt werden müssen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Mertes:

Die Spannung ist sehr hoch, aber es wäre auch sehr schön, wenn Sie zuhören würden.

Abg. Dr. Mittrücker, CDU:

Telekommunikation ist also eines der wesentlichen Elemente, das wir in der Zukunft als Grundversorgung betrachten müssen.

(Vizepräsidentin Frau Klamm übernimmt den Vorsitz)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man diesem hohen Anspruch nicht vonseiten der Wirtschaft gerecht werden kann, ist in der Regel der Staat mit gefragt. Wir haben die Telekom privatisiert und dürfen uns natürlich nicht wundern, wenn die Telekom nun nach wirtschaftlichen Grundsätzen ihre Geschäftspolitik ausrichtet.

(Beifall der CDU)

Das heißt im Klartext: Wir müssen auch andere Wege finden, um die Versorgung des ländlichen Raums mit Information und Kommunikation sowohl in die eine als auch in die andere Richtung zu gewährleisten und zu ermöglichen.

Meine Damen und Herren, aus der Antwort des Staatsministers wurde klar, dass außer der Kartierung der nicht breitbandversorgten Gebiete keine weiteren Behandlungsprofile für diese weißen Flecken existierten. Sie wissen, Information und Kommunikation kann man auf die verschiedensten Arten und Weisen an die Bürger bringen, zum Beispiel über Glasfaser, drahtgebundene Systeme, Richtfunk, Funkanbindung, aber auch das Energienetz, das 220-Volt-Netz.

Diese unterschiedlichen Systeme benötigen unterschiedliche Behandlungsprofile mit der Voraussetzung, dass sie wirtschaftlich sind. Wenn Sie bei den weißen Flächen keine Behandlungsprofile erarbeitet haben, sind Sie überhaupt nicht in der Lage zu entscheiden, wer, wo und was unterstützt werden muss, damit die weißen Flecken von der Bildfläche verschwinden.

(Beifall der CDU)

Sie verhandeln mit der Telekom. So schreibt es zumindest Herr Staatsminister Bruch. Das heißt, Sie segmentieren – zumindest muss ich den Eindruck gewinnen – auf einen bestimmten Bereich. Wenn Sie auch andere mittelständische Unternehmen unterstützen wollen,

(Staatsminister Hering: Das habe ich doch klar gesagt!)

die in der Lage sind, solche Informationen und Kommunikationen zu ermöglichen, muss den Leuten ein Ausleuchtungsprofil zur Verfügung gestellt werden. Sie müssen in Verbindung mit den Kommunen Vorleistungen erbringen, damit die wirtschaftliche Grundlage gegeben ist und Sie in der Lage sind, zielgerichtet zu in-

vestieren und den Leuten zielgerecht die Informationen zukommen zu lassen. Das vermisste ich deutlich.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, das heißt aber auch, es muss dafür Sorge getragen werden, dass wir in der Lage sind, richtig zu entscheiden. Ich sehe wiederum, dass sich viele Ministerien in diesem Bereich bemühen, solche Dinge voranzutreiben. Delegieren Sie diese Aktivitäten in den Bereich, der es von der Definition her kann. Die Informations- und Kommunikationsbereiche im Bereich des Herrn Häfner sind durchaus in der Lage, solche Dinge zentral für alle zu regeln. Zerreden Sie nicht in den einzelnen Ministerien die Problematik. Deswegen bitte ich Sie: Sind Sie in dieser Richtung aktiv! – Das führt zum Ziel.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die SPD-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Maximini.

Abg. Maximini, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! 2.200 Gemeinden ohne Breitbandanschluss in Deutschland – das sind die aktuellen Nachrichten aus der Zeitung „Technik und Wirtschaft“.

Meine Damen und Herren, die Situation stellt sich so dar, dass rund 92,6 % der Haushalte in Deutschland laut Telekom mit DSL versorgbar sind. Ich weiß, hinter dem Wort „versorgbar“ steckt etwas dahinter. Nicht alle Gemeinden sind versorgbar.

Herr Licht und Herr Dr. Mittrücker, das wissen Sie auch.

(Licht, CDU: Deswegen habe ich auch gefragt!)

Es kann nicht jede Gemeinde und jede Ansiedlung mit DSL oder TDSL versorgt werden. 99,4 % der Anschlussbereiche in Rheinland-Pfalz sind bereits mit DSL versorgt.

Meine Damen und Herren, das ist auch eine Tatsache, die Sie bitte zur Kenntnis nehmen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Es stimmt auch, dass rund 150.000 Haushalte in Rheinland-Pfalz noch nicht versorgt sind. Deswegen hat das Wirtschaftsministerium auch gemeinsam mit dem Innenministerium ein Programm aufgelegt. Ich glaube, wir haben erst vor wenigen Wochen darüber gesprochen, dass Bund und Land zusätzlich zu unserem Programm rund 880.000 Euro pro Jahr zur Verfügung stellen, um die Breitbandversorgung in Rheinland-Pfalz zu verbessern. Das Land allein gibt zu diesen 880.000 Euro, glau-

be ich, 350.000 Euro dazu. Der Rest kommt von der Bundesregierung.

Herr Dr. Mittrücker, wir waren uns im Medienausschuss aber auch einig, dass wir zunächst einmal eine Untersuchung abwarten sollten, die uns bis zum Ende des Jahres vorliegen soll. Über diese werden wir im Jahr 2008 im Medienausschuss sprechen, bevor wir weitere Forderungen und Aussagen dazu treffen.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns auch darüber im Klaren sein, was Breitband heißt. Wie definieren wir Breitband? Ich glaube, das können wir nur anhand der technischen Geschwindigkeiten erklären, die uns ermöglichen zu kommunizieren.

Ich denke, wenn wir von Breitband sprechen, meinen wir sicherlich alle, dass damit die Geschwindigkeit von einem Megabit gemeint ist, damit private Haushalte, Handwerksbetriebe und das übrige Gewerbe entsprechend kommunizieren können.

Wir haben angekündigt und werden es auch durchführen, dass wir zusätzlich zu dem Programm von Bund und Land eine Hotline für die Kommunen und auch die Wirtschaftsförderungsgesellschaften in Rheinland-Pfalz einrichten werden, um dort mit dem Ministerium abzustimmen, wie die Förderkriterien ausgelegt sind und welche Kommunen gefördert werden.

(Wirz, CDU: Wer ist wir?)

Das wird kommen. Haben Sie etwas Geduld.

Meine Damen und Herren, Herr Dr. Mittrücker, die Telekom ist leider ein privates Unternehmen. Es weist in allen mündlichen und schriftlichen Anfragen, die wir bisher gestellt haben, auch immer auf diesen Umstand hin. Trotzdem bin ich der Meinung, dass der ehemalige Staatskonzern schon eine besondere Verantwortung für die flächendeckende Versorgung auch mit DSL haben muss.

(Beifall der SPD)

Ich glaube, das ist das Bestreben, das das Wirtschaftsministerium und das Innenministerium in den Gesprächen und mit der Vereinbarung der Telekom unterstrichen haben.

Meine Damen und Herren, es ist auch wahr, dass uns andere europäische Länder, wie zum Beispiel die Schweiz und Österreich, in der Versorgung mit Breitband um Längen voraus sind. Ich spreche von Deutschland. Das ist Fakt.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Wir streben alle im Hause an – ich denke, hier sind wir uns auch einig –, dass wir die Defizite, wenn auch mit Satellitentechnik, so schnell wie möglich aufholen müssen.

(Glocke der Präsidentin)

Das werden wir auch tun.

Danke schön.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Schmitz das Wort.

Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das, was Herr Kollege Mittrücker gesagt hat, dass moderne Informations- und Kommunikationstechniken heute zur Grundversorgung der Bevölkerung zählen, und zwar nicht nur in der Industrie und dem Mittelstand, sondern auch in den Privathaushalten, kann man nur unterstreichen.

Wir sprechen vom IT-Analphabetentum bei all denen, die zukünftig nicht in der Lage sein werden, mit modernen Kommunikationstechniken umzugehen. Wir müssen von weißen Flächen, unentdeckten, abgehängten Regionen und Ortschaften überall dort sprechen, wo trotz des Wissens um IT-Technologie und persönlichen Kenntnissen, die technischen Bedingungen nutzbar zu machen, diese nicht vorhanden sind.

Herr Mittrücker, allerdings – das haben Sie auch eingeräumt – sind wir weit davon entfernt, im Bereich der Breitbandkommunikation einheitliche Standards zu haben. Von daher müssen wir einräumen, dass auch die Regierung ein Problem hat, sich beispielsweise für die technische Grundversorgung auf eine Technik festzulegen, beispielsweise Rheinland-Pfalz mit Richtfunk-Verbindungsstationen zu überziehen, die bis in den letzten Winkel Breitbandversorgungen zuließen.

Das würde sicherlich auch nicht die Zustimmung der gesamten Opposition finden. Wir würden zu Recht sagen, dass eine Regierung blauäugig auf eine Technik setzt, von der sie nicht weiß, ob sie in fünf Jahren noch à jour ist. Deshalb ist es sicherlich richtig, eine differenzierte technische Grundbedingung wahrzunehmen und zu akzeptieren und daraus differenzierte Schlüsse zu ziehen.

Ob das, was Wirtschaftsminister a. D. Bauckhage schon vor Jahren im Rahmen der Wirtschaftsministerkonferenz angestoßen hat, eine entsprechende Datenerhebung vorzunehmen, damit wir wissen, wovon wir sprechen, jetzt nach ca. zwei Jahren die richtige Geschwindigkeit im Umgang mit diesem Thema darstellt, da bin ich dann wieder ein bisschen skeptisch, Herr Kollege Maximini. Ein bisschen mehr Speed hätte gutgetan.

Der Hinweis des Wirtschaftsministers, der damit die Fastnachtszeit ein wenig vorweggenommen hat, die Kommunen noch besser mit Breitbandversorgung unterstützen zu wollen, ist Ausdruck des gut Gemeinten, somit des Mottos: Wir haben das Problem erkannt. – Aber eine Versorgung mit 99,4 % anzugeben, ist ein wenig schönfärberisch, Herr Kollege Maximini. Das haben Sie durchaus auch zum Ausdruck gebracht, als

Sie den Unterschied zwischen Österreich, der Schweiz und Rheinland-Pfalz beschrieben haben.

Wenn 99,4 % der gesamten rheinland-pfälzischen Bevölkerung einen problemlosen Zugang zu DSL, GDSL oder Breitbandversorgung hätten, dann wären wir zufrieden. Tatsache ist, dass es zu große Teile von Rheinland-Pfalz gibt, die abgehängt sind. Das muss sich ändern. Die Wege, die die Landesregierung geht, sind die richtigen, sie geht sie bisher nur nicht energisch genug.

Wir brauchen eine höhere Geschwindigkeit und eine höhere Durchdringung. Regionalkonferenzen und Hotlines sind schön und gut, aber sie ersetzen nicht das, was nur mit Grundversorgung richtig beschrieben ist.

Der Hinweis darauf, dass man von der Telekom mehr verlangt, ist ein Weiterreichen des Schwarzen Peters. Das ist nicht zielführend. Wir können die Telekom für Versäumnisse der Landesregierung nicht verantwortlich machen. Wir können uns nicht alle über niedrige Flatrates in der Telefonie und Internetkommunikation freuen und auf der anderen Seite erwarten, dass die Telekom wie der alte Staatsmonopolist weiterhin für politische Ziele in die Verantwortung zu nehmen ist. Das ist altes Denken, nehmen Sie Abstand davon.

Mehr davon in der zweiten Runde. Danke schön.

(Beifall der FDP)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die Landesregierung hat Herr Staatsministerin Hering das Wort.

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es dürfte unbestreitbar sein, dass es ein ganz wichtiges Grundanliegen ist, Rheinland-Pfalz und insbesondere die Räume, die bisher nicht an Breitbandtechnologie angeschlossen sind, möglichst schnell mit guter Breitbandversorgung auszustatten. Wie Straßenanbindungen gehört die Breitbandversorgung mittlerweile zur Grundinfrastruktur eines modernen Wirtschaftsstandortes.

Herr Dr. Schmitz, es ist korrekt, dass das Land Rheinland-Pfalz sich zu Zeiten der Verantwortung der FDP im Wirtschaftsministerium mit dieser Frage auseinandergesetzt, ein Förderprogramm für Gewerbegebiete auf den Weg gebracht und die richtige Zielsetzung verfolgt hat. Die Erfolge in der Umsetzung in gemeinsamer Verantwortung – das will ich betonen – sind durchaus überschaubar. Nach meinem Wissen waren es ein und ein halbes Gewerbegebiet, das wir in den fünf Jahren aus diesem Programm mit moderner Breitbandtechnologie versorgt haben. Das zeigt, wie schwierig es ist, die Umsetzung solcher Technologien auf den Weg zu bringen.

Seien Sie gewiss, bei der Initiative, die wir zur Ausstattung der Räume starten – wir reden über 100.000 Ein-

wohner –, haben wir den Ehrgeiz, das Tempo in der weiteren Umsetzung deutlich zu erhöhen.

Bezüglich der Umsetzung müssen wir beachten – es ist korrekt, was Sie gesagt haben, Herr Schmitz –, dass wir uns aus Wettbewerbsgründen nicht auf eine Technologie konzentrieren dürfen. Wir haben die leitungsgebundenen Möglichkeiten, über klassische Telefonleitungen, über Glasfaser und über Fernsehkabel Breitbandversorgung sicherzustellen, was auch in manchen Regionen geschieht.

Wir haben die leitungsungebundenen Möglichkeiten, mit Funktechnologie, mit WiMAX und mit WLAN Verbindungen aufzubauen, was in einigen Regionen geschieht. Wir haben ferner die Satellitentechnologie mit derzeit hohen Kosten und einer überschaubaren Bandbreite, von der jedoch keiner weiß, wie sich weiterentwickeln wird.

Meine Damen und Herren, wir haben im Land bereits 800.000 Euro Fördermittel über die Förderung ländlicher Räume bereitgestellt. Dass dies in der GAK ausgewiesen wird, war mit einer Anregung von mir, von Rheinland-Pfalz, an Bundesminister Seehofer mit der Aussage, auch aus der zweiten Säule der Entwicklung ländlicher Räume sollte eine Tür geöffnet werden, um Breitbandversorgung in ländlichen Räumen zu verbessern. Dies ist künftig im Rahmen des Programms ELER möglich. Das ist ein Vorschlag von Rheinland-Pfalz, der erfreulicherweise vom Kollegen Seehofer aufgegriffen wurde.

Herr Schmitz, dass wir mit den Kommunen reden, ist kein Karnevalsscherz, sondern der politische Umgang, wie wir ihn in Rheinland-Pfalz gestalten. Die Kommunen befinden sich in der konkreten Verantwortung, aber wir reden zunächst mit den Betroffenen, bevor wir Politikansätze konzipieren.

Das ist der richtige, der zielführende Weg. Ein Kommunalpolitiker würde zu Recht protestieren, wenn wir ohne Rücksprache mit den Kommunen ein Programm konzipieren würden, das im Ergebnis in kommunaler Verantwortung umgesetzt werden müsste.

(Beifall der SPD)

Wir werden uns zunächst auf einen Standard von einem Megabit konzentrieren, müssen aber beachten, dass sich Technologien weiterentwickeln und für viele Anwendungen in der mittelständischen Wirtschaft diese Bandbreite heute schon nicht mehr ausreichend ist. Auch darauf müssen wir zielführende Antworten geben.

Deswegen ist das, was wir in Rheinland-Pfalz gestalten, der richtige Weg. Wir haben mittlerweile auch Anfragen aus anderen Ländern, die mit als erstes Bundesland ein flächendeckendes Gutachten in Auftrag gegeben haben, die Workshops durchführen und nicht nur mit den großen Anbietern wie der Telekom – was zwingend notwendig ist –, sondern auch mit den kleinen Anbietern sprechen. Wir haben uns viel Sachverstand verschafft, indem wir uns gerade mit kleinen regionalen Anbietern und mit innovativen Technologiekonzepten auseinandergesetzt haben. So können wir unsere Kommunen kompetent beraten, weshalb auch die Hotline wichtig ist.

Wir werden uns auch Zeit nehmen, das mit Ihnen im zuständigen Ausschuss zu diskutieren. Ich glaube, bei einer Zielsetzung, bei der es in der Zielverfolgung einen gemeinsamen Nenner dahin gehend gibt, diese wichtige Aufgabe zügig umzusetzen, werden wir das Parlament mitnehmen können, diese Konzeption im Detail auszuarbeiten. Wir werden sie Anfang des Jahres vorstellen.

Ich bin guter Dinge, dass Rheinland-Pfalz den Spitzenplatz, den 3. Platz, den das Land mittlerweile in Deutschland hat, durch dieses konzeptionelle Vorgehen ausbauen kann, insbesondere auch deshalb, weil die Entwicklung ländlicher Räume für diese Landesregierung eine ganz hohe Bedeutung hat. Deswegen werden wir die Bereitschaft mitbringen, sinnvolle Konzepte, wenn nötig, auch finanziell zu unterstützen. Diese Aussage haben wir gemacht.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank, Herr Minister.

Herr Abgeordneter Dr. Mittrücker, bitte schön.

Abg. Dr. Mittrücker, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wiederum ein Beweis dafür, wie man durch Argumente die Gewichtung verschieben kann: Vorhin hatten Sie die Satellitentechnologie eher als Deckmantel Ihrer fehlenden terrestrischen Aktivitäten benutzt, jetzt versuchen Sie, in der Diversität der unterschiedlichen Systeme das Heil zu finden. So ganz konsequent sind Sie in Ihrer Argumentation nicht.

(Beifall bei der CDU)

Es wurde schon mehrmals darauf hingewiesen, dass die Landesregierung 350.000 Euro eingesetzt habe, um diese weißen Flecken zu radieren. Meine Damen und Herren, ich habe vorhin festgestellt, dass Sie keine kartografische Beschreibung und keine Profilbeschreibung der weißen Flecken haben und sich trotzdem rühmen, 350.000 Euro eingesetzt zu haben. Stellt diese Summe 1 %, 0,5 % oder 10 % der notwendigen Kosten dar? Keiner weiß das, aber Sie rühmen sich, 350.000 Euro eingesetzt zu haben, eigentlich ein Skandal.

Meine Damen und Herren, Herr Maximini, darüber hinaus ist es toll, was Sie gesagt haben, andere Länder seien weiter als wir. Sie als technischer Fachmann haben das richtig gesehen. Das hat Herr Maximini definiert.

(Beifall bei der CDU)

Herr Maximini, eines muss ich Sie aber trotzdem einmal fragen: Wer hat nun eigentlich die Hotline eingerichtet: Sie, die Fraktion, die Landesregierung? – Dies erschließt sich mir noch nicht ganz genau.

Herr Dr. Schmitz, ich sage Ihnen, die Rahmenfestlegung ist notwendig, das haben Sie richtig gesagt. Weder die Landesregierung noch irgendeine politische Institution dürfen sich auch nur im Ansatz daran vergreifen, technologisch etwas zu bestimmen. Sie kann lediglich Rahmen setzen, innerhalb derer die wirtschaftlichen Argumente der Unternehmen, die diese weißen Flecken radieren, greifen, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Dazu bedarf es eines Profils, und dazu bedarf es einer entsprechenden Kalkulation, und daraus muss die Strategie entwickelt werden,

(Glocke der Präsidentin)

wie die Landesregierung für die Bürger die entsprechenden Gelder einsetzt, damit eine flächendeckende Versorgung möglich ist. Das ist richtig, und das ist notwendig.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Herr Kollege Maximini hat das Wort.

Abg. Maximini, SPD:

Herr Kollege, was ist falsch daran, dass der Wirtschaftsminister gesagt hat, dass es in Deutschland und in Rheinland-Pfalz mehrere Systeme gibt – Satellit, Kupferkabel, Glasfaserkabel, Standleitungen oder Funktechnik –, mit denen wir die Breitbandtechnologie gewährleisten? – Wir müssen alle Systeme nutzen, um vor allen Dingen unsere ländlichen Räume mit Breitband zu versorgen. Ich glaube, darüber gibt es keine Kontroverse. Nichts anderes hat Herr Wirtschaftsminister Hering gesagt, und nichts anderes wird diese Landesregierung praktizieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir in Deutschland Nachholbedarf haben, können Sie überall nachlesen, das ist völlig klar. Deswegen ist es auch so lobenswert, dass wir in Rheinland-Pfalz im Ranking der Bundesländer – meine Damen und Herren, vergessen Sie das bitte nicht – mit der Breitbandversorgung an dritter Stelle stehen, und dies in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz, das zu über 70 % aus dem ländlichen Raum besteht. Ich denke, dies muss ebenfalls einmal erwähnt werden. Deswegen werden wir alles daran setzen, und wir werden noch vieles mehr tun müssen.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Ich wiederhole aber noch einmal, wir können aus technischen Gründen auch nicht jede Siedlung und jeden Haushalt versorgen, aber wir werden die bisher erreichten 99,6 % noch steigern können. Davon sind wir überzeugt, und deswegen haben wir das Programm aufgelegt.

Danke schön.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Herr Kollege Dr. Schmitz hat das Wort.

Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben nun viele Zahlen zum Versorgungsgrad in Rheinland-Pfalz gehört, die nicht unbedingt einheitlich sind. Herr Kollege Maximini spricht nun zum zweiten Mal von einem Versorgungsgrad von über 99 % – einmal von 99,4 % und einmal von 99,6 % –, und Herr Wirtschaftsminister Hering sprach in seinem Redebeitrag von 115.000 nicht versorgten Personen. Dies passt natürlich nicht zu einem Versorgungsgrad von über 99 %. Herr Maximini hat in seinem ersten Redebeitrag von 150.000 nicht versorgten Haushalten gesprochen. – Was denn nun? – Irgendetwas stimmt da noch nicht. Wir haben es sozusagen mit einem Datensalat zu tun, und die Landesregierung ist aufgefordert, zunächst einmal eine Klärung herbeizuführen, bevor sie Landes- und damit Steuermittel einsetzt, um dort Abhilfe zu schaffen, wo wir noch Probleme haben. Herr Kollege Dr. Mittrücker, in diesem Punkt unterstütze ich ausdrücklich das, was Sie gesagt haben. Dazu müssen wir aber in der Tat erst einmal genau wissen, wo diese Probleme bestehen.

Meine Damen und Herren, Kolumbus hat zwar auf der Suche nach Indien auch Amerika entdeckt, aber ob das in Rheinland-Pfalz genauso funktioniert, sei erst einmal dahingestellt.

(Beifall bei der FDP –
Heiterkeit bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Wir sind damit am Ende der Aussprache über die Mündliche Anfrage Nummer 10.

Wir kommen zur **Aussprache** über die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Manfred Nink, Michael Hüttner, Alfons Maximini, Renate Pepper, Frank Puchtler, Heike Raab und Ingeborg Sahler-Fesel (SPD), Vermeidung von Güterverkehrslärm** – Nummer 8 der Drucksache 15/1750 – betreffend.

Ich erteile Herrn Kollegen Nink das Wort.

Abg. Nink, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der Bundesratsinitiative des Landes Rheinland-Pfalz im Jahr 2006, welche letztlich mit der Entschließung des Bundesrates zur Reduzierung des Lärms durch Güterverkehr auf der Schiene beschlossen wurde, hat das Land eine Reaktion zur Bekämpfung des Schienenlärms ausgelöst, welche eine gewaltige Kraftanstrengung nicht nur finanzieller Art für alle Beteiligten bedeutet. Die Landtagsfraktionen haben Anfang 2007 eigene Anträge eingebracht, die nach den Beratungen im Ausschuss zu einem gemeinsamen Antrag führten, der schließlich am 4. Mai dieses Jahres im

Landtag verabschiedet wurde. Die Tatsache, dass sich die Fraktionen auf einen gemeinsamen Antrag geeinigt haben, unterstreicht den Willen des rheinland-pfälzischen Landtags, trotz mancher parteipolitischer Unterschiede bei wichtigen Angelegenheiten im Land nach gemeinsamen Lösungen zu suchen.

Dieser gemeinsame Antrag, der weitestgehend die Vorschläge der SPD-Fraktion aufgriff, führte sicherlich zur Stärkung der Landesposition gegenüber Bund und der Deutschen Bahn AG. So haben auch SPD- und CDU/CSU-Fraktion im Bundestag dieses Thema aufgegriffen und mit einem gemeinsamen Antrag die Bundesregierung aufgefordert, im Rahmen der EU-Präsidentschaft darauf hinzuwirken, dass seitens der europäischen Kommission kurzfristig geeignete Maßnahmen ergriffen werden und die auf europäischer Ebene eingeführten lärmreduzierten Grenzwerte für neue Güterwagen – das ist besonders wichtig – auch von Bestandsgüterwagen schnellstmöglich eingehalten werden.

Das Letztere bedeutet, dass alle Güterwagen im Eigentum der Deutschen Bahn AG bzw. der privaten Unternehmen – Herr Wirtschaftsminister Hering sprach von 135.000, andere Zahlen gehen sogar von 160.000 Güterwagen aus – davon betroffen sind. Welche Dimension dies im europäischen Raum einnimmt, kann man nur erahnen. Die Auswirkung einer solchen Umrüstung konnte man anlässlich einer Demonstrationsfahrt eines mit K-Sohlen ausgestatteten Güterzuges am 2. April dieses Jahres in Bingen erleben. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich war persönlich überrascht von diesem positiven Ergebnis, wenngleich man dabei nicht vergessen darf, dass die Lärmquelle nicht nur von den bisherigen Graugussbremsen, sondern insgesamt von dem Rad-Schiene-System erzeugt wird. Deswegen ist es richtig, dass nach weiteren Verbesserungen und nach weiteren Lösungen gesucht wird.

Ziel sollte es sein, dass bei Güterwagen eine ähnliche Qualität erreicht werden kann wie bei den heutigen modernen Personenwagen. Dies wird ein großer Schritt sein, die Technik ist aber auf dem besten Weg dazu.

Weiterhin wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe mit verschiedenen Aufgaben betraut. Die Deutsche Bahn AG sollte aufgefordert werden, ihr Trassenpreissystem so zu gestalten, dass Lärmauswirkungen des Schienengüterverkehrs bei der Preisgestaltung berücksichtigt werden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, alles in allem denke ich, dass dies ein sichtlich ambitioniertes Vorhaben ist. Vor dem Hintergrund, dass man der Politik eigentlich nicht zutraut, zu einem solch komplexen Thema schnelle Lösungen zu finden, bin ich der Auffassung, dass es sehr begrüßenswert ist, dass bereits im gleichen Jahr nach Verabschiedung des entsprechenden Antrags im Bundesrat die ersten konkreten Ergebnisse vorliegen.

Neben der Bereitstellung von Mitteln zur Umsetzung verschiedenster Maßnahmen ist aus rheinland-pfälzischer Sicht das Pilotprojekt „leiser Rhein“ zu nennen. Wie wir vorhin erfahren haben, sollen mehrere Tausend Güterwagen auf die sogenannte Flüsterbremse

umgerüstet werden, die dann vorrangig im hochfrequentierten Rheintal zum Einsatz kommen sollen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch dies ist sichtlich eine Riesenherausforderung an die Logistik beim Zusammenstellen dieser Züge.

Sicherlich wird auch das emissionsbezogene Trassenpreissystem zu weiteren Verbesserungen führen. Alles in allem ist dies bezogen auf die Umsetzungsdauer ein erster großer Erfolg rheinland-pfälzischer Verkehrspolitik.

Herr Minister, es gilt nun, die weiteren Maßnahmen auf die Bedürfnisse auch der Bewohner in den übrigen Flusstälern des Landes zu richten. Für mich ist noch nicht vollkommen erkennbar, wie man einem Grundübel, nämlich die hohe Lärmbelastung durch dieselbetriebene Lokomotiven, schnell entgegenwirken will. Schnelle Lösungen müssten darüber hinaus außerhalb der emissionsbezogenen Trassenpreissysteme gefunden werden.

Trotzdem denke ich, dass wir das Fazit ziehen können, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Es gibt noch viel zu tun. Die SPD-Landtagsfraktion wird diese weiteren Schritte aktiv begleiten und die Landesregierung darin unterstützen.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich erteile Herrn Kollegen Dötsch das Wort.

Abg. Dötsch, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist gut, dass in diesem Hause Konsens über die Vermeidung des Bahnlärms im Mittelrheintal und auch in anderen Flusstälern in Rheinland-Pfalz besteht. Es besteht Konsens über die technische Umsetzung, den technischen Mix der durchzuführenden Maßnahmen und über die politische Notwendigkeit und auch die Initiative, weil dies der Sache und auch den Menschen in den Flusstälern in Rheinland-Pfalz nutzt.

Es gibt immer mehr Untersuchungen dazu, wie schädlich Lärm für die Gesundheit der Menschen ist. Wir müssen alles tun, um diese Belastung zu mindern, einmal für die Menschen, aber auch für den Erhalt und den Ausbau der Touristenregion Mittelrhein.

Herr Minister, Sie erhalten von der CDU jede notwendige Unterstützung bei den Maßnahmen, die Lärmbelastung zu mindern. Wir haben den größten Erfolg, wenn wir gemeinsam die Gespräche in die gleiche Richtung führen, und zwar die Gespräche, die wir alle bei den Verantwortlichen bei Bund und Bahn haben, so wie wir das in der Vergangenheit auch mit der gleichen Zielrichtung getan haben.

Auch wir werden uns für diese Maßnahmen immer wieder bei Bund und Bahn einsetzen. Allerdings haben wir

erst kürzlich ein Gutachten des Zweckverbandes Weltkulturerbe Mittelrhein zum Bahnlärm zur Kenntnis nehmen müssen, bei dem es so aussieht, als ob die tatsächlich gemessenen Lärmwerte wesentlich höher als das sind, was bisher theoretisch errechnet worden ist.

Die Entscheidungen, die Sie zum Teil vorgetragen haben, zeigen, dass nicht alles so 100 %ig umsetzbar ist, wie sich das die Politik vorstellt, einmal aus Kostengründen, aber auch, weil die Politik nicht in allen Bereichen den Durchgriff hat, den wir uns wünschen.

Wir werden uns also von den Idealzielen ein Stück weit entfernen müssen. Dies bedeutet aber auf der anderen Seite auch, dass wir alles tun müssen und noch verstärker darangehen müssen, die Möglichkeiten zu nutzen. Wir müssen mehr tun, um die Lärmemission zu reduzieren. Hier darf ich auf einen Vorschlag der CDU-Fraktion zurückkommen, den wir im Februar dieses Jahres gemacht haben, der bisher noch nicht zum Zug gekommen ist.

Wir haben die Prüfung der Geschwindigkeitsreduzierungen und Nachfahrverbote vorgeschlagen. Dies könnte aus meiner Sicht durchaus bei Zügen erfolgen, die die Emissionswerte nicht einhalten. Herr Minister, dies wäre sicherlich auch ein Wettbewerbsvorteil für die Bahnunternehmen, die lärmindernd in ihre Waggons investiert haben, und käme den Bewohnern der Flusstäler zugute.

Wir brauchen die notwendigen Lärmschutzmaßnahmen. Diese dürfen sich nicht nur an der Lärmreduzierung an der Quelle orientieren, sondern wir müssen auch verstärkt in den passiven Lärmschutz gehen. Hier müssen die notwendigen Investitionen, wie sie langfristig angekündigt waren und noch nicht voll umgesetzt sind, verstärkt umgesetzt werden. Ich denke, hier ist noch einiges zu tun. Auch da sind der Bund und die Bahn mit befragt.

Zu den weiteren Punkten komme ich später.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich erteile Herrn Kollegen Eymael das Wort.

Abg. Eymael, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema „Bahnlärm im Mittelrheintal“ wird uns noch die nächsten Jahre beschäftigen. Es hat uns schon einige Jahre beschäftigt; denn es ist so schnell nicht lösbar, obwohl die Verhältnisse dort in erster Linie in der Zwischenzeit für die Bevölkerung unzumutbar sind, aber auch für die weitere Entwicklung dieses Mittelrheintals, dieses Weltkulturerbes. Ich denke insbesondere auch an Hotellerie, an Gastronomie, überhaupt den ganzen Wirtschaftsstandort.

Wir beobachten auch eine gewisse Entleerung in dieser Region. Meine Damen und Herren, deswegen waren wir uns auch zwischen den Fraktionen einig, dass wir alles

daransetzen müssen, eine deutliche Reduzierung des Bahnlärms im Mittelrheintal herbeizuführen.

Wir müssen allerdings wissen, dass sich die Güterverkehre am Mittelrhein in den nächsten Jahren noch deutlich steigern werden. Man geht davon aus, dass es in den nächsten zehn Jahren zu einer 50 %igen Mehrung der Güterverkehre kommen kann und kommen wird und wir unsere lärmreduzierenden Maßnahmen schneller nach vorne bringen, als zusätzlicher Lärm durch die zusätzlichen Güterverkehre entsteht. Herr Minister, deswegen ist der Vorschlag einer neuen Trasse so nicht von der Hand zu weisen, weil er natürlich zu einer deutlichen Lärmentlastung in diesem Bereich und zu einer Aufwertung des gesamten Weltkulturerbes Mittelrhein führen würde.

Wir haben den Bahnlärm in erster Linie auf die Bremsysteme zurückzuführen. Aber auch die Umstellung auf die sogenannten Flüsterbremsen dauert eine Zeit lang. Wir haben es in Deutschland mit 160.000 Waggon zu tun. Wir haben es mit 400.000 Waggon im internationalen Bahnverkehr zu tun. Wenn man jetzt wirklich ein paar Tausend umrüstet – ich glaube, bis jetzt sind 3.100 umgerüstet –, dann wird das noch eine gewisse Zeit dauern.

Sie haben eine Konferenz am Mittelrhein veranstaltet. Die Ergebnisse waren zunächst einmal enttäuschend, weil sich Finanzminister Steinbrück damals immer noch geweigert hat, die Förderung der Umrüstung von Güterzügen auf Flüsterbremsen möglich zu machen. Herr Mehdorn war damals nicht bereit, ein differenziertes Trassenpreissystem mitzutragen.

Daraufhin wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet. In der Tat hat die Arbeitsgruppe erste Ergebnisse erzielt. Ich darf aus einer schriftlichen Stellungnahme im Antwortschreiben vom 17. Oktober 2007 zitieren, in der Minister Steinbrück eine baldige, größtmögliche und zielgenaue Lärminderung insbesondere auf der Rheinschiene angekündigt hat. Offiziell hat der Bund dazu zwar noch keine weiteren Einzelheiten bekannt gegeben, allerdings war auf der Fachebene zu erfahren, dass in einem Programm „leiser Rhein“ zum Beispiel Modellprojekte mit Lärmschutzwänden und Dämmungen direkt an den Schienen getestet werden sollen. Auch sollen mehrere Tausend Fahrzeuge auf lärmarme Bremsen umgerüstet werden.

Eine generelle Umrüstung auf lärmarme sogenannte K-Verbundstoffbremssohlen auf der Grundlage einer staatlichen Förderung könne es aus rechtlichen Gründen jedoch nicht geben. Wegen EU-rechtlicher Restriktionen könnten nur bis zu 30 % der Kosten letztlich staatlicherseits gefördert werden. Dieser Anteil wäre den Bahnen aber kein ausreichender Anreiz für eine freiwillige Umrüstung. Stattdessen soll daher die allgemeine Zulassung ebenfalls lärmärmerer sogenannter LL-Bremssohlen beschleunigt werden. Diese seien nur rund ein Drittel so teuer wie die K-Sohlen, wodurch ein Umrüstungsprogramm letztlich wesentlich schneller abgeschlossen werden kann.

Meine Damen und Herren, als kurzfristige Maßnahme steht dort noch das Schleifen der Schienen. Das bringt

sicherlich ein bisschen. Aber es sind noch große Projekte, die wir in der Tat zu bewältigen haben. In der Zwischenzeit sind jedenfalls die Ergebnisse dieser Konferenz positiver geworden.

Punkt 1, es ist in der Tat bis zu 30 % Förderung möglich. Punkt 2 ist, es ist ein differenziertes Trassenpreissystem in der Diskussion. Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass das Ganze noch an Schnelligkeit weiter gewinnen wird; denn die Menschen in diesem Mittelrheintal sind schon stark belastet. Wir alle wollen, dass die Region Mittelrhein auch ein Stück weit aufblüht, auch was die wirtschaftliche Seite dieser Region betrifft. Sie ist in den letzten Jahren stark ins Abseits getreten. Deswegen gilt unser besonderes Augenmerk, jetzt vielleicht sogar gemeinsam zu versuchen, diesen Bahnlärm in den nächsten Jahren so schnell wie möglich zu reduzieren.

(Beifall der FDP)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich erteile Herrn Staatsminister Hering das Wort.

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, im Interesse der Menschen und der Sachen ist es hilfreich, dass in dieser Frage in diesem Haus ein großes Maß an Geschlossenheit herrscht. Es ist schon gravierend, wie massiv die Menschen im Mittelrheintal unter der Lärmbelastung leiden.

Bevor ich mich öffentlich geäußert habe, habe ich Mitte letzten Jahres einige Zeit dafür aufgewandt, mit Betroffenen im Rheintal zu reden. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit und der Presse habe ich in einem wunderschönen Hotel unmittelbar an der Bahnstrecke eine Sitzung abgehalten. Wir wurden von der Inhaberin sehr freundlich und qualitätsorientiert bedient. Das war ein Haus, in dem man sich sehr wohlfühlen kann. Anschließend beim Bezahlen der Rechnung habe ich gefragt, wie schlimm die Belastung des Bahnlärms für ihre Gastronomie sei.

Ich habe gemerkt, dass es in den Augen der Frau etwas feucht wurde, sie hat nämlich gesagt, jeder zweite Gast, der zu mir kommt, sagt, sie haben ein hervorragendes Haus, sie bedienen mich sehr nett, es ist alles perfekt, nur haben sie dafür Verständnis, dass man unter Urlaub und Erholung auch versteht, dass man nachts schlafen kann. Das ist leider in ihrem Haus nicht möglich, insbesondere im Sommer nicht, wo ich entscheiden kann, ob ich wegen der Lärmbelastung oder wegen der fehlenden Möglichkeit, das Fenster zu öffnen, nicht schlafen kann.

Wenn man solche Äußerungen hört, muss einen das bewegen. Insbesondere gilt es dann, wenn wir wissen, wie wichtig uns die Entwicklung des Weltkulturerbes ist. Diese Anliegen der Menschen sind der Landesregierung enorm wichtig. Beispielsweise ist das zum Ausdruck gekommen, als es gelungen ist, das Lärmsanierungs-

programm auf den Weg zu bringen. Das hat sich zunächst auf passiven Lärmschutz bezogen.

Herr Dötsch, an der Stelle muss man sagen, die Maßnahmen zum passiven Lärmschutz werden im Jahr 2008 an der Rheinstrecke umgesetzt sein. Heute sind aus diesem Programm bereits 43 Millionen Euro investiert. Mit diesen Maßnahmen, die in diesem Programm konzipiert waren, geht die Bahn davon aus, dass im Jahr 2008 ein Volumen von 63 Millionen Euro umgesetzt sein wird.

Wir wissen auch, dass es einige Gemeinden gibt, die bewusst die Entscheidung getroffen haben, die eine oder andere Lärmschutzwand nicht zu bauen. Sie haben nämlich die Aussage getroffen, wir haben dann zwar eventuell weniger Bahnlärm, aber wir haben unsere Immobilie gekauft und uns für das Rheintal entschieden, um die Möglichkeit zu haben, auf den Rhein zu schauen und nicht auf eine Lärmschutzwand.

Es gibt Grenzen für Maßnahmen für den passiven Lärmschutz. Es gibt Grenzen. Natürlich hilft ein Schallschutzfenster. In den Sommermonaten gibt es aber das Bedürfnis, sich nicht nur im Haus aufzuhalten. Wir müssen daher an der Quelle des Lärmes ansetzen.

Herr Eymael, Sie haben recht, die Güterverkehrsbelastung wird weiter deutlich zunehmen. Verkehrspolitisch gesehen hatten wir im letzten Jahr den gravierenden Erfolg, dass erstmals die Steigerung des Güterverkehrs auf der Schiene größer gewesen ist als auf der Straße. Das ist verkehrspolitisch ein großer Erfolg. Das gilt allerdings nicht für die Menschen, die an den betroffenen Strecken wohnen.

Wir wissen, dass in das sogenannte Alptransitkonzept Milliarden investiert werden. Damit wird die Infrastruktur für den Güterschienenverkehr erweitert, um den Güterverkehr von Mitteleuropa nach Südeuropa zu transportieren. Dort werden Milliarden investiert. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich im Lugano-Abkommen 1996 verpflichtet, die Güterstrecke von Basel nach Karlsruhe viergleisig auszubauen.

Im Norden haben die Niederlande in dem sogenannten Betuwe-Programm eine eigene Güterverkehrsstrecke von den Häfen bis an die deutsche Grenze nur für Güterverkehr gebaut. Diese Strecke konnte in diesem Jahr eingeweiht werden. Das heißt, der Druck auf die Nord-Süd-Achse durch Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen wird deutlich größer werden. Deshalb war es richtig, diese verschiedenen Programmpunkte auf den Weg zu bringen.

Herr Eymael, Sie haben zunächst von einem bescheidenen Erfolg und dann von etwas Erfolgreichem gesprochen. Ich glaube, es ist ein großer gemeinsamer Erfolg gewesen. Wir haben im Oktober 2006 diesen Forderungskatalog aufgestellt und zum Gegenstand von Debatten im Landtag gemacht, im Bundesrat und bei der Verkehrsministerkonferenz zur Diskussion gestellt. Wir waren alle vorstellig bei der Bundestagsfraktion. Ich glaube, wenige sind davon ausgegangen, dass wir nach 14 Monaten die Bilanz ziehen können und sagen, vom Grunde her sind alle Forderungen gegenüber dem Bund

umgesetzt worden. Das betrifft alle Forderungen, zu denen der Bund zunächst gesagt hat, wir können uns nicht vorstellen, auf diese Forderung des Landes Rheinland-Pfalz einzugehen. Ich glaube, wir haben einen Erfolg gemeinsamer Politik in Rheinland-Pfalz erreicht.

(Beifall bei der SPD)

Beginnend mit dem Jahr 2008 werden alte Güterwagons umgerüstet. Auch das ist ein Erfolg der Konferenz in Bingen. Es gibt die klare Zusage von Railion, Mehdorn und anderen, dass das Rheintal die Güterstrecke sein wird, die von diesem neuen Markenmaterial profitieren wird. Sie werden prioritär im Rheintal eingesetzt und nirgendwo anders in Deutschland. Auch das ist ein Erfolg unserer Initiative.

Wir müssen daran arbeiten, dass eine Alternativstrecke auf den Weg kommt. Das ist die klare Antwort auf die Investitionen in den Alpen und in den Niederlanden. Wir wissen, dass wir mit neuem Bremsmaterial und passivem Lärmschutz eine gewisse Abhilfe schaffen können. In einem zweiten Schritt müssen wir uns auf die Alternativtrasse konzentrieren.

Herr Dötsch, es gibt europarechtliche Restriktionen. Das sollten wir uns bei der schweren Debatte, bei der es um große Belastungen von Menschen geht, vor Augen führen. Diese Restriktionen gibt es bezüglich der Einschränkungen von Güterverkehrsstrecken. Wir können kein Nachtfahrverbot auf diesen Strecken verhängen, weil dann der diskriminierungsfreie Zugang nicht mehr möglich ist. Wir haben nur die Möglichkeit, diese Einschränkung durch ein alternatives Trassenprogramm zu machen. Darauf sollten wir uns konzentrieren.

Aufgrund der großen Betroffenheit der Menschen, die wirklich massiv belastet sind, sollte Politik die Aufrichtigkeit haben, nur Forderungen zu erheben, von denen man weiß, dass man sie umsetzen kann und sie rechtlich gestaltbar sind. Sonst treibt man mit den schweren Belastungen, die die Menschen haben, politischen Schindluder. Das sollten wir nicht tun. Wir sollten wie bisher die Diskussionen sehr sachlich und orientiert an den Interessen der Menschen führen. Ich bin gern bereit, im Verkehrsausschuss die Details zu liefern, was möglich und gestaltbar ist. Darauf sollten wir uns konzentrieren. Das gemeinsame Vorgehen sollten wir nicht verlassen, und zwar im Interesse der Sache, aber auch im Interesse der Glaubwürdigkeit von Politik.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Herr Kollege Langner hat das Wort.

Abg. Langner, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, es ist unbestritten, dass der Bahnlärm insbesondere am Mittelrheintal eine Belastung für die

Bürgerinnen und Bürger ist. Es geht um Existenzen, um Wertverlust von Eigentum und vor allem um die Gesundheit. Insbesondere ist der Mittelrhein betroffen, weil besonders große Bauprojekte im Ausland dafür gesorgt haben, dass der Güterzugverkehr in dem Bereich weiter zunehmen wird.

Da diese Projekte nicht von jetzt auf gleich aus dem Boden gestampft worden sind, sondern schon längerfristig geplant sind, vielleicht wäre es an dieser Stelle wünschenswert gewesen, dass die Verkehrsminister des Landes Rheinland-Pfalz dort so reagiert hätten, wie es Minister Hering gemacht hat, der es zur Chefsache innerhalb von kurzer Zeit gemacht hat. Er war sehr häufig vor Ort. Er hat mit den Menschen gesprochen. Er hat zählbare Erfolge in kurzer Zeit auf diesem Gebiet erreicht.

Ich denke, die SPD-Landtagsfraktion kann diesen Kurs nur sehr deutlich unterstützen. Ich denke dabei an die Ablehnung des Trassenpreissystems. Bis vor kurzem ist eine Neubaustrecke von der Bahn noch in Abrede gestellt worden. All diese Punkte befinden sich mittlerweile auf einem sichtbaren und guten Weg. Das zeigt, mit welchem Nachdruck an dieser Stelle gearbeitet worden ist.

Ich denke, an dieser Stelle ist auch deutlich zu machen, welches großes Engagement von den Bürgerinnen und Bürgern im Mittelrheintal in dieser Sache investiert worden ist, wie Unternehmen, wie auch die Politik dort an einem Strang gezogen haben. Ich glaube, auch das ist sicherlich ein wichtiger Aspekt dafür gewesen, dass wir diese Erfolge, die wir jetzt heute vorweisen können, an dieser Stelle haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist gut, dass das Mittelrheintal zu einem Pilotprojekt geworden ist. Wenn man bedenkt, dass wir da in Konkurrenz zu anderen Regionen streiten, dann ist das ein großer Erfolg.

(Glocke der Präsidentin)

Es gibt sicherlich noch viel zu tun. Die Landesregierung hat sicherlich vieles angestoßen und erreicht. Ich denke, die Menschen am Mittelrhein können hoffen.

Danke sehr.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf als weitere Gäste im Landtag Mitglieder des SPD-Ortsvereins Wissen und Mitglieder des SPD-Ortsvereins Pleisweiler-Oberhofen begrüßen. Seien Sie herzlich hier in Mainz willkommen!

(Beifall im Hause)

Herr Kollege Dötsch, Sie haben das Wort.

Abg. Dötsch, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist hier ausführlich dargestellt worden, welche Belastung der Lärm am Mittelrhein darstellt und dass wir hier mit weiterem Güterverkehrsaufkommen in erheblichem Maße zu rechnen haben, weil Gott sei Dank immer mehr Güter von der Straße auf die Schiene verlagert werden.

Wir haben auch festgestellt, dass wir diesen zusätzlichen Lärm vermeiden müssen und verschiedene Maßnahmen ergriffen werden, die Zeit kosten, die aber sicherlich auch nicht ganz ausreichen werden. Insoweit ist es zu begrüßen, dass auch gerade private Firmen innovativ immer wieder neue Ideen und immer wieder neue Konzepte entwickeln, um hier Maßnahmen zu ergreifen, damit dieser Lärm an der Quelle reduziert werden kann.

Aber ein Zweites ist noch wichtig. Auch das ist heute schon angesprochen worden. Das ist die Alternativstrecke. Herr Minister, ich bedanke mich ausdrücklich, dass Sie sich mittlerweile auch hinter die Forderung der CDU gestellt haben, eine Alternativstrecke für das Mittelrheintal voranzutreiben, damit der Lärm verlagert werden kann bzw. mehr Lärm aus dem Mittelrheintal herausgebracht werden kann, nachdem sich Herr Lewentz schon sehr früh dieser Sache öffentlich ausgeschlossen hat.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke aber, wir dürfen nicht darauf warten, bis dann diese Alternativstrecke vielleicht in 20 oder 25 Jahren in Betrieb genommen wird, sondern wir müssen jetzt aktiv werden, damit sie möglichst schnell umgesetzt werden kann. Deswegen bitte ich Sie voranzutreiben, dass Wirtschaftlichkeitsberechnungen, die notwendigen Untersuchungen und Planungen für die in Frage kommende Alternative jetzt angesteuert werden, dass man sie jetzt beauftragt, damit möglichst schnell die notwendigen Maßnahmen für die Alternativstrecke in Angriff genommen werden.

(Glocke der Präsidentin)

Etwas irritiert war ich dann vorhin doch über die Äußerung von Herrn Nink, dass jetzt nicht nur über eine linksrheinische Variante gesprochen wird, sondern offensichtlich auch eine rechtsrheinische Variante in Frage kommt. Dies trägt nicht zur Klarheit bei. Ich bitte darum, schnellstmöglich die notwendigen Schritte zur Klarheit einzuleiten.

Danke.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen zur **Aussprache** über die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Herbert Mertin und Günter Eymael (FDP), Weitere Aufträge an „Quadrolux“ und „atelier 500“** – Nummer 7 der Drucksache 15/1750 – betreffend.

Herr Kollege Mertin, Sie haben das Wort.

Abg. Mertin, FDP:

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben die Aussprache zu dieser Mündlichen Anfrage beantragt, weil die Fraktion hier in diesem Hohen Hause die Gelegenheit nehmen möchte zu erläutern, weshalb wir sie gestellt haben.

Herr Staatsminister, Sie haben vorhin in Beantwortung unserer Anfrage einen Sachverhalt dargestellt, von dem sich meine Fraktion gewünscht hätte, dass dieser Sachverhalt auch bei der Sondersitzung dargestellt worden wäre.

Sie haben dargelegt, dass Sie diesen Sachverhalt damals nicht vorgetragen haben, obwohl Herr Kollege Baldauf nach weiteren Aufträgen gefragt hat und ich gesagt hatte, man solle die Chance, die in dieser Sondersitzung liegt, auch nutzen, um Vertrauen wieder zurückzugewinnen. Sie haben dargelegt, dass dies nicht geschehen sei, weil die Entwicklungsagentur eine juristische Person sei und damit nicht die Landesregierung. Es ist zutreffend. Soweit ich es im Internet nachrecherchieren konnte, ist es ein eingetragener Verein und damit eine juristische Person.

Aber nur weil „juristische Person“ draufsteht, heißt es nicht, dass nicht auch Landesregierung drin ist. Diese Entwicklungsagentur arbeitet nicht völlig losgelöst von der Landesregierung. Sonst sehe ich auch nicht den Sinn und Zweck darin, weshalb die Landesregierung in diesem Verein ist und die Sache auch personell miteinander verzahnt ist, sodass aus meiner Sicht dies doch ein Sachverhalt ist, der, auch wenn es eine juristische Person ist, eben auch der Landesregierung und der Landesverwaltung zugerechnet werden kann. Deshalb hätten wir uns gewünscht, dass dieser Sachverhalt damals zum Ausdruck gebracht worden wäre.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Hartloff, nachdem die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU beantwortet war, haben Sie eine Presseerklärung herausgegeben, dass nur der Sachverhalt wieder hochgekocht werden solle oder so ähnlich. Ich habe es jetzt nicht im Wortlauf im Kopf. Ich glaube nicht, dass es überraschen konnte, dass die CDU-Fraktion nachfragen würde, nachdem ihre damals gestellte Frage nicht beantwortet worden ist. Ich hätte mir gewünscht, dass der ganze komplette Sachverhalt in dieser Sondersitzung abgearbeitet worden wäre, damit wir uns nicht im Nachgang wiederum mit diesem Sachverhalt zu beschäftigen gehabt hätten.

(Zuruf von der SPD)

– Frau Kollegin, wissen Sie, die Opposition ist nicht dazu da, unbequeme Fragen nicht zu stellen. Dann würden wir unsere Arbeit nicht richtig machen.

(Beifall der FDP und der CDU)

Dann würden wir unsere Aufgabe nicht richtig wahrnehmen. Wir sind Opposition, und es ist unsere Pflicht, hier solche Fragen zu stellen. Der Zweck unserer Mündlichen Anfrage war einfach nur, den Sachverhalt vollständig aufgeklärt zu wissen. Sie haben recht – das räume ich Ihnen ein –, die Frage 4 können Sie beim größten Verwaltungsaufwand, den Sie betreiben – ich habe sie noch einmal durchgelesen –, schlichtweg nicht wahrheitsgemäß beantworten.

(Zurufe von der SPD)

– Ich räume es ja ein, Frau Kollegin. Sie haben mich oder unsere Fraktion gefragt, wir mögen es beschränken. Ich denke, ich habe durch meinen Redebeitrag deutlich gemacht, um welchen Sachverhalt es uns geht. Genau auf diesen beschränke ich es jetzt. Ich würde Sie bitte, hier zu erklären, dass mehr als das, was bisher bekanntgeworden ist, in diesem Zusammenhang auch nicht seitens der Landesregierung mitzuteilen ist. Ich denke, damit ist dann auch für uns die Frage 4 beantwortet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist unsere Aufgabe als Opposition, dafür Sorge zu tragen, dass Sachverhalte aufgeklärt werden. Ich hätte mir gewünscht, dass wir das bei der Sondersitzung mit hätten so erleben können. Dann hätte die Sondersitzung auch das gebracht, was es für das Land hätte bringen sollen. So entstand wiederum der fatale Eindruck, als ob da ein Salamiverfahren stattfinden würde. Ein Salamiverfahren ist aus Sicht der FDP-Fraktion in solchen Sachverhalten nicht das geeignete Mittel, um das Vertrauen der Bevölkerung in das staatliche Handeln aufrechtzuerhalten. Nur deshalb haben wir diese Anfrage gestellt. Ich räume aber ein, die Frage 4 ist überzogen.

(Beifall der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Hartloff das Wort.

Abg. Hartloff, SPD:

Frau Präsidentin, Herr Kollege Mertin! Man kann einmal eine solche Frage in den Raum stellen. Dann ist sie geschrieben, und dann steht sie in der Welt. Dann nimmt man sie mit Eleganz, wie Sie das eben gemacht haben, wieder zurück. Man könnte auch auf die Idee kommen, das hat Methode. Aber dass man keine Heuchelei hier findet, das nehme ich Ihnen nicht ab.

(Beifall der SPD)

Natürlich hat die Opposition jederzeit das Recht nachzufragen, Fragen zu stellen.

(Bracht, CDU: Die Pflicht!)

Man kann dann herauslesen, wie etwas aufgewärmt werden soll.

– Herr Bracht ruft dazwischen.

Herr Bracht hat auch eine Presseerklärung gemacht, als besagter Film, den Quadrolux gemacht hat, auf der Bundesebene prämiert wurde. Er hat gesagt, sie sollten das Prämiegeld an das Land bezahlen, weil der Film überhaupt nichts taugt, nur um den Sachverhalt wieder aufzuwärmen, nicht aus irgendeinem anderen hehren Grunde, auch wenn man hier mit Krokodilstränen steht.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Es ist gut, dass die Frage 4 – – – Ich sollte sie noch einmal wiedergeben: „Gab es weitere Aufträge an Familienangehörige oder angehende Familienmitglieder von Kabinettsmitgliedern durch die Landesregierung, durch Behörden, die der Landesregierung nachgeordnet sind, oder durch Organisationen, die von der Landesregierung mitgetragen werden?“ Das ist Ihre Frage 4.

Die Fragen sind, „was kann man kennen“, „was kann man nicht wissen“.

Herr Kollege Eymael, ich entsinne mich, Sie haben spezielle Erfahrungen mit dem Geschäftsführer gemacht, als Sie Aufsichtsratsvorsitzender der Hafengebiete Ludwigshafen waren.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Eymael, FDP)

Sie wissen, wie schwierig manchmal Fragen zu unterscheiden sind, was man in Verantwortung kennen kann, was man kennen muss und was einem unterstellt wird.

(Eymael, FDP: Das nehmen Sie zurück!)

Jetzt lassen Sie mich auf die Fragenbeantwortung, die der Herr Minister sachlich vorgenommen hat, eingehen, was er dazu gesagt hat, nämlich dass nicht an die Firma Quadrolux – die war das Thema damals –, sondern von der Entwicklungsagentur an eine Bürogemeinschaft kleine Aufträge im Jahr 2005 gegangen sind,

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

zu einem Zeitpunkt – Sie hatten das schon in Ihrer Rede –, als ein anderes Mitglied dieser Bürogemeinschaft damals wahrscheinlich auch nicht die Absicht hatte, späterer Schwiegersohn des Ministers zu werden. Vielleicht wusste man das nicht.

(Pörksen, SPD: Weiß Du das genau!)

Ein Auftrag war in der Entwicklung so, dass der Betroffene später die Abwicklung des Auftrags in die neu gegründete Firma Quadrolux mitgenommen hat, ein Auftrag der Entwicklungsagentur über einige Tausend Euro, an der das Land Rheinland-Pfalz in der Tat mit seinen eigenen Aufsichtsgremien in eigener Sache beteiligt ist. Sie wollen daraus konstruieren, „CDU sieht Vetternwirtschaft bei Bruch bestätigt“. So lese ich das in der Zeitung.

(Frau Spurzem, SPD: Unmöglich!)

Sie haben „nur“ Aufklärungsinteresse. Sie machen das „nur“ deshalb, – auch Sie, Herr Mertin, haben uns das eben so gesagt –, weil Sie überhaupt nicht das Interesse daran haben, etwas, was hier Aufklärung gefunden hat und wo der Kernvorwurf in der Sondersitzung ganz eindeutig diskutiert, ein Fehlverhalten eingeräumt und gesagt worden ist, dass es in Zukunft nicht passiert – – –

(Ramsauer, SPD: Gutmenschen!)

Genau das wollen Sie aufwärmen, weil Sie daran interessiert sind, Politik zu skandalisieren und keine Sachpolitik betreiben. Genau das ist Ihr Ziel.

(Beifall der SPD –
Zurufe von der CDU)

Da ist Ihnen der fadenscheinigste Anlass – – –

(Zuruf der Abg. Frau Schneider, CDU)

– Ich sehe Herrn Schmitz, wie er heftig mit dem Kopf abwinkt.

Ich weiß auch um viele Wünsche und Platzierungen von Personen und anderem.

Leute, ich habe meine Rede in der Sondersitzung damit enden lassen, dass ich gesagt habe, lasst die Kirche im Dorf. Lasst sie auch hier im Dorf.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Licht das Wort.

Abg. Licht, CDU:

Meine Damen und Herren, Herr Hartloff, wissen Sie, wer ein Handy so skandalisiert, wie Sie es versucht haben, hat eigentlich jedes Recht verloren, hier so zu reden.

(Beifall der CDU –
Heiterkeit bei der SPD –
Ramsauer, SPD: Jetzt lach' ich mich kaputt!)

Meine Damen und Herren, wer den Zusammenhang heute – darum geht es – zu dieser Sondersitzung herstellt, so, wie Sie, Herr Mertin, es heute noch einmal gemacht haben, der weiß, der muss wissen, dass diese Sondersitzung mit diesem Teil Quadrolux plus nur der Gipfel der Ereignisse war, die wir im letzten halben Jahr erlebt haben.

(Ramsauer, SPD: Vorher war der Betrüger der CDU am Handy!)

Wer vergisst, dass man in diesem Zusammenhang auch diese Diskussion und die heutige Aussprache sehen muss, der wird dem Thema insgesamt nicht gerecht, meine Damen und Herren.

Wir haben seit Monaten mit neuen Schlagzeilen zu tun, die sich mit Affären dieser Landesregierung beschäftigen. Es geht um Posten, die neu geschaffen und unter der Hand verteilt werden. Es geht um Positionen, die ohne Ausschreibung besetzt werden. Es geht um Stellen, deren Beschreibung so verändert wird, dass sie passgerecht auf die Person zutrifft.

(Zurufe von der SPD)

Es geht um Steuergelder, die ohne Ausschreibung nach dem Prinzip der Vetternwirtschaft zur Verteilung kamen.

Meine Damen und Herren, 180.000 Euro sind eben kein Bagatellbetrag.

(Beifall der CDU –
Ramsauer, SPD: Nennen Sie Ross und Reiter!)

Herr Minister, sieben Aufträge plus zwei in Ihrem Geschäftsbereich und zwei im Wirtschaftsministerium sind auch nicht nur Studentenhilfe, sind auch nicht nur Hilfe zur Existenzgründung.

Meine Damen und Herren, und das ist mein Eindruck, das ist auch der warnende Hinweis des Herrn Kollegen Mertin in dieser Sitzung gewesen.

Herr Mertin, ich habe Sie sehr genau und sehr nachdenklich an diesem Pult erlebt.

(Frau Spurzem, SPD: Gerade wärmen Sie auf!)

Meine Damen und Herren, dies ist nicht Ihr Staat.

(Beifall der CDU)

Wir sind Teil dieses Staates. „Wir machen es einfach“ droht zum Bumerang zu werden.

(Zuruf der Abg. Frau Schmitt, SPD)

Herr Minister, heute haben Sie zur Entwicklungsagentur den Eindruck hinterlassen, den Herr Mertin auch hat, als ob es um irgendeine Firma geht, die, Herr Wirtschaftsminister, noch zu diesem weißen Fleck gehört, also noch keine Breitbandversorgung hat, irgendwo ganz fern, zu der überhaupt keine Kommunikation herzustellen oder nur schwer herzustellen ist. Dort sitzen enge Vertraute von Ihnen.

(Beifall der CDU)

Ganz enge Vertraute von Ihnen. Die sitzen nicht irgendwo. Ich bin davon überzeugt, dass die Information dort auch funktioniert.

(Hartloff, SPD: Was behaupten Sie denn?
Was wollen Sie denn unterstellen?)

Nur, diesen Eindruck heute zu erwecken, als ob das ganz weit weg wäre, dem muss ich entschieden widersprechen.

Herr Minister, mein Eindruck deckt sich ein bisschen mit dem, wie ich Sie in Trier in dieser Veranstaltung erlebt

habe. Ich habe Sie dort erlebt. Pardon, es tut mir leid. Hier trenne ich zwischen der persönlichen Wertschätzung und der – das ist meine Aufgabe –, aus diesem Parlament heraus zu bewerten, wie der Minister sich verhält.

(Zuruf von der SPD: Das ist doch nur geheuchelt!)

Ich hatte den Eindruck, als ob Sie auf der Abschiedsreise seien.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, auch heute ist noch einmal mangelhafte Transparenz bestätigt worden. Darum ging es uns in dieser Sitzung, ging es uns in den Fragen danach und ging es heute ganz offensichtlich der FDP: mangelhafte Transparenz.

Ich meine, dass mit der Vergabep Praxis die politischen Grundregeln verletzt worden sind. Ihre Entschuldigung von damals ist eigentlich auch ein Beleg dafür, dass sie verletzt worden sind. Meine Damen und Herren, einen besseren Beleg kann man gar nicht dafür finden,

(Glocke der Präsidentin)

dass in diesem Fall falsch gehandelt worden ist.

(Ramsauer, SPD: Jetzt bekommt er das auch noch vorgeworfen!)

Meine Damen und Herren, es droht, dass Sie als Minister zum Problem dieser Landesregierung werden.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Das Wort hat Herr Innenminister Bruch.

Bruch, Minister des Innern und für Sport:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich nehme das sehr ernst, was Herr Abgeordneter Mertin gesagt hat. Ich prüfe mich da immer selbst und habe das auch vorher getan. Das gilt auch für die Sondersitzung, die einen ganz anderen Anspruch hatte, als über die Frage zu sprechen, ob es noch drei weitere Aufträge gibt. So habe ich das zumindest verstanden.

Es ist das übliche parlamentarische Verfahren, dass Herr Abgeordneter Baldauf in der Diskussion, die ganz anders geführt worden ist, von der politischen Einschätzung und Verantwortung her ganz anders nachfragt nach dem Motto „Gibt es noch Weiteres?“. Ich hatte nicht den Eindruck, dass ich da auch über drei weitere Aufträge der Entwicklungsagentur sprechen musste. Das ist das eine.

Zum Zweiten: Herr Abgeordneter Licht, Sie haben gegenüber der Presse und auch heute die mangelnde Transparenz bemängelt. Dieser Minister hat an dem Tag, als der Zeitungsartikel erschien, abends ein Pres-

segespräch geführt und hat darin alles aufgedeckt, was er zum damaligen Zeitpunkt wusste. Da hatte er auch schon auf die Entwicklungsagentur und einen Vertrag, der ihm irgendwie geläufig war, hingewiesen.

Am nächsten Mittag habe ich dann gegenüber dem Innenausschuss einen über einstündigen Bericht gegeben und Rede und Antwort gestanden. Wenn Sie das Protokoll nachlesen, habe ich da auch schon Aussagen zu Verträgen bei der Entwicklungsagentur gemacht, die ich damals noch nicht genau kannte. Ich wusste nur, dass da etwas ist.

Den Vorwurf, ich würde nur scheinbar und nicht transparent informieren, weise ich zurück.

(Beifall der SPD)

Hinzu kommt noch, dass Sie diese Fragen vor drei Wochen hätten beantwortet bekommen können. Da hatte ich mich mit allem, was dazugehört, auf die Mündliche Anfrage vorbereitet, die Sie eingebracht hatten. Die CDU hat mich aber damals nicht gelassen, weil sie einem anderen Thema den Vorzug gegeben hatte. Ich werfe Ihnen das nicht vor, aber das ist nun einmal so.

Man kann sagen, er hätte das danach nach außen darstellen können. Das habe ich mir überlegt. Es gibt aber eine parlamentarische Übung im Haus: Wenn Kleine Anfragen eingebracht werden, werden die beantwortet. Das erste Presserecht hat derjenige, der die Kleine Anfrage eingebracht hat. – Deshalb habe ich nichts gemacht. Vielleicht war das politisch und taktisch unklug, aber so gehe ich parlamentarisch mit solchen Dingen um.

(Beifall der SPD)

Ich sage Ihnen ganz ernsthaft, weil das tief in meine Familie hineingeht: Was meinen Sie, was der Vorwurf Vetternwirtschaft und Schwiegersohn für eine Wirkung hat? Zum damaligen Zeitpunkt, am 12. Mai, war das nicht mein Schwiegersohn. Da war das der Lebensgefährte meiner Tochter.

(Unruhe bei der CDU)

Dafür habe ich mich an dieser Stelle, weil ich die Nähe sehe, entschuldigt. Mir das vorzuwerfen, ist – Herr Licht, entschuldigen Sie bitte, bei aller Wertschätzung, die ich auch Ihnen gegenüber habe – sehr billig. Anders kann ich das nicht sagen.

Mir wäre es schon recht, wenn wir trotz eines vermeintlichen Vorteils von drei Tagen oder drei Wochen in diesem Parlament anständig miteinander umgehen.

(Beifall der SPD)

Ich werde in vielen Dingen, in vielen Personalfragen, in vielen Sachfragen auch von Ihnen angesprochen. Keiner von Ihnen wird mir nachsagen können, dass ich ihn nicht genauso behandelt hätte wie jeden anderen in diesem Parlament.

(Frau Schmitt, SPD: Das ist aber interessant!)

Ich will das nur sagen, weil ich der Meinung bin, dass sich dieser vermeintliche Vorteil sehr schnell als ein Nachteil erweisen wird. Ich habe nicht die Absicht, im Parlament eine Auseinandersetzung zu führen, die billigerweise nur dazu führt, dass wir alle beschädigt sind. Das ist nicht meine Absicht.

Lieber Herr Mertin, ich will auch gleich etwas zu vierten Frage sagen, wenn Sie meinen, sie richtet sich gezielt auf die Firma und mich: Hier ist nichts mehr aufzuklären. Es ist alles aufgeklärt. Ihre vierte Frage haben Sie aber ganz anders gestellt.

(Anhaltend starker Beifall der SPD –
Bracht, CDU: Demonstrativ! –
Hartloff, SPD: Damit haben Sie recht!)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Mertin.

Abg. Mertin, FDP:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Hartloff, nach der Rede, die ich in der Sondersitzung gehalten habe, mir zu unterstellen, ich würde Krokodilstränen weinen, halte ich für deutlich überzogen.

(Beifall der FDP und der CDU)

Ich kann eine solche Rede auch ganz anders halten.

(Hartloff, SPD: Jeder von uns!)

– Dann stellen Sie sich nicht an dieses Pult und treffen eine solche Aussage.

Insbesondere weise ich die Unterstellungen in Richtung des Herrn Kollegen Eymael zurück. Es ist bisher kein Sachverhalt bekannt geworden, bei dem ihn in irgendeiner Weise eine persönliche Verantwortung trifft.

(Beifall der FDP)

Das ist mir nicht bekannt. Sie haben das aber einfach in den Raum gestellt. Das ist nicht in Ordnung.

(Zurufe von der CDU)

Herr Staatsminister, Sie haben die von mir beschränkte Frage 4 beantwortet, so wie ich sie beschränkt habe. Ich räume ein, dass sie natürlich anders formuliert war. Ich habe aber deutlich meine Meinung dazu gesagt. Damit ist für die FDP-Fraktion der Sachverhalt aufgeklärt.

(Beifall der FDP)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Hartloff.

Abg. Hartloff, SPD:

Herr Kollege Mertin, ich habe das nicht anders formuliert, als Sie das in Bezug auf den Minister gemacht haben. In keiner Weise habe ich etwas unterstellt, sondern ich habe darauf hingewiesen, wie Gratwanderungen manchmal sind. Nichts anderes habe ich getan.

Herr Kollege Licht, Sie haben genau das gemacht, was ich vorher schon erwartet und auch von dieser Stelle aus angekündigt habe. Genau das haben Sie gemacht! Sie haben den Sachverhalt, um den es geht mit den Aufträgen, die bekannt wurden, beiseitegewischt und haben weiter unterstellt, dass es Bezüge zum Verwandtschaftsbereich des Ministers bei diesen Aufträgen gibt. Das ist genau das, was ich als scheinheiliges Verhalten im Interesse des kurzen Vorteils bezeichnet habe und bezeichne.

(Beifall der SPD)

Das zieht sich wie ein Faden durch bei dem, wie Sie das aufbereiten. Ich sage: Natürlich, wenn man Opposition betreibt, mag man holzen wollen und das auch tun, aber die Öffentlichkeit soll auch wissen, wie vordergründig das Motiv dabei ist, wenn man das macht.

(Beifall der SPD –
Unruhe bei der CDU)

Im Übrigen habe ich mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass sich inzwischen die Handys in der CDU-Fraktion verselbstständigt und keine Besitzer mehr haben. Das nur am Rande. Auch das ist eine alte Affäre, die bis auf die rechtlichen Nachwehen abgeschlossen ist.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Licht.

Abg. Licht, CDU:

Herr Hartloff, es lohnt sich nicht, auf das einzugehen, was Sie deutlich gemacht haben. Wenn man gewichtet, in welchen Aussagen Sie Ihren Minister gestützt haben, war das nur der Beifall und sonst nichts.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, ich will noch einmal auf den tieferen Sinn unserer damaligen Debatte verweisen.

Herr Mertin, Sie waren nun einmal dort ein Zeuge, der für mich eine besondere Rolle in der Debatte gespielt hat.

Meine Damen und Herren, selbst wenn man die Verwandtschaft herausnimmt, geht es um ein Grundprinzip, dass man 180.000 Euro nicht ohne Ausschreibung auf den Tisch legt. In welchen Kommunen ist das möglich? Nirgendwo.

Meine Damen und Herren, dass sich dadurch natürlich ein besonderes Geschmäckle ergibt, ist doch nicht ein Vorwurf, den man der Opposition gegenüber machen darf.

(Beifall bei der CDU)

Das ist doch nicht mein Versäumnis.

Meine Damen und Herren, die Nachdenklichkeit, die in diesem ganzen Zusammenhang in der Chronologie wichtig ist, wird in einem Artikel deutlich, den ich im Zusammenhang mit der Diskussion über den demokratischen Sozialismus gefunden habe.

(Zurufe von der SPD)

– Das ist interessant. Es ist deswegen interessant, weil in dem Artikel in der „FAZ“ vom 26. Oktober 2007 unter der Überschrift „Demokratischer Sozialismus – eine ordnungspolitische Illusion“ von Hayek und Olson zitiert werden, die sich sehr ausführlich mit dem Werden auseinandersetzen.

(Glocke der Präsidentin)

Ein Teil dieses Zitates lautet: Es beginnt beim Gescha-cher. – Wehret den Anfängen.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Wir sind am Ende der Aussprache über die Mündlichen Anfragen.

Ich rufe **Punkt 23** der Tagesordnung auf:

**Streichung des „Sanierungsbeitrages“ für
Krankenhäuser
Antrag der Fraktion der FDP
– Drucksache 15/1697 –**

Es wurde eine Grundredezeit von fünf Minuten je Fraktion vereinbart.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Schmitz.

Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, wie sehr jetzt alle diesem spannenden Thema entgegenfiebern, und bedanke mich bei all denen, die vorläufig noch sitzen bleiben.

Es geht um eine vergleichsweise profane Sache, die es aber – wie so oft – in sich hat. Es geht nämlich um die rheinland-pfälzischen Krankenhäuser.

Ich habe mich bei der Vorbereitung zum Thema selbst gewundert, als ich nachlas, wie viele Patienten pro Jahr vollstationär in Rheinland-Pfalz behandelt werden. Ich habe Kolleginnen und Kollegen in der Fraktion gefragt. Die Schätzungen lagen immer sehr viel niedriger als

das, was tatsächlich statistisch erhoben wurde. Es sind über 800.000 Personen pro Jahr, die sich in vollstationäre Behandlung begeben müssen.

(Vizepräsident Bauckhage übernimmt den Vorsitz)

Das zeigt die Bedeutung des Themas „Qualität in den Krankenhäusern“. Diese Qualität in den Krankenhäusern setzt sich natürlich aus unterschiedlichen Dingen zusammen. Es gibt verschiedene Faktoren, die für die Qualität in den 99 rheinland-pfälzischen Krankenhäusern bestimmend ist, wie zum Beispiel die bauliche Ausstattung, die instrumentelle Ausstattung, der Personalstand – das sind beides Dinge, die von der Finanzierung der Krankenhäuser abhängig sind –, aber auch die Qualität des Pflegepersonals, des ärztlichen Personals und – last, but not least – die Motivation dieser gut ausgebildeten Pflegerinnen und Pfleger, Ärztinnen und Ärzte.

Damit kommen wir zum Punkt. Im Rahmen der letzten Gesundheitsreform wurde trotz großer rechtsstaatlicher und ordnungspolitischer Bedenken den Krankenhäusern ein Sanierungsbeitrag zugemutet, der sich für die rheinland-pfälzischen Krankenhäuser für die Jahre 2007 und 2008 auf ca. 20 Millionen Euro hochrechnen lässt. Das ist bei der Knappheit der Krankenhausfinanzierung ein erheblicher Betrag, weil man nicht vergessen darf, welche unterschiedlichen Herausforderungen die Krankenhäuser in den letzten Jahren zu schultern hatten. Es wurde schon oft beschrieben.

Es sind nicht nur die DRGs, der Wegfall des Arztes im Praktikum, die Schwierigkeiten, mit zunehmenden Qualitätsansprüchen im Hygiene- und Betriebssicherheitsbereich umzugehen, und die Herausforderungen, die aufgrund neuer Arbeitszeitregelungen entstanden sind. Es sind auch ganz banale Dinge, wie beispielsweise die erhebliche Steigerung der Heizkosten.

Meine Damen und Herren, hinter allem steht ein strukturelles Finanzierungsproblem wie fast überall im Gesundheitswesen, dass nämlich das, was jährlich an Kostensteigerungen unabwendbar ist, durch die Steigerungen der Finanzierung nicht abgedeckt wird; denn die Steigerung der Finanzierung orientiert sich an der Entwicklung der Grundlohnsumme.

Wir haben eine Entwicklung der Grundlohnsumme, also eine Verbesserung der Finanzierung, im letzten Jahr von etwas über 0,2 % und einen Sanierungsbeitrag aufgrund der letzten Gesundheitsreform von 0,5 % zu verzeichnen. Insofern sieht man nur in diesem kleinen Bereich, wie sehr die Schere klafft. Den Krankenhäusern wird faktisch mit immer weniger Geld immer mehr abverlangt. Das ist nicht in Ordnung.

Womit wurde es begründet? Es wurde mit der dringend gebotenen Sanierung der Krankenversicherungen begründet. Jetzt erfahren wir aber, dass die Sanierung der Krankenversicherungen nicht nur auf gutem Weg ist, sondern die Krankenversicherungen nach dem vorigen Jahr auch in diesem Jahr Überschüsse erwirtschaften werden. Das ist erfreulich. Das hängt vor allem mit der guten konjunkturellen Entwicklung zusammen.

Wenn wir dann in diesem Zusammenhang sagen, wir sollten uns nicht nur ordnungspolitisch, sondern faktisch daran orientieren, dass auch zukünftig wieder die Krankenkassen die Krankenhäuser finanzieren und nicht die Krankenhäuser die Krankenkassen, ist dem an sich nichts hinzuzufügen, bis vielleicht auf die Tatsache, dass die anhängigen Klagen auch auf dem Rechtsweg dafür sorgen werden, den Krankenhäusern zu ihrem Recht zu verhelfen. Davon bin ich tief überzeugt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte Sie um Ihre Unterstützung.

(Beifall der FDP)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Ebli.

Abg. Frau Ebli, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema ist in diesem Haus nicht neu. Es hat uns das ganze Jahr über begleitet, und zwar in Aktuellen Stunden, Kleinen Anfragen und Behandlungen im Ausschuss. Dies zeigt, dass es uns wichtig ist, weil sich alle Fraktionen damit befassen haben.

Im Oktober hat uns ein Bericht über die Klage der Deutschen Krankenhausgesellschaft über die finanzielle Situation der Krankenhäuser aufhorchen lassen. Daraufhin haben wir uns auf Antrag der Fraktionen der FDP und der SPD erneut mit diesem Thema im Sozialpolitischen Ausschuss befasst.

Nun habe ich mir die Mühe gemacht und im Internet das Krankenhausbarometer angeschaut. Das kann man tun, um sich Informationen zu holen. Zu meiner Überraschung habe ich festgestellt, dass die Situation so schwarz, wie sie dargestellt wurde, gar nicht ist.

Wenn man die Vergleiche gegenüberstellt, ist festzustellen, dass im Jahr 2002 43 % und im Jahr 2006 55,3 % der Krankenhäuser einen Überschuss erwirtschaftet haben.

Ein ausgeglichenes Ergebnis hatten 2002 11,4 %, 2006 14,9 %. Selbst die Zahl der Häuser, die einen Fehlbedarf produziert haben, haben sich erheblich verringert. 2002 waren es 41,4 % und im Jahr 2006 nur noch 28 %. Ich denke, das ist schon beachtlich. Es zeigt natürlich, dass sich die Häuser enorm anstrengen, um ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern.

Wenn ich mir die Krankenhauslandschaft in Rheinland-Pfalz ansehe, dann denke ich, dass sie insgesamt viel besser dasteht als der Bundesdurchschnitt insgesamt. Frau Ministerin, das hat sicherlich auch etwas damit zu tun, dass wir in Rheinland-Pfalz einen der höchsten Basisfallwerte haben. Das bedeutet eine sichere Bank für unsere Krankenhäuser.

Wir wissen, dass die Krankenhäuser enorme Anstrengungen unternehmen, um den wirtschaftlichen Heraus-

forderungen gerecht zu werden. Ich sehe auch, dass viele an einer Chance zur Umstrukturierung arbeiten.

Herr Kollege Schmitz, wenn man heute schon vor Ablauf der Konvergenzphase im Jahr 2009 schwarzmalte und fast zur Panikmache neigt, dann halte ich das nicht für seriös; denn man muss dann genau hinschauen.

(Dr. Schmitz, FDP: Sie sagten doch selbst, 28 % hätten einen Fehlbedarf! Ist das Schwarzmalerei gewesen?)

Vor Einführung der Kürzung um 0,5 % der Leistungsbezahlung der Kassen haben die Krankenhäuser viel mehr Fehlbedarfe produziert. Das heißt, trotz höherer Belastungen hat sich die Situation verbessert.

Ich meine jedenfalls, dass die Krankenhäuser mit der größte Ausgabenblock der Krankenkassen sind. Das wissen Sie auch. Sie sind Teil unseres Gesundheitssystems und Teil der Gesundheitswirtschaft. Sie müssen ihren Beitrag leisten, wie alle, die in diesem System vernetzt und verankert sind.

(Beifall der SPD)

Sie haben die Grundlohnsumme als Basis von Berechnungen genannt. Sie haben aber sicherlich nicht daran gedacht, dass auf der anderen Seite auch Entlastungen, nämlich Einsparungen bei den Lohnnebenkosten, stattgefunden haben. Das wird immer schön verschwiegen. Aufgrund der Gesetzgebung der letzten Zeit ist es schon zu Einsparungen in diesem Bereich gekommen.

Noch ein Wort zur Qualität. Sehr geehrter Herr Dr. Schmitz, liebe Kolleginnen und Kollegen, 67,7 % der Krankenhäuser sind bereits zertifiziert, können eine hohe Qualität aufweisen. 90,8 % der Krankenhäuser erfassen die Zufriedenheit der Patientinnen und Patienten. Sie kümmern sich, sie wollen gut sein und eine hohe Qualität vorzeigen.

Vor dem Hintergrund, dass uns eine gute Pflege in den Krankenhäusern wirklich wichtig ist, will ich nur darauf hinweisen, dass es bereits seit 2006 die Initiative des Ministeriums „Menschen pflegen“ gibt, die von der Arbeitsgruppe „Stärkung der Pflege im Krankenhaus“ begleitet wird.

Sie haben auch davon gesprochen, dass die Situation zu einer Verringerung des Pflegepersonals in den Krankenhäusern führt, oder Sie haben es zumindest in Ihrem Antrag formuliert. Sicherlich, aber dann muss man auch tiefer gehen und sich die Ursachen anschauen.

Es ist doch eine gewollte Bettenreduzierung erfolgt. Die Verweildauer ist enorm verkürzt worden. Auf der anderen Seite stehen natürlich auch mehr als 20 % mehr Ärzte in den Krankenhäusern zur Verfügung. Es hat eine Umschichtung gegeben. Diese Maßnahmen sind Ihnen alle bekannt.

Ich will abschließend festhalten: Wir wollen gute Krankenhäuser im Land.

(Zuruf des Abg. Dr. Rosenbauer, CDU)

Wir wollen, dass sie auf wirtschaftlich verlässlichen Daten aufbauen können. Das ist in Rheinland-Pfalz so.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Herr Kollege Dr. Enders.

Abg. Dr. Enders, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die FDP-Fraktion nutzt von Zeit zu Zeit inhaltliche Aussagen der Gesundheitsreform, um die Große Koalition in Berlin anzugreifen. Das erleben wir heute Morgen wieder.

Wir als CDU-Landtagsfraktion haben allerdings dazu eine differenzierte Meinung. In der Tat war es so, dass die Gesundheitsreform bei den Koalitionsverhandlungen ein Knackpunkt war, der lange ausgeklammert wurde. Danach hat man einen Kompromiss des kleinsten gemeinsamen Nenners gefunden, weil das Gesetz weder eine Lösung für die schrumpfende Zahl an Beitragszahlern ist noch eine echte Abkoppelung der Gesundheitskosten von den Arbeitskosten schafft.

Das Fondsmodell, das so gelobt wird, ist von beiden Seiten deswegen favorisiert worden, weil sowohl die CDU als auch die SPD ihre Ursprungskonzepte, nämlich Gesundheitsprämie auf der einen Seite und Bürgerversicherung auf der anderen Seite wiedererkennen und hineininterpretieren können und dies zum richtigen Zeitpunkt tun würden.

(Ministerpräsident Beck: Nein, nein! Das stimmt aber nicht!)

– Herr Ministerpräsident, Sie können das gleich noch einmal erklären.

Zurück zum Sanierungsbeitrag, das ist das eigentliche Thema heute.

Wir als Landtagsfraktion unterstützen in diesem Fall den Antrag der FDP; denn er ist zu diesem Zeitpunkt berechtigt.

(Beifall der CDU und bei der FDP)

Aufgrund der jetzigen finanziellen Rahmenbedingungen der Krankenhäuser und der Krankenkassen ist es nicht darstellbar, dass die Krankenhäuser die Krankenkassen finanzieren. Man stelle sich einmal vor, man bringt ein Auto wegen eines Versicherungsschadens in die Werkstatt, und die Werkstatt müsste anschließend der Versicherung Geld dafür zahlen. Das wäre absurd. So ist es auch hier.

(Hartloff, SPD: Wenn Sie Tausende Autos bekäme, könnte das schon so sein!)

Die Zulässigkeit dieses Sanierungsbeitrags in den Jahren 2007 und 2008 in Höhe von 0,5 % wird zurzeit – Sie erwähnten das vorhin, Herr Kollege Schmitz – gerichtlich geprüft. Es gibt landesweit über 200 Klagen zu diesem Thema, die sich auf ein Gutachten von Herrn Professor Dr. Sodan aus Berlin stützen, der in seinem Gutachten feststellt, dass die Krankenhäuser die einzigen Leistungserbringer sind, die im Gesundheitswesen zur Verbesserung der Situation der Krankenkassen beitragen müssten.

Es würde jetzt zu weit führen, auf das Gutachten im Einzelnen einzugehen, deswegen lassen Sie mich nur sagen, er hat erhebliche verfassungsrechtliche Vorbehalte.

Schließlich wird die Klage aber auch damit begründet, dass in der Gesetzesbegründung des GKV-WSG der angesprochene Sanierungsbedarf der gesetzlichen Krankenversicherungen jetzt nicht mehr so besteht. In einer Pressemeldung des Bundesgesundheitsministeriums vom 3. September dieses Jahres zur aktuellen Finanzsituation der Krankenversicherungen wird ausgesagt, dass die Krankenkassen im Jahr 2006 mit einem Überschuss von 1,64 Milliarden Euro abgeschlossen haben. Im ersten Halbjahr 2007 erzielten sie einen Einnahmenüberschuss von 307 Millionen Euro.

Dieser Abzug, der jetzt im Gesetz vorgesehen ist, führt zu einem weiteren Substanzverlust, meine Damen und Herren; denn die Krankenhausbudgets werden in 2007 nur um 0,28 % und in 2008 um 0,64 % angehoben. In Zahlen ausgedrückt bedeutet dies, dass bei einem Krankenhaus der Grundversorgung im ländlichen Raum mit einem Budget von ungefähr 15 Millionen Euro im Ergebnis 2007 ein Budgetabzug von 0,2 %, ungefähr 33.000 Euro, eintritt und sich der Nettozuwachs 2008 auf 0,14 %, 21.000 Euro, begrenzt.

Dieser Zuwachs reicht bei weitem nicht aus, um allein die gestiegenen Energiekosten abzufangen.

(Beifall der CDU)

Nicht vergessen darf man dabei die erhöhte Mehrwertsteuer. Diese 3 % belasten zusätzlich zu den Sachkosten selbstverständlich auch noch die Krankenhäuser.

Eine Tarifierhöhung von nur ungefähr 1 % führt bei einem Krankenhaus dieser Größenordnung, bei einem Krankenhaus der Grundversorgung, zu einer Mehrbelastung von ca. 100.000 Euro. Deswegen sind die Krankenhäuser gezwungen zu handeln.

Wir unterstützen deswegen auch den Antrag der FDP-Fraktion, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, sich im Bundesrat für eine gesetzliche Streichung des Sanierungsbeitrags einzusetzen.

Es geht landesweit um ca. 20 Millionen Euro. Herr Schmitz, Sie hatten es erwähnt.

(Ministerpräsident Beck: Es ist unglaublich!)

Es ist ganz wichtig, dass das Jahr 2008 nicht zu einem wirtschaftlichen Katastrophenjahr für die Krankenhäuser

auch in Rheinland-Pfalz wird. Das ist unsere Meinung dazu. Wir haben als Landtagsfraktion die Freiheit, unsere eigene Meinung zu bilden und diese auch zu begründen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Frau Staatsministerin Dreyer.

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen:

Meine sehr geehrten Herren und Damen Abgeordnete, sehr geehrter Herr Präsident! Ich hätte es fast vorhersagen können, dass Sie zwar erklären, dass die Gesundheitsreform ein gemeinsames Werk der Großen Koalition ist, aber Sie sich dann, wenn es um landespolitische Themen geht, die im Zusammenhang stehen, doch wieder davon distanzieren, sehr geehrter Herr Dr. Enders.

(Beifall der SPD)

Das halte ich insgesamt für ein nicht verantwortliches Handeln.

Es ärgert mich auch kolossal – das sage ich sehr deutlich –, weil es mir auch als Gesundheitsministerin kein Vergnügen macht, mit den Krankenhäusern zu sprechen und deutlich zu machen, dass der Sanierungsbeitrag erforderlich ist. Dass die Krankenhäuser jetzt klagen, ist ihr gutes Recht, das ist überhaupt keine Frage. Eine andere Sache ist, dass die Presse an einer Stelle etwas hämisch kommentiert hat, ausgerechnet Rheinland-Pfalz sei der Vorreiter der Nation mit fast dem höchsten Landesbasisfallwert. Aber selbstverständlich, wir haben die Rechtswege, und dafür sind sie da.

Wir sollten auch keine Mär hinsichtlich der Finanzierung der Gesundheitsreform verbreiten. Herr Dr. Enders, ich denke, wir haben sehr gute Konzepte für die Finanzierung vorgelegt, und der Fonds ist sicherlich nicht meine Idee gewesen. Also lassen wir die Historie einfach stehen. Dies ist ein gemeinsamer Kompromiss, und wir sollten auch gemeinsam dazu stehen.

(Beifall der SPD)

Ich möchte einmal die Fakten aus meiner Sicht nennen. Es ist wahr, dass die gesetzliche Krankenversicherung im Jahr 2007 einen Überschuss erwirtschaftet haben wird. Die Prognose für das erste Halbjahr 2007 lautete 307 Millionen Euro.

Aber man darf dies im Moment nicht zu hoch feiern. Wir freuen uns natürlich darüber, aber wenn man sich die Strukturen einmal genau anschaut, kann man sehr deutlich sehen, dass in der Regel die Ostkassen sehr viele Überschüsse erwirtschaftet haben. Wir sind noch lange nicht über dem Berg, wenn man sich einmal die Kassen insgesamt im Detail betrachtet. Wir haben jetzt schon wieder enorm steigende Medikamentenpreise. Wir sind

nicht sicher, wie die Prognosen für die Kassen im neuen Jahr aussehen werden. Wenn man sich die Tendenz der letzten Monate anschaut, würden wir uns zwar sehr freuen, wenn die Überschüsse auch weiterhin sprudeln würden, aber unsere Tendenz geht dahin, dies zurzeit eher mit Zurückhaltung zu bewerten.

Deshalb sollten wir heute nicht darüber reden, wie man das Geld, das man über die Reform aktiviert hat, um die Krankenkassen zu finanzieren, möglicherweise schon wieder ausgeben könnte; denn die Krankenkassen sind aus meiner Sicht noch lange nicht über dem Berg. Selbstverständlich ist es richtig, dass die Krankenkassen dafür da sind, das Gesundheitswesen zu finanzieren und nicht umgekehrt, aber letztendlich stellt es auch einen Kompromiss an dieser Stelle dar, weil die Krankenhäuser der teuerste Faktor im Gesundheitswesen schlechthin sind.

Alle Wünsche sind bekannt, beispielsweise auch die Forderung, dass wir endlich im ambulanten Bereich einmal nachlegen sollten. Die Frage lautete: Wie kann man all dies finanzieren?

Ich möchte zunächst etwas zu den Krankenhäusern sagen. Frau Ebli hat schon die wichtigsten Dinge genannt: Die Krankenhausausgaben sind im ersten Halbjahr 2007 nur um 0,9 % gestiegen. Herr Dr. Schmitz, ich muss an dieser Stelle auch sagen, theoretisch besteht zwar eine Abhängigkeit von der Grundlohnrate, aber nichtsdestotrotz hat im ersten Halbjahr 2006 der Anstieg der Krankenhauskosten 4,8 % betragen. In den Jahren 2005 und 2006 sind die Kosten und damit auch die Ausgaben für die Krankenhäuser um 3 % gestiegen; sie waren also deutlich höher, als dies die Grundlohnrate letztendlich zeigte. Sie fiel deutlich höher aus. Auf der einen Seite besteht die Theorie mit der Grundlohnrate, auf der anderen Seite stehen die Praxis und die Realität, wie es wirklich aussieht.

Betrachtet man den zurückliegenden Fünfjahreszeitraum, so erhöhten sich die Ausgaben der GKV im Krankenhausbereich von rund 46 Milliarden Euro im Jahr 2002 um 4 Milliarden Euro auf über 50 Milliarden Euro im Jahr 2006. Dies entspricht einem Zuwachs von 8,7 %. Die gesamte Ausgabensteigerung der GKV im gleichen Zeitraum lag aber letztlich nur bei 3,2 %. Daran sieht man, wie dynamisch das Wachstum der Ausgaben im Krankenhausbereich ist.

(Unruhe im Hause)

Auch zur finanziellen Lage der Krankenhäuser hat Frau Ebli Stellung genommen. Es ist sehr wichtig festzustellen, dass nach dem Barometer, das Frau Ebli zitiert hat, die meisten Krankenhäuser in Deutschland erhebliche Überschüsse erwirtschaften und ein weiterer großer Prozentsatz der Krankenhäuser keine Verluste und keine Überschüsse erwirtschaftet. Es ist der kleinere Teil der Häuser, der mit der Finanzsituation und mit der Ausstattung nicht klar kommt.

(Unruhe im Hause)

Es ist der niedrigste Anteil an Krankenhäusern in der Geschichte überhaupt, die Fehlbeträge verbuchten. Es

ist also nicht so, dass die Krankenhäuser insgesamt in einer wirtschaftlich schlechten Lage wären. Es ist bereits gesagt worden, mit einem Ausgabenanteil von rund einem Drittel sind die Krankenhäuser der größte Ausgabenblock der GKV.

(Unruhe im Hause)

Das heißt, man muss an dieser Stelle ansetzen. Umgekehrt möchte ich auch noch sagen, dass es nicht nur zu Kürzungen gekommen ist

(Unruhe im Hause)

– es ist angesichts der Unruhe im Saal anstrengend, hier zu sprechen –, sondern die Herabsenkung der Sozialversicherungsabgaben führt auch bei den Krankenhäusern zu Mehreinnahmen von rund 160 Millionen Euro. Dies ist insbesondere auch vor dem Hintergrund der Heizkostensteigerungen wichtig, den Sie dargestellt haben.

Vizepräsident Bauckhage:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, die Geräuschkulisse etwas zu dämpfen; denn es ist sehr schwer, die Rednerin zu verstehen. Wer sich unterhalten möchte, den bitte ich darum, notfalls in die Lobby zu gehen.

Frau Staatsministerin, Sie haben weiterhin das Wort.

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen:

Danke, ich bin auch sofort am Ende meiner Rede.

Es ist mir aber doch noch wichtig, darauf hinzuweisen, dass wir davon ausgehen können, dass sich zum Auslaufen der Konvergenzphase im Jahr 2009 weitere Verbesserungen für die Krankenhäuser ergeben werden, weil sich bestimmte Abrechnungsgrundlagen weiter verbessern werden, beispielsweise im Bereich der Pädiatrie oder im Bereich der älteren Menschen. Im Prozess der Konvergenzphase werden die DRGs noch weiter differenziert und entwickelt, sodass es Mehreinnahmen geben wird.

Herr Dr. Schmitz lächelt. – Es ist Realität, Herr Dr. Schmitz, und es ist die Wahrheit.

Alles in allem darf ich sagen, Ihr Antrag ehrt Sie zwar, ich würde ihm auch gern zustimmen, aber die Verantwortung als Gesundheitsministerin veranlasst mich dazu, diesen Antrag abzulehnen. Die Landesregierung wird diesen Weg nicht gehen; denn wir tragen nicht nur die Verantwortung für die Krankenhäuser, sondern für das gesamte Gesundheitssystem, und dazu gehören eben auch die Krankenkassen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Dr. Rosenbauer das Wort.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Ministerin, mir ist es wichtig, noch einmal drei Dinge klarzustellen. Immer wieder sprechen Sie von den Krankenhäusern als dem größten Kostenblock im Gesundheitswesen. Wie soll es denn anders sein? Die stationäre Behandlung ist der teuerste Block. Dort liegen die Schwerstkranken, und dort werden die meisten Menschen behandelt.

Wenn Frau Ebli vorhin angeführt hat, dass wir eine Verkürzung der Verweildauer und mehr Ärzte hätten, müssen Sie dabei aber auch berücksichtigen, in welchem Maße die Fallzahl gestiegen ist. Dies sind keine Äußerungen der Opposition, sondern dazu gibt es mittlerweile klare Statistiken.

„Globus“, Statistisches Bundesamt, hat vor kurzem wieder neue Zahlen veröffentlicht. Es ist auch nicht richtig, dass nur ein Drittel der Krankenhäuser defizitär ist. Im Jahr 2008 rechnet man damit, dass die Hälfte der Krankenhäuser einen defizitären Abschluss haben wird.

(Staatsministerin Frau Dreyer: Das stimmt doch einfach nicht!)

– Das stimmt, und dies sind nicht nur Äußerungen, die von unserer Seite kommen. Auch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft WRG hat eine Analyse durchgeführt, in der man nachlesen kann, wie sich die Situation tatsächlich darstellt! 20 Millionen Euro sind für Rheinland-Pfalz viel Geld!

Ich möchte zur Verdeutlichung drei Zahlen nennen, die für die Bevölkerung deutlich machen, wie sich die Situation darstellt: Wir haben eine Grundlohnsummensteigerung von 0,64 % für das Jahr 2008. Wir haben Erhöhungen im Personalbereich von durchschnittlich 3 %.

Von diesen 0,64 %, die die Krankenhäuser mehr bekommen, müssen wir zunächst einmal 0,5 % abgeben. Somit verbleiben noch 0,4 %. Davon eine Lohnsummensteigerung von 3 % zu finanzieren, ist nicht machbar.

Bei den Sachkosten haben wir im letzten Jahr eine Steigerung von 5 % bis 6 % zu verzeichnen gehabt, ob dies nun Kosten für Nahrungsmittel oder Heizkosten sind. Alles ist aus dem gleichen Budget zu finanzieren. Aber Sie sagen, den Krankenhäusern in Rheinland-Pfalz geht es wirklich gut, das ist alles prima, und man braucht nur intelligente Lösungen.

Ich sage nur dazu: Gute Nacht! – Das ist an der Realität so weit vorbei, dass es überhaupt nicht möglich sein kann. Daher bitte ich Sie darum, diese Position noch

einmal zu überdenken. Lassen Sie uns den Krankenhäusern helfen, nur damit helfen wir den Patienten.

(Beifall der CDU –
Zuruf der Abg. Frau Ebli, SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Frau Staatsministerin Malu Dreyer.

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen:

Sehr geehrter Herr Dr. Rosenbauer! Ich weiß eigentlich nicht, weshalb ich vor dem Parlament rede.

(Dr. Rosenbauer, CDU: Das frage ich mich auch!)

Das, was Sie gerade dargestellt haben, habe ich nie so gesagt, und ich habe auch nicht gesagt, dass es allen Krankenhäusern wunderbar geht.

Natürlich sind die Herausforderungen für Krankenhäuser hoch. Ich habe mich auch zum Thema „Grundlohnsumme“ geäußert. Die Grundlohnsumme spielt zwar theoretisch eine Rolle – ich habe die Zahlen genannt –, aber praktisch sieht es so aus, dass die Grundlohnsumme erheblich niedriger ist, als die Ausgaben für die Krankenhäuser in den letzten Jahren waren. Die Zahlen habe ich exakt genannt und kann sie Ihnen gerne auch noch einmal schriftlich zur Verfügung stellen.

(Dr. Rosenbauer, CDU: Ich habe sie!)

Der zweite Punkt ist, es ist nicht meine Erfindung, wie viele Krankenhäuser schwarze Zahlen schreiben und welche rote Zahlen schreiben. Es ist das Krankenhausbarometer 2007. Nach den Ergebnissen des Krankenhausbarometers liegen die Zahlen auf dem Tisch. Der Anteil der Krankenhäuser, die Jahresüberschüsse erwirtschaften, beträgt 55,3 % im Jahr 2007. Bei denjenigen mit ausgeglichenem Ergebnis sind es 14,9 %.

(Zuruf des Abg. Dr. Rosenbauer, CDU)

Der Anteil derjenigen, die darunter liegen, beträgt 28,2 %; also knapp mehr als ein Viertel. Ich bestreite nicht, dass die Herausforderung für die Krankenhäuser immer noch groß ist. Aber ich sage auch, es ist wirklich eine Panikmache zu sagen, dass es den Krankenhäusern insgesamt schlecht geht. Das stimmt nicht.

Besuchen Sie erfolgreiche Krankenhäuser wie beispielsweise das Stadtkrankenhaus Worms. Dort werden Sie hören, dass es nicht stimmt, dass es den Krankenhäusern in Rheinland-Pfalz insgesamt schlecht geht, im Gegenteil.

(Beifall bei der SPD –
Frau Raab, SPD: Vielleicht liegt das an der Geschäftsführung! –
Ernst, CDU: Toller Spruch, vielleicht liegt das an der Geschäftsführung!)

Vizepräsident Bauckhage:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Als Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüße ich CDU-Freunde aus dem Wahlkreis Südliche Weinstraße sowie insbesondere ehrenamtlich engagierte Menschen aus dem Landkreis Kusel. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Wir kommen nun zur Abstimmung. Wird Ausschussüberweisung gewünscht? –

(Zurufe aus dem Hause: Nein!)

Das ist nicht der Fall. Dann wird über den Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 15/1697 – sofort abgestimmt. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der FDP mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU und der FDP abgelehnt.

Ich rufe **Punkt 24** der Tagesordnung auf:

**Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge
Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 15/1477 –**

Die Grundredezeit beträgt fünf Minuten. Ich erteile Herrn Kollegen Günther das Wort.

Abg. Günther, CDU:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit unserem Antrag „Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge“ wollen wir die falsche Weichenstellung der damaligen rot-grünen Bundesregierung ändern und auch im Interesse des Mittelstandes diesen Fehler wiedergutmachen. Ich denke, gerade der Mittelstand, der unser Land geprägt hat und unser Land immer wieder nach vorne bringt, hat es verdient, an dieser Stelle auch heute im Parlament dementsprechend Zustimmung zu erfahren.

Die rot-grüne Bundesregierung hat in ihrer Endzeit ein Gesetz beschlossen, dass die Unternehmen der Wirtschaft die Sozialversicherungsbeiträge vier Wochen früher als bisher zu zahlen haben. Ich will auch nicht leugnen, dass nach sehr schwierigen, ja wochenlangen Diskussionen auch innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion diese der Regelung mit heftigem Bauchgrimmen zugestimmt hat.

(Pörksen, SPD: Steht das im Protokoll: Mit heftigem Bauchgrimmen?)

Hintergrund dieser Gesetzgebung war die dramatische Finanzlage der Rentenversicherung. Sie verfügte nicht nur über keine Liquiditätsreserve mehr, sie war nicht in der Lage, die laufenden Rentenzahlungen vollständig aus den Beitragseinnahmen und den gesetzlich festgelegten Zuschüssen aus dem Bundeshaushalt zu finan-

zieren. Dafür waren die Ursachen klar, erstens eine Rekordarbeitslosigkeit wie nie zuvor in der Bundesrepublik, verursacht durch die rot-grüne Bundesregierung,

(Beifall bei der CDU)

zweitens die Rücknahme des demografischen Faktors der Rentenversicherung, den die Regierung Kohl eingeführt hat. Nach geltendem Recht hätte es in dieser Lage zwei Lösungen geben können, einen höheren Rentenversicherungsbeitrag oder einen höheren gesetzlichen Staatszuschuss. Das war damals die Wahl zwischen Pest und Cholera.

(Pörksen, SPD: Hat sich die CDU für Pest oder Cholera entschieden?)

Noch höhere Lohnnebenkosten, noch höhere Belastungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – hören Sie gut zu – hätten eine noch höhere Arbeitslosigkeit gebracht. Der Bund – das wissen wir alle – war zur damaligen Zeit dabei, die Schulden in Rekordhöhe hochzutreiben.

Die Zahlung der Sozialbeiträge um gut vier Wochen vorzulegen, war der Trick, um diesem Dilemma auszuweichen. Ich muss sagen, das war eine Lösung zulasten der Wirtschaft, vor allen Dingen des Mittelstandes, der unser Land Rheinland-Pfalz prägt.

(Beifall bei der CDU)

Damit wurde den Unternehmen mit einem Einmaleffekt Liquidität in Milliardenhöhe entzogen. Angesichts der Eigenkapitalschwäche des deutschen Mittelstandes war das eine überaus riskante Operation. Die Insolvenzen waren zu dieser Zeit in Rekordhöhe. Sie haben von der Landesregierung immer gesagt, Sie wollen Bürokratie abbauen. Dies war aber eine Verdoppelung des bürokratischen Aufwandes.

(Beifall der CDU)

Jetzt müssen die Unternehmen für einen Monat zweimal abrechnen. Dies ist natürlich eine Belastung für den Mittelstand. Jetzt hat sich mittlerweile die wirtschaftliche Lage verändert.

Bereits die rot-grüne Koalition hatte den demografischen Faktor mit anderem Namen wieder eingeführt. Zusätzlich wurde die Rente mit 67 festgelegt, um die Rentenversicherung zu stabilisieren. Dies war gut so.

Mit dem politischen Wechsel in Berlin wurde die wirtschaftliche Lage besser. Die Beschäftigung nimmt wieder deutlich zu, damit steigen die Beitragseinnahmen der Rente, deren Ausgabendynamik zugleich gedämpft wird. Wir nähern uns wieder einer Finanzreserve von einer Monatsausgabe für die Renten.

Die CDU ist deshalb der Meinung, es ist an der Zeit, den Systembruch der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge wieder zu korrigieren, dies mit der Bedingung, dass eine stabile Reserve von einer kompletten Monatsausgabe erreicht wird. Zurzeit ist es etwas mehr als die Hälfte. Es ist damit zu rechnen, dass dies im Jahr 2008 erreicht werden kann.

Damit geben wir dem Mittelstand – das ist das, was Sie immer mit großen Worten sagen – die wichtige Liquidität, Kreditwürdigkeit und Investitionsfähigkeit zurück und bauen Bürokratie ab. Zu beiden Zielen bekennt sich diese Landesregierung immer wieder. Sie macht es mit blumigen Worten deutlich. Ich denke, heute können Sie beweisen, dass Sie den Worten auch dementsprechende Taten folgen lassen.

(Beifall der CDU)

Was also sollte sie daran hindern, mit einer Gesetzesinitiative im Deutschen Bundesrat für den Mittelstand in Rheinland-Pfalz,

(Glocke des Präsidenten)

aber auch in Gesamtdeutschland etwas Gutes und Erfreuliches zu tun? Eines möchte ich noch zum Schluss sagen. Es wäre auch die Chance des Wirtschaftsministers, aus der Position des dritt schlechtesten Wirtschaftsministers in der Einschätzung des Mittelstandes

(Glocke des Präsidenten)

laut Umfrage von Forsa für „impulse“ wegzukommen und in der Rankingliste unter die ersten Drei zu kommen. Also bewegen Sie sich, machen Sie etwas Handfestes – – –

Vizepräsident Bauckhage:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist um. Sie haben sie jetzt um eine halbe Minute überschritten.

(Beifall bei der CDU)

Ich erteile Frau Kollegin Grosse das Wort.

Abg. Frau Grosse, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Günther, ich muss schon sagen, Sie haben Nerven. Sie halten eine Rede, als hätten Sie mit dem Beschluss überhaupt nichts zu tun.

(Bracht, CDU: Haben Sie nicht zugehört?)

Ich darf einmal eben aus Ihrem eigenen Antrag zitieren: „Der Deutsche Bundestag hat in seiner letzten Legislaturperiode mit den Stimmen der Regierungskoalition und der CDU/CSU-Fraktion beschlossen, ...“ Ach, ich finde, das macht die Sache schon etwas anders im Verhältnis zu dem, was Sie hier vorgeschlagen haben.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Wieso? Das hat er doch gesagt! Hören Sie doch zu!)

– Dazu darf ich ganz kurz etwas sagen, und zwar zum parteipolitischen und parlamentarischen Verhalten der CDU. Es handelt sich zunächst einmal unbestritten um ein Bundesgesetz. Sie fordern jetzt die Landesregierung auf, einen Gesetzentwurf über den Bundesrat einzubringen.

(Zurufe bei der CDU)

Das ist in Ordnung, das kann man so machen.

Man kann sich aber auch mit den eigenen Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auseinandersetzen und mit denen einmal reden. Das hat ganz offensichtlich überhaupt nicht stattgefunden.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Ich mutmaße, warum das so ist, und werde Ihnen jetzt einmal etwas erzählen. Das Abstimmungsverhalten der CDU/CSU im Bundestag war wie folgt: Bei der Schlussabstimmung dieses Gesetzes am 17. Juni 2005 hat sich die CDU/CSU enthalten. Das finde ich schon ein starkes Stück. Am 8. Juli wurde dieses Gesetz verkündet. Inzwischen hatte die CDU/CSU im Bundesrat zugestimmt.

(Ramsauer, SPD: Pech gehabt! –
Bracht, CDU: Überhaupt nichts anderes behauptet!)

Am 16. März hat die FDP einen Antrag in den Bundestag eingebracht. In diesem Antrag heißt es wie folgt: Es geht um die Vorverlegung des Fälligkeitstermins für Sozialabgaben. Die soll rückgängig gemacht werden. Es geht auch um strukturelle Formen in der Rentenversicherung. Es geht darum, die Vorverlegung des Fälligkeitstermins für Sozialabgaben rückgängig zu machen. Dem hat sich die CDU/CSU entzogen. Diesen Antrag hat die CDU/CSU-Fraktion gemeinsam mit der SPD abgelehnt. Das war im März 2006. Das ist ein Dreivierteljahr her.

Sie sehen, im Bundestag gibt es bezüglich des Abstimmungsverhaltens kein stringentes Muster. Wenn ich mir dazu die CDU-Landtagsfraktion ansehe, dann wird das Durcheinander perfekt. Ich kann das Abstimmungsverhalten der Fraktion auf Bundesebene und auf Landesebene überhaupt nicht nachvollziehen.

(Bracht, CDU: In diesem Eindreivierteljahr hat sich die Welt verändert, das haben Sie bloß nicht gemerkt!)

Als es im Bundestag bei der Debatte um die Rücknahme der Verlegung des Fälligkeitstermins ging, kann ich mich argumentativ voll und ganz Ihrem Kollegen von der CDU anschließen. Ich darf aus der Debatte vom 16. März 2006 zitieren.

(Günther, CDU: Wollen Sie den Mittelstand entlasten oder nicht?)

Ich zitiere Ihren Kollegen vom Bund, und zwar Max Straubinger von der CDU/CSU-Fraktion. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten: Dass dies zu einem massiven Anstieg der Lohnnebenkosten, insgesamt einem Beitragssatzpunkt und damit rund 500 Millionen Euro allein für die Arbeitgeberseite und somit zu empfindlichen finanziellen Nachteilen für Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, ganz abgesehen von einer weiteren Verschlechterung der Rahmenbedingungen des Standortes Deutschland führen würde, sollte dann auch offen ausgesprochen werden. – Ich zitiere weiter Ihren Kollegen Straubinger von der CDU: Eine Kosten-Nutzen-

Rechnung spricht hier also ganz eindeutig gegen ein Rückgängigmachen der Fälligkeitsregelung. –

(Beifall der SPD –
Pörksen, SPD: Das war ein kluger Mensch!)

Meine Damen und Herren, ich füge Folgendes hinzu: Damit wäre die Senkung der Rentenbeiträge, wie es für 2011 geplant ist, undenkbar. Das wissen auch Ihre Kollegen auf Bundesebene.

Herr Günther, Sie sagen so viel zur falschen Weichenstellung der rot-grünen Bundesregierung.

(Günther, CDU: Richtig, genau richtig erkannt!)

Herr Günther, dann liegt Ihr Kollege, Herr Max Straubinger, offensichtlich völlig falsch. Damit führen wir in dieser Diskussion das fort, was wir eben bei der Gesundheitsreform schon diskutiert haben. Im Bund macht die CDU/CSU gemeinsam Politik mit der SPD, von der sich die CDU hier immer dann distanziert, wenn es nicht ganz so leicht ist.

Meine Damen und Herren, das hat nach unserer Auffassung mit konsequenter Politik überhaupt nichts zu tun.

(Beifall der SPD)

Wir sprechen uns für die Beibehaltung der jetzigen Fälligkeitsregelung aus und lehnen Ihren Antrag selbstverständlich ab.

(Beifall der SPD –
Bracht, CDU: Damit stopfen Sie den Mittelstand – – –
Zuruf von der CDU: Sie sind Abgeordnete des Landtags, nicht des Bundestags!)

Vizepräsident Bauckhage:

Ich begrüße Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag, und zwar Bedienstete der Ortsgemeinde Mehlingen. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Herr Kollege Dr. Schmitz.

Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war ein Paradebeispiel für ein Festhalten an Fehlentscheidungen trotz veränderter Rahmenbedingungen.

(Beifall der FDP)

Frau Kollegin Grosse hat von fünf Minuten ihres Redebeitrags vier Minuten darauf verwandt, der CDU den Vorwurf zu machen, dass sie diesen Unfug mitgemacht hat. Frau Kollegin Grosse, da gebe ich Ihnen ausdrücklich recht.

(Pörksen, SPD: Unfug ist Ihr Wort, nicht unseres!)

Wie sehr die rot-grüne Regierung die Große Koalition beseelt hat, haben Sie auch prächtig ausgeführt. Die

Sache wird von daher nicht besser. Es ist hier so, dass es sich um ein extrem mittelstandsfeindliches Gesetz handelt.

(Pörksen, SPD: Auch durch Ihren Redebeitrag nicht!)

Das ist allein dadurch der Fall, dass zweimal im Monat Bürokratie anlaufen muss. Dass Sie an diesen Problemen weniger Anteil nehmen, ist uns bewusst und bekannt. Das macht die Sache aber nicht besser.

Beide Diskussionen, die laufende und die von eben, sind Prachtbeispiele dafür, wie man an einem mangelverwaltenden misswirtschaftlichen System unbedingt festhalten will, obwohl die Dinge anders geworden sind. Sie werfen vor, dass eine Fraktion Vernunft annimmt, weil Sie sich sagen, wir wollen keine Vernunft annehmen.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Das erschließt sich mir nicht in der Logik. Herr Kollege Pörksen, Ihnen offensichtlich auch nicht, sonst würden Sie nicht so nervös intervenieren.

(Pörksen, SPD: Was Sie als vernünftig betrachten, muss es noch lange nicht sein!)

Meine Damen und Herren, Planwirtschaft heißt auch, wenn das Geld nicht langt, machen wir aus zwölf Monaten einfach 13.

(Pörksen, SPD: Kommunismus!)

Es geht um die letzten Reformen in diesem Zusammenhang. Da wurden die Monatsnamen nur umbenannt. Das war Napoleon, kein Kommunist. Er hat sie umbenannt. Er behielt aber zwölf Monate.

Sie haben es geschafft, in einem Jahr von zwölf auf 13 Monate zu kommen.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Das erklärt Ihre Angst, dass Sie, wenn Sie dem Antrag von Herrn Kollegen Günther folgen würden, in einem weiteren Jahr von 13 auf elf Monate herunter müssten. Das ist an sich im System von fünf Jahresplänen kein Problem. Da schiebt man die Dinge, egal ob dreistellige Millionenbeträge oder Milliardenbeträge, hin und her, dass es eine wahre Freude ist. Frau Kollegin Ebli stellt sich dann hin und sagt, es sind nur 28 % der rheinland-pfälzischen Krankenhäuser defizitär. Prost Mahlzeit, herzlichen Glückwunsch rheinland-pfälzische Patientinnen und Patienten! Das ist eine Diskussion, die so recht zum Ende dieser Plenarsitzung passt.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Frau Staatsministerin Malu Dreyer.

(Ramsauer, SPD: Das hat aber Spaß gemacht!)

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Herren und Damen! Herr Dr. Schmitz, ich muss es doch richtigstellen. Diese 28 % haben sich auf Deutschland bezogen. Das sind keine Daten aus Rheinland-Pfalz. Das sage ich nur, damit hier keine Verwirrung entsteht.

(Ramsauer, SPD: Auch dort, wo die FDP immer noch regiert!)

Es ist nicht so einfach, wie es scheint, eine angebliche Fehlentscheidung rückgängig zu machen, weil angeblich das Problem gelöst ist. Herr Abgeordneter Günther weiß auch, was das Ziel damals war. Er hat es gesagt, glaube ich. Der Rentenversicherungsbeitrag sollte nicht über die Grenze von 20 % hinausgehen, sondern unter 20 % bleiben. Das war die Aufgabe, die sich damals gestellt hat. Die Frage, ob die Nebenkosten steigen oder nicht, ist eine Frage, die auch die Mittelständler betrifft. Damals hat man den Beschluss gefasst, dass man als Sozialversicherung oder als Staat nicht mehr vorfinanziert, sondern man die Beiträge dann einzieht, wenn sie wirklich anfallen. Das ist ein Unterschied. Früher hatten wir sozusagen die Situation, dass es die Sozialversicherung vorfinanziert hat. Das möchte ich hier noch einmal betonen. Man hat sich für diesen Weg entschieden. Das war richtig, weil das Ziel erreicht worden ist, dass die Rentenversicherungsbeiträge unter 20 % geblieben sind. Sie hat sich inzwischen konsolidiert.

Herr Abgeordneter Günther, es ist schon ein bisschen dreist, so zu tun, als ob unsere Probleme im Sozialversicherungssystem und die Arbeitslosigkeit etwas mit Rot-Grün zu tun hätten. Ich erinnere ganz dezent an 16 Jahre Regierung unter Helmut Kohl und daran, dass es am Ende seiner Regierungszeit die Spatzen vom Dach gepfeifen haben, dass mit Reformen am Arbeitsmarkt und Ähnlichem nicht mehr viel los war. Eine schwere Aufgabe von Rot-Grün war es, den Arbeitsmarkt zu reformieren. Das betraf auch die Sozialversicherungen. Die Ursache dafür Rot-Grün zuzuschreiben, ist einfach nebensächlich.

(Beifall der SPD)

Ich komme zurück zu Ihrem Vorschlag. Auch Herrn Dr. Schmitz möchte ich sagen, ich bestreite nicht, dass es für den Mittelstand und für Unternehmer mehr bürokratischen Aufwand bedeutet, seit diese Regelung eingeführt worden ist. Das kann man so stehen lassen, weil es richtig ist.

Insgesamt hat sich das Verfahren aber gut eingespielt. Auch das kann man feststellen. Der Aufwand, der am Anfang recht groß war, ist Routine geworden. Das gilt auch für die Mittelständler.

Herr Abgeordneter Günther, ich habe keine Sympathien für Ihren Antrag, weil am Ende die Rechnung nicht aufgeht. Es tut mir leid.

Frau Grosse hat es schon gesagt, glaube ich. Für 2011 ist geplant, dass der Rentenversicherungsbeitrag wieder abgesenkt wird. Es gibt komplizierteste Berechnungen.

Diese kann ich Ihnen gern einmal zukommen lassen. Voraussetzung nach dem Gesetz ist, dass mindestens eine Reserve von 1,5 Monaten vorhanden ist. Dann muss abgesenkt werden. Das muss man errechnen. Erst im Jahr 2010 kommen wir über diese Klippe. Man kann sehr schnell merken, was passiert, wenn wir heute das Verfahren rückgängig machen. Das bedeutet einen Monat mehr oder weniger Einnahmen für die Sozialversicherung. Wir kommen dann nicht zum Ziel, 2011 eine Beitragssenkung vorzunehmen. Das kann nicht im Sinne des Mittelstandes sein.

Es ist das Bestreben der Großen Koalition, eine Absenkung der Lohnnebenkosten in allen Bereichen, also nicht nur bei der Arbeitslosenversicherung, sondern auch im Rentenbereich vorzunehmen. Deshalb plädiere ich dafür, das Verfahren so zu lassen. Es hat sich eingespielt. Wir sollten keinesfalls die Sozialversicherungsträger bzw. die Rentenversicherer wieder in die Situation bringen, dass sie große Liquiditätsprobleme bekämen, wenn wir das Verfahren heute wieder rückgängig machen. Wir sollten das Verfahren weiterführen. Ich denke, es ist nicht mehr so bürokratisch wie am Anfang. Der Mittelstand hat am Ende mehr davon, wenn die Beitragssätze abgesenkt werden, als wenn wir jetzt diesen Schritt vorschnell gehen würden und gleichzeitig die Rentenversicherung wieder ins Wanken brächten.

Ich denke auch an die betroffenen Rentner und Rentnerinnen und Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Es gibt auch die Komponente Beitragssenkung. Das nutzt allen. Die Rentner haben die Chance, dass es zu einer Rentenerhöhung kommt. Wir gefährden das alles, wenn wir heute dieses Verfahren, das damals mit allen Stimmen verabschiedet wurde, rückgängig machen. In diesem Sinne kann ich auch keine Sympathie für Ihren Antrag entwickeln.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die SPD-Fraktion und die FDP-Fraktion haben noch Redezeit. Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Wird Überweisung an den Ausschuss beantragt? –

(Zuruf von der SPD: Nein!)

Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über den Antrag ab. Wer dem Antrag, Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge betreffend, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer ist dagegen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU und FDP abgelehnt.

Ich rufe jetzt die **Punkte 25 und 26** der Tagesordnung gemeinsam auf:

Altern als Chance begreifen – Potenziale des demographischen Wandels nutzen – die Politik für eine Gesellschaft des längeren Lebens gestalten
Antrag der Fraktion der SPD

– Drucksache 15/1722 –

Zukunftsperspektiven für ältere Menschen
Antrag der Fraktion der CDU
– Entschließung –
 – Drucksache 15/1704 –

Es ist eine Grundredezeit von fünf Minuten vereinbart. Ich bitte um Wortmeldungen! – Das Wort hat Herr Abgeordneter Dröscher.

Abg. Dröscher, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Unsere Gesellschaft wird älter. Die zweite regionale Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes war der Presse eine Schlagzeile wert. Sinngemäß wurde geschrieben, geringerer Rückgang der Bevölkerung, aber noch mehr Ältere. Tatsächlich leben heute in Rheinland-Pfalz ca. 960.000 über 60-Jährige. Das ist eine rasante Entwicklung.

(Unruhe im Hause)

Vizepräsident Bauckhage:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wort hat Herr Dr. Dröscher. Ich bitte etwas um mehr Ruhe.

Abg. Dröscher, SPD:

Doktor noch nicht.

Vizepräsident Bauckhage:

Ich bitte um Entschuldigung, Herr Dröscher.

Abg. Dröscher, SPD:

Tatsächlich leben heute in Rheinland-Pfalz ca. 960.000 über 60-Jährige. Das war eine rasante Entwicklung in den vergangenen Jahren. Diese wird weitergehen. Der Median, die unsichtbare statistische Linie, die den Übergang von der jüngeren in die ältere Hälfte der Bevölkerung markiert, liegt zurzeit bei 42 Jahren. Wer das überschreitet, gehört also zu älteren Hälfte.

Das war 1950 noch anders. Damals lag er bei 32 Jahren. Wir rechnen damit, dass er im Jahr 2020 bei 47 Jahren liegen wird und 2050 bei 51 Jahren. Es könnte schön sein, dass man sagen kann, je länger das dauert, desto später kommt man dran, zu den Älteren zu gehören. Diese Gesellschaft verändert auch enorm ihr Gesicht bei diesem Älterwerden.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Wir haben eine veränderte Lebenserwartung. Die demografische Entwicklung brauche ich nicht näher zu erläutern. Wir werden diese gewonnenen Jahre, die meistens auch gesunde Jahre sind, fünf gesunde Jahre in den letzten 30 Jahren, auch als eine Herausforderung für eine neue Alterskultur begreifen müssen. Der Arbeits-

markt wird sich verändern. Das Erfahrungswissen der Älteren wird eine große Rolle spielen. Prävention und Gesundheit werden neue Aufgabenstellungen haben.

Die Diskussion über das Renteneintrittsalter ist immer noch im Gange. Die Fragen der Pflegeversicherung, Umgang mit Dementen, Älteren und die Frage, Sterben in Würde, also das, was die Hospizbewegung angeht, sind Herausforderungen und Aufgabenstellungen, die mit dieser Veränderung zusammenhängen.

Es wird auch darum gehen, neue Märkte und Wachstumsfelder zu beschreiben, den sogenannten Silver Market.

Die Kultur der Arbeit wird sich verändern müssen: steigende Erwerbsbeteiligung, Frühverrentung zurücknehmen, Arbeitsbedingungen für Ältere verändern, also eine Reihe von Aufgaben.

Insbesondere im kommunalen Bereich werden sich diese Aufgaben für uns stellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Entwicklung bietet Herausforderungen und Chancen. Die Politik für eine Gesellschaft des längeren Lebens muss diese Chancen nutzen. Sie muss die Kompetenzen, die Erfahrungen, das Handlungspotenzial und die Kreativität der Älteren bewusst aufnehmen und die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass diese Ressourcen selbstverantwortlich und aktiv für das Zusammenleben der Generationen in dieser Gesellschaft genutzt werden können. Viele Ältere wollen das. Sie sind bereit, ihre Kompetenzen einzubringen und aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft und der Politik mitzuwirken.

In Rheinland-Pfalz haben wir eine Reihe guter Beispiele dafür.

(Vizepräsident Schnabel übernimmt den Vorsitz)

Nun zu unserem Antrag. Wir stellen fest, dass Politik für eine älter werdende Gesellschaft, für eine Gesellschaft des längeren Lebens in Rheinland-Pfalz nicht nur Leitbild, sondern auch bereits Realität ist. Wir können ein vielfältiges Engagement der Älteren feststellen.

Wir haben 70 Seniorenbeiräte im Land. Die Landesseniorenvertretung ist ein Instrument, das zwischen Landesregierung und den Älteren ein Scharnier darstellt. Wir haben einen Landesfachbereich für Seniorenpolitik. Das Projekt „Seniortrainerinnen und -trainer“, in dem ältere Menschen ausgebildet werden, andere durch ihre Lebenserfahrung und Kompetenz zu unterstützen, ist erfolgreich.

Die Landesleitstelle „Älter werden“, die uns Bildungsangebote wie die „Spätlese“ bringt, ist eine Institution in diesem Land geworden. Die Beratungsstellen für barrierefreies Wohnen, Lebenswohnräume und andere und gemeinschaftliches Wohnen in einer Gesellschaft des längeren Lebens zeigen, dass wir in Rheinland-Pfalz auf dem richtigen Weg sind.

Die Bundesinitiative „Mehrgenerationenhäuser“ wird durch Häuser der Familie ergänzt, und die Initiative

„Menschen pflegen“ würde einen eigenen längeren Vortrag rechtfertigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir fordern in unserem Antrag an die Landesregierung natürlich eine Fortsetzung dieser Politik. Wir sehen als Schwerpunkte künftiger Entwicklung, die wir in den nächsten Jahren als Herausforderung gemeinsam mit dieser Landesregierung annehmen wollen, eine verstärkte Teilnahme der älteren Menschen an der politischen Willensbildung, Mitarbeit in den politischen Gremien und Verantwortung übernehmen für alle politischen Felder, nicht nur für das, was vordergründig senienpolitisch ist.

Die Frage des Wohnens, ähnlich wie wir das mit „Leben, wo ich will“ auch bei den Menschen mit Behinderungen haben, also neue innovative Wohnformen, deren Ergänzung durch soziale Netze und deren kommunale Verankerung sehen wir als Herausforderung.

Die Generationensolidarität, die auch im Bereich „Bildung“ und „Projekte“ ihre Ergänzung findet, und das bürgerliche Engagement, das diese Generationensolidarität trägt, gehört zu den Aufgaben wie das lebenslange Lernen, die Gesundheitsprävention und die aktive Gestaltung der dritten und vierten Lebensphase, man kann fast sagen, der dritten, vierten und fünften Lebensphase, wenn man es genau betrachtet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der fünfte Altenbericht hat sehr viel beigetragen, dass uns diese Dinge deutlich geworden sind. Der Titel war: „Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft“. Er hat auf den Erfahrungsschatz, die Kreativität und das Erfahrungswissen der Älteren hingewiesen.

Ältere Menschen werden sich auch verstärkt ihrer Leistungen bewusst, und die Gesellschaft erkennt das zunehmend an. Aber es bleibt auch nicht ohne Auswirkungen auf das Bild, das wir vom Alter und über das Alter in dieser Gesellschaft haben. Deshalb ist die Thematik des sechsten Altenberichts, der zurzeit in Arbeit ist, folgerichtig.

Dieser sechste Altenbericht hat den Titel „Altersbilder“. Es wird ganz spannend sein, auch für die Landespolitik, zwei Aspekte davon aufzunehmen. Einmal, dass die grundsätzlichen Unterschiede der Menschen mit zunehmendem Alter nicht absondern eher zunehmen, was die körperliche und die geistige Verfassung, aber auch persönliche Eigenschaften und Interessen angeht, weshalb die individuelle Ansprache der Menschen in Zukunft eine Rolle spielen wird.

(Glocke des Präsidenten)

Der zweite Aspekt ist – damit schließe ich –, dass eine differenzierte Betrachtung des Themas „Alter“ auch aus Sicht der Geschlechter, also die Gender-Politik, und der Kulturen notwendig sein wird.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Rüdgel das Wort.

Abg. Rüdgel, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist wichtig, dass sich der Landtag heute mit Senienpolitik auseinandersetzt. Eine verlässliche und kreative Politik für die ältere Generation ist ein zentraler politischer Gestaltungsauftrag, wobei dieser Auftrag gemeinsam mit Senien erfüllt werden muss.

Für mich gehört es zu den vitalen Zukunftsfragen unserer Gesellschaft, dass Ältere ihren Platz in der Mitte der Gemeinschaft behalten und ihr Leben aktiv und selbstbestimmend führen können.

(Beifall der CDU)

Es sagt viel über uns aus, wie wir mit älteren Menschen umgehen, wie wir ihnen die Teilhabe am gesellschaftlichen Miteinander ermöglichen und wie viel Wertschätzung und Respekt wir ihrer Erfahrung entgegenbringen.

Die CDU-Fraktion fühlt sich deshalb der stetig wachsenden älteren Generation in besonderer Weise verbunden.

Senienpolitik ist eine wichtige Querschnittsaufgabe, die in vielen Politikfeldern verpflichtend und entscheidend ist für ein gutes und produktives Miteinander der Generationen. Dieser Herausforderung müssen sich Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stellen.

Ganz wichtig dabei ist es, das Alter nicht in pessimistischer Weise zu sehen oder mit vielen Fragezeichen zu betrachten, sondern vor allem die Chancen des Alters hervorzuheben.

(Vereinzelt Beifall bei CDU und FDP)

Mit dem Anstieg der Lebenserwartung und den heutigen Möglichkeiten der Medizin ist anstelle des Ruhestandes ein eigenständiger Lebensabschnitt getreten.

Die Generationen der heute Lebenden erleben auch einen neuen Sprung in der Entwicklung unserer Spezies. Niemals zuvor gab es mehr Ältere als Jüngere. Gerade dies verursacht Zukunftsängste bei älteren Menschen. Dies muss die Politik aufgreifen und Antworten geben.

Die Belastungen an Abgaben haben zugenommen. Die Sozialsysteme sind zum Zerreißen gespannt, stagnierende Einkommen, teurere Lebenshaltung und Kosten einer möglichen Pflegebedürftigkeit, Angst vor dem Vermögensverlust. Ist das Häuschen noch eine Altersversicherung, wenn gerade in den Dörfern niemand mehr darin wohnen will? All das beschäftigt ältere Menschen mit der Sorge, auf diese Veränderungen nicht mehr ausreichend reagieren zu können.

Wer Deutschland aufgebaut hat, wer auf eine anständige Lebensleistung zurückblicken kann, hat ein Recht darauf, ohne materielle Sorgen älter zu werden.

(Beifall der CDU)

Ältere Menschen verfügen über Erfahrungen und Kompetenzen, auf die wir nicht verzichten können. Daher muss alles getan werden, um deren aktive Teilhabe in allen Bereichen zu fördern.

Viele Seniorinnen und Senioren sind zu einer Fortsetzung ihres Engagements in Beruf, Wirtschaft, Familie und Gesellschaft bereit. Unsere Gesellschaft braucht die älteren und die jüngeren Menschen und deren Potenziale.

Dass Ältere zu früh in den Ruhestand gehen und es gleichzeitig an Nachwuchs fehlt, führt mittelfristig zu einem Mangel an qualifizierten und erfahrenen Arbeitskräften. Wir brauchen ein umfangreiches Fort- und Weiterbildungsangebot in den Betrieben, gerade auch für die Älteren.

Ältere müssen gefördert statt ausrangiert werden. Aber nicht nur in der Arbeitswelt sind die Fähigkeiten und das Wissen Älterer gefragt. Freiwilliges Engagement ist die wichtigste Voraussetzung für eine gelebte Verantwortungskultur in unserer Gesellschaft.

Wir haben viele Beispiele eines geradezu bewundernswerten Einsatzes der Senioren im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements, im Rahmen der Hilfe für den Nächsten. Deshalb treten wir für die nachhaltige Stärkung der Mitwirkungsrechte der Seniorenbeiräte und anderer Seniorenvertretungen ein.

(Beifall des Abg. Baldauf, CDU)

Der Aufbau von Seniorenbüros als Anlaufstelle für ältere Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren wollen, hat sich bewährt. Wir brauchen Rahmenbedingungen für eine selbstständige und selbstbestimmte Lebensführung durch seniorengerechte Wohnformen und Wohnumfelder. Wir brauchen zudem seniorengerecht gestaltete öffentliche Räume und Strukturen zur Gewährleistung von Sicherheit, Schutz vor Gewalt und geeignete Dienst- und Hilfsangebote.

Die barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raums schafft zudem die Voraussetzung, um Menschen mit eingeschränkter Mobilität die selbstständige und unabhängige Benutzbarkeit des Wohnumfelds zu ermöglichen.

Ein großer Anteil der alten Menschen leidet unter einer Vielzahl gleichzeitig auftretender Erkrankungen. Das macht die Behandlungen langwierig, schwierig und oft kostspielig. Behandlungsdauer und Behandlungsintensität müssen auf diese verminderte Belastbarkeit abgestimmt werden.

Eine Politik für Senioren hat zumindest auf drei Säulen aufzubauen.

(Glocke des Präsidenten)

– Ich komme zum Schluss:

Erstens gilt es, die Kompetenzen älterer Menschen zu erhalten und zu stärken. Zweitens gilt es, mehr Beachtung und Förderung der Rehabilitationsmöglichkeiten zu

schenken und drittens den Pfeiler der Altenpolitik über eine gesicherte Pflege abzusichern.

Wir haben einen bunten Strauß an Aufgaben zu erfüllen. Wir sind bereit dazu, dies zu erledigen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Schmitz das Wort.

Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie können sich vorstellen, dass es nicht ganz einfach war, das Thema vom Alterspräsidenten Werner Kuhn wegzuziehen, aber er hat aufgrund der Ausführungen des Herrn Kollegen Dröscher Hoffnung geschöpft. Er geht bei dem sich erhöhenden Altersmedian davon aus, dass er in spätestens 100 Jahren zum jüngeren Teil der Bevölkerung zählt.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Spaß beiseite; denn es geht natürlich um ein ernstes Thema. Es betrifft einen zunehmenden Teil der Bevölkerung und ist in der öffentlichen Wahrnehmung in den Medien im Grunde genommen immer mit Risiken, mit Problemen verbunden, mit denen man sich beschäftigt. Das, was meine Vorredner in den Mittelpunkt gestellt haben, dass man sich nämlich auch mit den Chancen, mit Lösungen und mit Optimismus beschäftigt, gerät zu oft in Vergessenheit. An sich ist es eine wunderbare Sache, ein großer Erfolg unserer modernen Gesellschaft im 21. Jahrhundert, einen so großen zusätzlichen Lebensabschnitt erschlossen zu haben.

(Beifall der FDP und der Abg. Frau Thelen, CDU)

– Klatschen Sie ruhig, Sie werden auch älter.

(Hartloff, SPD: Das hoffen wir!)

Meine Damen und Herren, wenn die Anträge, sowohl der Antrag der CDU und als auch der der SPD – wir hätten einen dritten im gleichen Kontext und mit den gleichen Grundaussagen schreiben können –, die Schwerpunkte beschreiben, in denen Risiken, Chancen und Optimismus in die öffentliche Diskussion Eingang finden sollten, ist das zuallererst damit zu verbinden, dass wir als einzelne Individuen dieses Phänomen des Älterwerdens sehen, es voll Freude wahrnehmen und uns frühzeitig damit auseinandersetzen, dass wir die Probleme, die vielleicht kommen, auch selbst lösen wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das relativiert nicht das, was in Ihren Anträgen steht und was Sie für die Gesellschaft und für den Staat reklamieren. Sie sehen es mir aber nach, dass ich für die Freien Demokraten auch auf

die individuelle Verantwortung in diesem Alterssegment hinweise.

Manchmal hat man das Gefühl, alle Probleme dieser Welt vom Kind bis zur Pflege, von Problemen rechts bis zu den Problemen links, sind gesamtgesellschaftliche Probleme, und das Individuum ist nur noch ein eigenartiges Konstrukt, über das schicksalhaft die Schwierigkeiten hineinströmen und das aus seiner eigenen Kraft heraus dazu gar nichts beitragen kann.

(Hartloff, SPD: Sie haben seltsame Gefühle, Herr Kollege!)

Meine Damen und Herren, ich darf noch eine kleine kritische Anmerkung zum Antrag der SPD machen. Herr Hartloff, dies nicht wegen Ihres Zwischenrufs, die wäre auch sonst gekommen. Sie beschreiben die Altersgruppe der über 60-Jährigen und weisen gerade in Ihrem ersten Passus darauf hin, dass das Handlungspotenzial für diese Schicht erkannt, anerkannt und verstärkt wahrgenommen werden muss. Sie gehen aber mit keinem Wort darauf ein, dass gerade für 60-Jährigen an sich ganz prioritär der reguläre Arbeitsmarkt die Basis ist, auf der der Alltag stattfindet. Das ist eine ganz, ganz kleine Schiefelage, die uns nicht davon abhalten wird, Ihrem Antrag zuzustimmen. Ich weise aber auf diesen Punkt hin.

Recht haben Sie – das unterstreiche ich ebenso ausdrücklich –, wenn Sie auf Probleme des Genders auch im Alter zu sprechen kommen. Herr Kollege Dröscher, das ist in der Wahrnehmung für Männer und Frauen unterschiedlich. Ich nenne ein Beispiel: Probleme beim Bewegungsapparat, Osteoporoseprobleme, sind vorwiegend Probleme des weiblichen Teils der Bevölkerung im Alter. Deshalb muss man differenziert mit diesen Fragen umgehen. Das geschieht im Grundtenor sowohl bei der SPD als auch bei der CDU. Meine Damen und Herren, deshalb werden wir beiden Anträgen zustimmen.

Ich hoffe für alle Alten für die Zukunft, dass das, was früher mit Alter wahrgenommen und verbunden wurde – Alter gleich Weisheit und Lebenserfahrung, Alter gleich glücklicher letzter Lebensabschnitt, abgesehen von vielen Krankheiten, die wir heute überwunden haben –, auch in Zukunft wieder Platz greifen wird und nicht nur die Probleme in den Mittelpunkt gestellt werden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Frau Staatsministerin Dreyer hat das Wort.

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Kuhn, ich freue mich, dass wir dieses Thema heute so umfassend debattieren. Ich freue mich auch über die Grundaussagen, die getrof-

fen worden sind. Renate Schmidt hat einmal den Begriff der Gesellschaft des langen Lebens geprägt. Das ist ein Begriff, den wir jetzt eigentlich alle im Mund führen. Das ist ein sehr schöner Begriff, der ursprünglich aus China stammt. Was will er ausdrücken? Er will ausdrücken, dass wir nicht in einer alternden Gesellschaft leben, die immer defizitbehaftet ist, sondern wir uns freuen sollten, genauso wie Herr Dr. Schmitz das zuvor gesagt hat, und es eigentlich ein Geschenk ist, dass wir so lange leben dürfen, und die meisten, die so lange leben, auch sehr gesund leben und sie außerordentlich aktiv sind.

Herr Abgeordneter Dr. Schmitz, deshalb meine ich auch, dass wir einen großen Konsens darin haben, dass es um die Aktivität der Seniorinnen und Senioren und darum geht, sie darin zu unterstützen, dass sie sich entfalten können, sie partizipieren können und sie das, was sie in ihr Leben einbringen wollen, auch tatsächlich tun können. Ich meine, es ist eine schöne Aufgabe, diese Rahmenbedingungen zu sichern. Alles andere können die Seniorinnen und Senioren aber nach meiner Meinung selbst.

Im Übrigen ist es heute manchmal schon etwas schwierig – Herr Abgeordneter Dröscher hat das auch schon erwähnt – für mich als Sozialministerin, zu Menschen, die 60 Jahre und älter sind, Senioren zu sagen; denn sie fühlen sich mit 60 Jahren selbstverständlich kein bisschen als Senior oder Seniorin. Irgendwann muss man sich wohl auch einmal über Begriffe unterhalten; denn die meisten 60-Jährigen – für die Zukunft gilt das erst recht – werden noch im Arbeitsleben stehen. Es ist schon eine etwas merkwürdige Formulierung, wenn die Damen und Herren arbeiten, aber zugleich als Senioren bezeichnet werden.

Die Männer kennen aber das Problem. Beim Fußball ist man meines Wissens schon mit 35 Jahren Senior. Das hat über Jahre und Jahrzehnte schon Bestand.

(Kuhn, FDP: Der Begriff „Alterspräsident“ muss auch verschwinden! –
Hartloff, SPD: Nur der Begriff!)

– Genau, der Alterspräsident.

Ich möchte mich kurz fassen, da alles Wesentliche bereits gesagt wurde. Ich meine, dass es wichtig ist, am Bild des Alters weiterzuarbeiten. Die Öffentlichkeit hat inzwischen schon eine kleine Wende vollzogen. Wir reden nicht mehr über Defizite, den Schreck der Demografie, sondern viele haben längst erkannt, dass das eine positive Chance für diese Gesellschaft ist und wir auch die Kenntnisse, die Fähigkeiten und die Erfahrungen der älteren Menschen sehr, sehr gerne in unserer Gesellschaft nutzen und – das ist ein schreckliches Wort – einbringen wollen. Wir wollen sie nicht vergessen, sondern sie eher aktivieren und ein gutes Miteinander mit ihnen gestalten.

Ich möchte noch ganz kurz auf drei Punkte eingehen. Der eine Punkt ist das Thema „Alt und Jung“. Das ist mir ein ganz besonderes Anliegen, wenn man über Demografie und Alter spricht. Wir werden in unserer Gesellschaft etwas aus der Balance geraten, weil es in der Zukunft sehr viel mehr ältere als junge Menschen geben

wird. Ich meine, es ist eine der ganz großen Herausforderungen für uns alle, diese Balance zu gestalten, damit die jungen Menschen nicht das Gefühl haben, dass sie in der Gesellschaft eigentlich nichts mehr zu melden haben, weil die Dominanz der älteren Generation so groß ist. Das scheint mir wirklich ein wichtiger Punkt zu sein.

Wenn wir unsere Lebensweisen gestalten, sollten wir den Aspekt von mehreren Generationen im Auge haben. Wenn wir über Wohnformen sprechen, dürfen wir nicht nur über die Wohnform für ältere Menschen sprechen, sondern wir müssen für intergenerative Wohnformen werben, in denen Junge und Alte in mehreren Generationen zusammenleben.

(Beifall bei der FDP)

Es ist ein wichtiger Wert für die Zukunft, dass wir die familiären, aber auch die nachbarschaftlichen Netzwerke aufbauen; denn Junge können Alten sehr viel geben, und Alte können den Jungen sehr viel geben. Wir leben von diesem Austausch in unserer Gesellschaft. Wenn wir wollen, dass die Gemeinschaft auch in Zukunft funktioniert, dürfen wir das nicht außer Acht lassen, sondern müssen eher immer wieder darauf hinwirken, weil heutzutage der Kontakt zwischen den Älteren und den Jüngeren oft nicht mehr so beiläufig geschieht, wie das in der Vergangenheit der Fall war. Dies ist auf die ganz unterschiedlichen Lebensweisen zurückzuführen.

Als zweiter Punkt ist mir das Thema „Prävention und Rehabilitation“ wichtig. Dieses Thema ist auch schon angesprochen worden. Vor zehn Jahren hat man vielleicht noch das Gefühl gehabt, dass dann, wenn jemand älter ist, man gar nicht mehr an Prävention oder Rehabilitation denken muss. Das Gegenteil ist der Fall. Wir wissen inzwischen alle, dass man auch im Alter sehr, sehr viel für die eigene Gesundheit tun kann.

Es kann schon beobachtet werden, dass es ein neues gesellschaftliches Leitbild gibt, nämlich das gesunde Älterwerden, dass viele älter werdende Menschen sich fit halten, sie Sport treiben, Bewegung haben, an die Luft gehen und nicht nur reisen, sondern etwas für das körperliche Wohlbefinden tun, indem sie beispielsweise beim Essen darauf achten, was sie zu sich nehmen, sie nicht rauchen und sie den Wein in Maßen zu sich nehmen. Das sind alles Dinge, die gut sind fürs Leben und die wichtig sind, um lange gesund zu bleiben.

Dasselbe gilt für die Rehabilitation. Es darf nicht sein, dass dann, wenn ein älterer Mensch sich die Hüfte gebrochen hat oder Ähnliches, man gar nicht mehr an Rehabilitation denkt. Nein, es muss darum gehen, das möglichst schnell wieder hinzubekommen und die Menschen fit zu machen, damit sie auch mit 70, 80 oder 90 das Leben gut bewerkstelligen können.

Als dritter Punkt liegt mir das Wohnen ganz besonders am Herzen. Dieser Punkt ist von der CDU bereits angesprochen worden. Die Dörfer werden sich entwickeln. Ich bin froh, dass im LEP IV über den Herrn Kollegen Bruch dieses Thema aufgegriffen worden ist. Wir müssen natürlich etwas tun, damit die Ortskerne gestärkt werden, die Lebensperspektiven auf dem Land in der

Zukunft positive Lebensperspektiven sind. Das bedeutet, wir müssen auch sehen, wie wir Infrastrukturen erhalten. Dies muss auch über neue Ideen geschehen.

Es gibt inzwischen in vielen Dörfern Dorfläden. Ich werde an dieser Stelle noch einmal dafür. Meistens sind es sogar Integrationsprojekte. Sie erfüllen damit mehrere Aspekte. Zum einen, dass behinderte Menschen Beschäftigung finden und umgekehrt nicht mehr ganz so mobile Menschen immerhin so etwas wie eine Grundversorgung zu Hause auch im ländlichen Bereich erfahren.

Die Redezeit für dieses sehr umfassende Thema ist nur sehr kurz. Die Landesregierung fühlt sich schon lange verpflichtet, dieses Thema aktiv und positiv zu betreiben. Wir werden das auch in Zukunft tun. Ich persönlich meine, dass es ein außerordentlich vergnügliches Thema ist, weil es so viele aktive ältere Menschen in unserer Gesellschaft – auch unter den Herren und Damen Abgeordneten – gibt. Ich bedanke mich für diese Kooperation. Ich gehe davon aus, dass es noch viele Themen geben wird, die wir gemeinsam gestalten können.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsident Schnabel:

Den Fraktionen steht noch eine Redezeit von jeweils 90 Sekunden zur Verfügung. – Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, kommen wir zur Abstimmung. Wird Ausschussüberweisung beantragt? – Das ist der Fall. Wer der Ausschussüberweisung zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen! – Damit sind der Antrag der Fraktion der SPD „Altern als Chance begriffen – Potenziale des demografischen Wandels nutzen – die Politik für eine Gesellschaft des längeren Lebens gestalten“ – Drucksache 15/1722 – und der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU „Zukunftsperspektiven für ältere Menschen“ – Drucksache 15/1704 – an den Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Ich rufe **Punkt 27** der Tagesordnung auf:

Ausstiegsberatung für Prostituierte in Rheinland-Pfalz Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP – Drucksache 15/1723 –

dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauenförderung – Drucksache 15/1737 –

Zur Berichterstattung erteile ich Herrn Abgeordneten David Langner das Wort.

Abg. Langner, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag – Drucksache 15/1723 – ist in der Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauenförderung am 6. Dezember dieses Jahres an die Stelle des Antrags der Fraktion der SPD und des Ent-

schließungsantrags der Fraktion der CDU getreten. Beide Fraktionen haben ihre jeweiligen Anträge zurückgezogen.

Der Ausschuss hat einstimmig beschlossen, dem Landtag die Annahme des vorliegenden Antrags der Fraktionen der SPD, CDU und FDP zu empfehlen.

Danke.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Danke, Herr Kollege Langner.

Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abgeordneter Sahler-Fesel das Wort.

Abg. Frau Sahler-Fesel, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Kurz vor dem Ende der Plenarsitzung erbitte ich noch einmal Ihre Aufmerksamkeit für ein wichtiges Thema. „Der Weg in die Prostitution kann viele Ursachen haben“, so lautet der erste Satz des gemeinsamen Antrags der Fraktionen der SPD, CDU und FDP.

Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bei den Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen der CDU und FDP für diesen einmütigen Antrag und die zielgerichteten konstruktiven Beratungen bedanken, die wir im Ausschuss und zwischen den Ausschüssen geführt haben.

(Beifall der SPD –
Vereinzelte Beifall bei der CDU)

Wenn auch der Weg in die Prostitution viele Ursachen haben kann, so ist der Ausstieg für die meisten Betroffenen mit großen Schwierigkeiten verbunden. Oft fehlt die Aussicht auf eine lebenswertere und finanzierbare Zukunft. Man muss sich vor Augen halten, dass in dem Moment viele Betroffene – hierbei handelt es sich überwiegend um Frauen – allein dastehen, ihren bisherigen Freundeskreis aufgeben und von daher ganz besonders auf Unterstützung angewiesen sind.

Hier gilt es anzusetzen und mittels einer Ausstiegsberatung für Prostituierte den Betroffenen realistische Möglichkeiten für eine andere Lebensgestaltung aufzuzeigen und auch dem Abgleiten in Abhängigkeiten entgegenzuwirken. Ich möchte an dieser Stelle nur darauf hinweisen, dass mithilfe von SOLWODI e. V. in den Jahren 2002 bis 2006 allein 78 Frauen in Rheinland-Pfalz den Ausstieg aus der Zwangsprostitution geschafft haben. Insofern sollte es möglich sein, mit gezielter Beratung auch anderen Frauen zu helfen.

(Beifall der SPD)

Der Blick über die Landesgrenze hinweg zeigt nur wenige Beispiele einer gezielten Ausstiegsberatung, die überwiegend im Bereich der Selbsthilfe angesiedelt sind. Herausragendes Beispiel war das Modellprojekt „ProFri-

da“ der Diakonie Westfalen, welches speziell die Integration von Frauen aus der Prostitution heraus in das Arbeitsleben mit großem Erfolg unterstützt.

Aus Sicht der SPD-Fraktion sollte eine Ausstiegsberatung die verschiedenen Lebenssituationen erreichen und an bestehende Strukturen angedockt werden. Der Einstieg in den Ausstieg, sprich, wie sind ausstiegswillige Prostituierte zu erreichen, wird an dieser Stelle entscheidend sein.

Der eventuell vorhandenen Hemmschwelle, eine offizielle Stelle aufzusuchen, kann mit niedrigschwelligen Angeboten und mit aufsuchender Beratung begegnet werden.

Hier geben wir zu bedenken, dass sich nicht längst jeder oder jede outen will. Insofern ist die Frage mit abzuklären, wie eine anonyme oder anonymisierte Beratung durchgeführt werden kann. Gerade der aufsuchenden Beratung messen wir in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung zu. Wir geben auch zu bedenken, dass auch diejenigen mit einzubeziehen sind, die der deutschen Sprache nicht oder nur in sehr geringem Umfang mächtig sind.

In dem Konzept, das von der Landesregierung erstellt werden soll, werden unseres Erachtens das Arbeitsamt, die ARGEn, die Gesundheits- und Sozialämter, aber auch die Frauenhäuser und soziale Einrichtungen einen gewichtigen Stellenwert einnehmen. Nicht zu vergessen sind an dieser Stelle die Beratungsstellen, wie zum Beispiel die Schuldnerberatung oder die Suchtberatung.

Nur eine breit angelegte Vernetzung bietet die Chance, möglichst viele Frauen und Männer zu erreichen und ihnen den Weg aus der Prostitution zu erleichtern.

Meine Damen und Herren, wir warten gespannt auf die Vorschläge, die zunächst im zuständigen Ausschuss für Gleichstellung und Frauenförderung vonseiten der Landesregierung vorgestellt werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Für die CDU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Wopperer das Wort.

Abg. Frau Wopperer, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Bei der Prostitution handelt es sich um ein wichtiges Thema, mit dem wir uns bereits vor rund einem Dreivierteljahr anlässlich der Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion der CDU beschäftigt hatten. Wir hatten damals einige Antworten bekommen, die gezeigt haben, dass man in dem Sinne tätig sein und werden muss, indem man Prostituierten, die aussteigen wollen, Hilfen anbietet.

Wir haben uns damals nach der Beantwortung der Anfrage sehr intensiv damit beschäftigt, wie und wo geholfen werden kann. Wir haben gesehen, dass sowohl auf Bundesebene als auch in anderen Bundesländern bereits Programme erprobt werden. Daraufhin haben wir mit Düsseldorf Kontakt aufgenommen, da wir dort ein Modellprojekt gefunden und studiert haben. Sie haben das Modellprojekt „ProFridA“ bereits erwähnt.

Wir sind sehr froh, dass es im Ausschuss für Gleichstellung und Frauenförderung über alle drei Fraktionen hinweg gelungen ist, einen Ansatz zu überlegen, wie wir auch in Rheinland-Pfalz ein gutes Programm entwickeln können.

Wir waren mit dem Arbeitskreis der CDU in Düsseldorf und haben mit Herrn Staatssekretär Prof. Dr. Winter auch darüber diskutiert, wie man dieses Projekt finanzieren kann. Dabei kamen einige ganz interessante Ergebnisse heraus. So ist es zum Beispiel gut, wenn man mit anderen zusammenarbeitet – das wissen wir alle; das ist immer gut –, wie zum Beispiel über die Wohlfahrtsverbände und die Ebenen hinweg. Er hat auch einige gute Tipps gegeben, wie man mit dem Europäischen Sozialfonds Mittel akquirieren und über diese ESF-Mittel eine Finanzierung auf die Beine stellen kann. Ich denke, das ist eine gute Anregung, die wir auch weitergeben können.

Weiter hat er angeregt, dass man intensiv im Bottom-up- und Top-down-Prinzip arbeitet und nicht von oben ein Programm impliziert, sondern dieses gleichzeitig von unten mit entwickelt.

Ich denke, über diese ganzen Details werden wir uns im Ausschuss noch eingehender unterhalten. Wichtig ist, dass man sich dessen bewusst ist, dass Prostituierte in einer besonderen Situation sind, wenn sie den Ausstieg suchen. Sie befinden sich oft in Situationen, die von multiplen Problemlagen bestimmt sind.

Neben finanziellen und familiären Problemen, gesundheitlichen Belastungen und Belastungen durch Gewalterlebnisse haben sie teilweise schon sehr früh im Leben Dinge erfahren, die wir hier vielleicht besser nicht weiter ausbreiten.

Die Ausstiegswilligen haben oft Defizite in der schulischen Ausbildung, der Berufsausbildung und in der Motivation. Sie müssen die Kraft finden, überhaupt etwas zu ändern. Wir denken, dass man genau hier ansetzen muss. Wir möchten anregen, dass man sich außer „ProFridA“ auch die Projekte anschaut, die zum Beispiel schon in Bayern, Niedersachsen oder Hamburg entwickelt worden sind. Man muss das Rad nicht immer neu erfinden.

Wir würden uns sehr freuen, wenn es in Rheinland-Pfalz (endlich) auch gelänge, dieses Programm zu entwickeln. Von daher freue ich mich auf die Zusammenarbeit im Ausschuss und die detaillierteren Ausführungen dort.

Ich bitte um Ihre Zustimmung für den gemeinsamen Antrag.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei SPD und FDP)

Vizepräsident Schnabel:

Ich begrüße als Gäste im Landtag ehrenamtlich engagierte Menschen aus dem Kreis Kusel. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Frau Abgeordnete Morsblech.

Abg. Frau Morsblech, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch meine Fraktion freut sich, dass wir diese schwierige Aufgabe in diesem Haus in einem Konsens angehen und der gemeinsame Antrag gelungen ist. Ich denke, die Ausstiegsberatung für Prostituierte ist deshalb eine besonders schwierige Aufgabe, weil sie sehr vielschichtig ist und, wie wir an der Beantwortung der Großen Anfrage der CDU sehr deutlich sehen konnten, auf einer Datenlage und nur beschränkt vorhandenen Kenntnissen basiert, zumal sich vieles in Bereichen abspielt, zu denen wir keinen Zugang haben.

Zu Recht stellt der Antrag die Situation und die Beratung für diejenigen in den Mittelpunkt, die Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution geworden sind. Gerade diese Frauen haben die schwierigste und für uns am bedrückendsten zu bewertende Situation zu bewältigen.

Ich glaube, dass neben einer tiefen Traumatisierung, die in diesen Fällen oft vorhanden ist, insbesondere auch keine Perspektive in dem Herkunftsland besteht. Hier befinden sich diese Frauen in der Illegalität und haben wenig Möglichkeiten, auf rechtliche Hilfestellungen zuzugreifen zu können.

Deswegen ist die Aufgabe, die SOLWODI an dieser Stelle wahrnimmt, eine Aufgabe, die man in den Mittelpunkt rücken muss. Gemeinsam mit polizeilichen Tätigkeiten muss man die Hilfe deutlich fokussieren, damit man diesen Menschen eine Perspektive bietet.

Das Prostituiertengesetz sollte eigentlich rechtliche und sozialversicherungstechnische Möglichkeiten schaffen, diejenigen Frauen, die dies bewusst freiwillig, hoffentlich, in unserem Land tun, auch besser abzusichern. Ich glaube, dass mit diesen Möglichkeiten, wenn sie ausgeschöpft würden, auch der Grundstein dazu gelegt würde, dass diese Frauen irgendwann wieder aussteigen können, weil sie sich sozial absichern können, aber auch mehr Möglichkeiten und eine bessere Ausgangsbasis hätten, um ihren Lebensweg dann wieder zu ändern.

Deswegen glaube ich, dass die Beratung bei dieser Form der Prostitution dort ansetzen sollte und man schauen muss, wie man Wege findet, dass die gesetzlichen Möglichkeiten besser angenommen werden; denn es ist schade, dass diese Basis so wenig genutzt wird,

weil sie hier mit Sicherheit einen Schlüssel darstellen würde.

In anderen Bundesländern gibt es bereits organisierte Prostituierte, die verbandlich arbeiten und in diesem Bereich Schwerpunkte gesetzt haben. Ich glaube, dass diese Frauen am ehesten die Möglichkeit haben, auf andere Frauen zuzugehen, weil eine staatliche oder anderweitig verankerte Institution eine gewisse Hemmschwelle für diese Frauen darstellen würde.

Deshalb glaube ich, man sollte schauen, wie die Erfahrungen in anderen Ländern mit dieser selbst organisierten Arbeit sind. Das können auch ehemalige Prostituierte sein, die es basis- und beispielgebend an dieser Stelle schaffen könnten.

Meine Fraktion wird die Diskussion im Ausschuss und die Vorhaben der Landesregierung konstruktiv begleiten. Wir bedanken uns für diese gemeinsame Initiative.

(Beifall der FDP und vereinzelt
bei SPD und CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Für die Landesregierung hat Frau Staatsministerin Dreyer das Wort.

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen:

Verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Herren und Damen Abgeordnete! Drogenabhängigkeit, hohe Verschuldung, falsche Vorstellungen über die Verdienstmöglichkeiten, viele andere Gründe können dazu führen, dass Frauen freiwillig in die Prostitution einsteigen.

Interessant ist eine Studie, die das Bundesministerium erstellt hat, wonach 50 % dieser Prostituierten, die freiwillig in die Prostitution gehen, der Auffassung sind, dass sie das maximal drei Jahre machen würden, aber dann der Weg nach draußen mit großen Schwierigkeiten verbunden sei.

Insoweit begrüße ich es außerordentlich, dass es einen gemeinsamen Antrag gibt, der uns als Landesregierung auffordert, entsprechende Angebote zu schaffen, die den Ausstieg aus der Prostitution erleichtern. Wir sind dabei, ein Konzept der Beratung zu erarbeiten, das auch Ausstiegshilfen beinhaltet. Wir schauen natürlich auch, wie wir es im Ausschuss besprochen haben, auf die unterschiedlichen Bundesländer, was dort getan wird.

Frau Morsblech hat die Selbsthilfe angesprochen. Es ist eines unserer Probleme in Rheinland-Pfalz, dass wir keine selbst organisierten Prostituierten oder ehemaligen Prostituierten haben, die letztendlich einen sehr

leichten Zugang zu den Kolleginnen hätten. Nichtsdestotrotz gehen wir davon aus, dass wir nach der langen Diskussion die richtigen Schritte unternehmen, um eine Konzeption zu entwickeln.

Ich möchte noch ankündigen, dass das Bundesministerium ein Programm auflegen wird, weil auch dort ein Interesse daran besteht, noch einmal stärker an dem Thema „Ausstieg aus der Prostitution“ zu arbeiten. Wir würden uns sehr gern daran beteiligen, nicht nur, weil es finanziell reizvoll wäre, sondern auch, weil wir den Austausch unter den unterschiedlich Beteiligten miteinander pflegen könnten.

Wir bereiten jetzt die Konzeption vor. Das Bundesministerium wird erst Mitte des nächsten Jahres ausschreiben. Unsere Konzeption werden wir im Ausschuss für Gleichstellung und Frauenförderung darlegen. Wir gehen davon aus, dass das Bundesministerium sehr stark auf ein Vernetzungsprojekt setzen wird, sodass unsere Ansätze, die wir zurzeit entwickeln, sehr gut in dieses Programm hineinpassen würden.

Ich darf mich ganz herzlich fürs Zuschauen bedanken.

(Pörksen, SPD: Zuschauen?)

– Das liegt daran, dass mich manche Abgeordnete vorhin so angeschaut haben, Herr Pörksen.

Vielen Dank.

(Beifall im Hause)

Vizepräsident Schnabel:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir können zur unmittelbaren Abstimmung kommen, da die Beschlussempfehlung die unveränderte Annahme vorsieht.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP – Drucksache 15/1723 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltung? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP einstimmig angenommen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir sind am Ende unserer 37. Plenarsitzung.

Ich darf Ihnen noch einige geruhige Tage in der Vorweihnachtszeit wünschen, ein frohes Weihnachtsfest und, soweit wir uns nicht mehr sehen, ein gutes und gesundes neues Jahr. Ich schließe die Sitzung.

E n d e d e r S i t z u n g : 13:46 Uhr.